STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19250708

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis:
Monatlich ..... 2,75 Mk.
„ ohne „Z.Z.“ 2,25 Mk.
Wöchentlich ..... 0,65 Mk.
ohne „Z.Z.“ 0,55 Mk.
für Abholer ..... 0,60 Mk.
„ ohne „Z.Z.“ 0,50 Mk.
Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion:
Fehlandstraße 11, erster Stock.
Fernsprecher: Elbe 1691/1698.
Verantwortlicher Redakteur:
Paul Bugdahn, Altona.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor:
Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelverkaufspreis 10 ₰.

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 13gesp. Nonpareillezeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 25 Pfg., Stellenangebote 30 Pfennig, Stellengesuche 25 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 25 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 30 Pfg. Reklamezeile 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme
Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 186. Mittwoch, den 8. Juli 1925. 39. Jahrgang.

Das Vorbild der nationalistischen Kampfverbände.

Von Karl Frohme.

Die hochverräterische Rolle, welche in der deutschen Republik nationalistische Kampfverbände unter Mitwirkung bezw. Leitung ehemaliger kaiserlicher Generale und sonstiger Offiziere spielen, ruft die Erinnerung daran wach, daß ein ähnliches Unwesen schon im kaiserlichen Deutschland Jahrzehnte hindurch das politische Leben vergiftete. Organisationen ehemaliger Soldaten, die Kriegervereine bezw. -Verbände schlossen den reaktionären Parteien sich an als Hilfsmacht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Die Anfänge dieser Organisationen liegen am Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als es noch keine Sozialdemokratie gab, wohl aber einen von den Regierungen und ihren Stützen auch der Absicht des gewaltsamen Umsturzes beschuldigten bürgerlichen Liberalismus. Sie verdanken der Initiative des absoluten monarchistischen Regiments ihre Entstehung. Die Zeit ging schwanger mit einer bürgerlichen Revolution. Deshalb sollten die ehemaligen Soldaten unter tätiger Mitwirkung des Militärherrentums, der Verwaltungsbehörden und orthodoxer Pfaffen zu „königstreuer Gesinnung“ dressiert werden, um als allzeit getreue Knechte Sr. Majestät mit in den Kampf zur Niederwerfung der Revolution einzugreifen.

Die „große Epoche“ des Kriegervereinswesens kam aber erst nach dem Kriege von 1870/71. Der Sieg über Frankreich diente dem Monarchismus zur Verherrlichung und „sittlichen“ Festigung seiner Macht. Aus dem tollen Siegesrausch, der den größten Teil des Volks ergriffen hatte, erwuchs ein wilder Nationaldünkel und erbärmlicher Servilismus und Byzantinismus gelangte zur hohen Blüte.

Von diesem Geiste genährt, entwickelte sich das Kriegervereinswesen von 1871 ab in allen Teilen des Reichs. Zunächst schlossen die Vereine sich zu Landesverbänden und diese sodann 1890 zum „Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände“ zusammen. Dieser umfaßte im Jahre 1903 im Reiche 24 490 Vereine mit 2 097 527 Mitgliedern, von denen 83 Vereine mit 13 889 Mitglieder auf den Hamburger Landesverband entfielen.

Diese Zahlen stellen den Höhepunkt der Entwicklung des Kriegervereinswesens dar. Sie sind, verglichen mit dem großen Aufwand autoritärer Kräfte, welche es die Jahrzehnte hindurch stützten und in jeder Weise förderten, nicht als ein erheblicher Erfolg zu werten. Auch der Kyffhäuserbund wurde nicht das, was er entsprechend der Tendenz seiner Protektoren werden sollte, nicht ein entscheidend in den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit eingreifender politischer Machtfaktor.

Ein sehr starkes, vielleicht das stärkste Kontingent zu den Vereinen stellte, besonders in den Großstädten, die große Masse der auf Grund des Zivilversorgungsscheines in den Dienst der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden eingetretenen Militäranwärter. Der Mitgliederzahl der Kriegervereinsverbände ist gegenüberzustellen die vielfach darüber hinausgehende Millionenzahl der Reservisten, welche, zu gewerblicher Tätigkeit als Lohnarbeiter usw. zurückgekehrt, sich nicht anwerben ließen für die schwarz-weiß-rote „staatserhaltende“ Legion, vielmehr ihr entschieden opponierte.

Der Tatsache, daß die Kriegervereine die „allerhöchste Protektion“ des Kaisers und anderer Monarchen genossen, paßten natürlich die Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden sehr eifrig sich an. Uebrigens wurden sie von den zuständigen Ministerien geradezu angewiesen, jene Vereine nach Möglichkeit, selbst entgegen gesetzlichen Vorschriften, zu begünstigen. Obwohl dieselben beständig eine scharf in die Erscheinung tretende politische Tätigkeit entfalteten, wurden sie den solche Tätigkeit „regelnden“, das heißt einschränkenden, erschwerenden und verbietenden Bestimmungen der Vereins- und Versammlungsgesetze nicht unterworfen. Sie genossen zu diesem Privilegium der Gesetzesverletzung auch noch folgende Begünstigungen: Bei ihren Festlichkeiten, ihren Umzügen, Trauer- und Huldigungsparaden durften sie militärisch schneidig in vorgeschriebener Uniform und in Waffen auftreten. Dem „inneren Feinde“, der „roten Brut“, verursachte dieser faule Zauber allerdings nicht Angst und Bangen, sondern das Lachen und den Spott des Bewußtseins der Ueberlegenheit.

Aus Geheimakten der preußischen politischen Polizei, in die wir Einsicht nehmen konnten, ergibt sich, wie ihre Organe nach Anweisung der Minister des Innern und des Krieges, welche des öfteren unter ausdrücklicher Berufung auf den Wunsch des Kaisers ergingen, gemeinsam mit den Heeres- und Marinekommandos zugunsten der Einrichtungen und Veranstaltungen der Kriegervereine wirkten.

In der Literatur über das Kriegervereinswesen, den Zeitschriften der Verbände, Büchern usw. findet sich das immer wiederholte Gefasel: daß der „hohe sittliche Wert“ dieser Vereine beruhe in der „Pflege patriotischer Gesinnung“ und deren „Einfluß auf das innerpolitische Leben“ und die „Erziehung der heranwachsenden Generation gegenüber den zersetzenden Einflüssen der antimonarchistischen Tendenzen“.

Uebrigens hatten ihre Protektoren und ihre Leiter sich nicht vergebens bemüht, sie festzulegen auf das der Vernunft und dem Begriff des staatsbürgerlichen Rechts schneidend Hohn sprechende Prinzip: daß die ehemaligen Soldaten durch den bei ihrem Eintritt in das stehende Heere geleisteten Fahneneid zu „dauernder Treue“ gegen den Monarchen und sein Haus verpflichtet seien, und sonach auch dazu, die Politik des Monarchen unter allen Umständen, insbesondere auch bei den Parlamentswahlen, zu unterstützen!!! Diesem Prinzip gaben die Leiter der Kriegervereine — wie unter anderm auch aus den Akten der Wahlprüfungskommission des Reichstages nachweisbar ist — fanatisch Ausdruck vor allem in ihren Wahlflugblättern. Sie enthalten stets die Mahnung an alle ehemaligen Soldaten, im Kampf gegen den Umsturz sich des dem Kaiser geleisteten Treueides bewußt zu sein.

In solch grundsätzlicher Knechtsseligkeit wurzelte der „hochsittliche Charakter“ der Kriegervereinler. Ihre „sittlichen Waffen im „geistigen“ Kampfe gegen die Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften waren dieselben, wie die der Reaktion überhaupt: infame Lüge und Verleumdung. Zu den von der Scharfmacherbrut des Junkertums und des Industrieherrentums ausgebrüteten Lügen und Verleumdungen erfanden die Leiter der Kriegervereine, die Redakteure und Mitarbeiter ihrer Zeitschriften, die Verfasser ihrer Wahlflugblätter, ihre Versammlungsredner neue.

Der „sittliche“ Charakter der Kriegervereinler kam auch darin zum Ausdruck, daß sie unter „guter Führung“ in die Wähler- und in sonstigen öffentlichen Versammlungen der Sozialdemokratie eindrangen, um unter dem Gebrüll „patriotischer“ Lieder, Hochrufen auf Majestäten und Hoheiten die gröbsten Exzesse zu begehen, ihre Gegner mit den rohesten Beschimpfungen zu überschütten und gewalttätig gegen sie vorzugehen. Ich habe mich an vielen Versammlungen beteiligt, aber nie habe ich erlebt, daß von den überwachenden Polizeiorganen gegen den patriotischen Pöbel eingeschritten, die Angegriffenen in Schutz genommen wurden.

Unsern Lesern wird ohne weiteres die grundzügig starke Aehnlichkeit bezw. Uebereinstimmung des Charakters der jetzigen nationalistischen Kampfverbände mit dem der im kaiserlichen Deutschland aufgewucherten Kriegervereine vor Augen treten. In welchem Maße in diesen Verbänden der politische Unverstand, wilder Fanatismus und Roheit sich geltend machen, wissen unsere Leser. Nur damit übertreffen sie ihr Vorbild, daß sie Elemente enthalten, welche den politischen Mord provozieren, planen, verüben und „patriotisch“ verherrlichen.

Die haben es nötig!

Protest der „deutschen Studentenschaft“ gegen das Moskauer Urteil.

WTB. Berlin, 7. Juli. Der Vorstand der deutschen Studentenschaft hat im Namen der gesamten deutschen akademischen Jugend Einsprache erhoben gegen die ungeheuerliche Art, in der in dem Prozeß der Sowjetregierung das Recht zu politischen Zwecken mißbraucht worden sei. Er weist die gänzlich haltlosen Vorwürfe zurück, die gegen die deutsche Studentenschaft und ihre Einrichtungen im Verlaufe des Prozesses erhoben worden sind und richtet an die Reichsregierung die dringende Bitte, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Verurteilten zu helfen.

*

Es steht der deutschen Studentenschaft schlecht an, über den Mißbrauch des Rechts zu politischen Zwecken zu klagen. Sie beweise erst einmal, daß ihr der Balken im Auge der deutschen Justiz genau so wichtig ist, wie der Moskauer Fall. Nur wer sich unermüdlich gegen „den Mißbrauch des Rechts zu politischen Zwecken“ in Deutschland gewandt hat, darf gegen die blutige Moskauer Gerichtsfarce Protest erheben.

Die Wissenschaft im Kampf um die Getreidezölle.

Weltwirtschaftliche Zusammenhänge der Zollfragen.

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags hat einen Unterausschuß zur Prüfung der Frage, wie sich Agrarzölle volkswirtschaftlich auswirken, eingesetzt. Dieser Unterausschuß hat am Montag seine Arbeiten aufgenommen und wird sie im Laufe dieser Woche beenden, um dann ein Gutachten an den Hauptausschuß zu erstatten. Schon seine ersten Sitzungen haben hochinteressante, zum Teil sehr lebhafte Auseinandersetzungen zwischen den als Sachverständigen geladenen Vertretern der Wissenschaft und den Wortführern der agrarischen Interessenverbände gebracht. Wir können leider nur in gedrängter Kürze darüber berichten.

Professor Serings Gutachten

ging dahin: Die Agrarpreise sind gestiegen, die Industriepreise zurückgegangen oder doch stehen geblieben. In allen Freihandelsländern der Erde hat sich die Preisschere geschlossen. Fragt sich, ob das für die Dauer ist. Es wird aber nie gelingen, die Menschen wieder auf einen niedrigeren Lebensstandard herunterzudrücken. Deshalb kann mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem Steigen der Getreidepreise für die Zukunft gerechnet werden. Aus Vorsicht vor Rückschlägen müsse er auch heute noch für einen gewissen Schutz der Landwirtschaft eintreten. Es sei aber ein gefährlicher Weg, die landwirtschaftlichen Zölle mechanisch an die Industriezölle angleichen zu wollen. Der Landwirtschaft, dem Fundament unserer Volkswirtschaft, könne man nur helfen durch eine Steigerung der Produktion, die mit einfachen Mitteln erzielbar wäre. Der Sachverständige verwies auf seinen Vorschlag ergänzender Zölle, wodurch die Veredelungsproduktion begünstigt werde. Man müsse auch auf einen Abbau der Industriezölle hinwirken. Es komme vor allem darauf an, die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung zu heben.

In der Aussprache über Professor Serings Gutachten hob der soeben von einer Amerikareise zurückgekehrte Professor Warmbold hervor, die landwirtschaftliche Technik sei drüben so weit, daß sie den Ertrag von 5 auf 6½ Doppelzentner pro Hektar erhöhen konnte. Die Weltmarktpreise würden bestimmt durch das am billigsten produzierende Land. — Auch Abgeordneter Hilferding (SD.) sprach sich dafür aus, daß bei verbesserter Technik die Landwirtschaft ohne Zollschutz auskommen könnte. Dann wurde von weiteren Sachverständigen auf Argentinien und Rußland als künftige starke Exporteure hingewiesen. Nach Mitteilungen russischer Gelehrter ist damit zu rechnen, daß Rußland dieses Jahr wieder exportiere. Von anderer Seite werde behauptet, daß die russische Regierung größere Getreidevorräte aufstapele, vor allem als Vorsichtsmaßregeln gegen Rückschläge. Auch in einem Bericht über die italienische Agrarenquete, der zur Verlesung gebracht wurde, heißt es, daß man mit Rußland wieder zu rechnen habe. Im übrigen wurde festgestellt, daß die **Ernteaussichten auf der ganzen Welt im allgemeinen gut** seien.

In der Dienstags-Sitzung gab vor Eintritt in die Beratung ein Regierungsvertreter in vertraulicher Aussprache einen Ueberblick über die Frage, inwieweit bei den Handelsvertragsverhandlungen Getreidezölle als Kompensationszölle dienen sollen. Dann wurde weiter über eine Reihe von Fragen verhandelt, die sich auf das

Verhältnis der Zollsätze zur landwirtschaftlichen Intensität

bezogen. Diese Fragen lauten u. a. dahin:

Wie wirken sich die landwirtschaftlichen Zölle im Frieden aus?

Kann die Produktion so gesteigert werden, daß selbst bei der jetzt verringerten Bodenfläche das deutsche Volk ernährt werden kann?

Welches sind die für eine Steigerung der Produktion wichtigsten Produktionsmittel?

Hierzu äußerte sich der bekannte landwirtschaftliche Betriebslehrer Professor Aereboe wie folgt: Auf einen gewissen Zollschutz sei bei der heutigen Weltlage nicht zu verzichten. **Aber die gegenwärtigen Zollvorlagen müsse man ablehnen, weil sie die Landwirtschaft nicht fördern, sondern hemmen.** Eine allseitige steuerliche Belastung sei gegenwärtig für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse unmöglich.

In der weiteren Aussprache gab der praktische Landwirt Schneider zu, daß in Wirklichkeit sich **die Frage der Zölle für die Verteuerung der Lebenshaltung und für die Absatzverhältnisse nicht übersehen lasse.**

Professor Aereboe, der insbesondere den kleinbäuerlichen Standpunkt vertritt, führte hierzu aus, daß 75 % des deutschen Bodens der Viehhaltung dienten und nur 25 % dem Getreidebau. Der Boden, der zum Getreidebau benutzt würde, befinde sich zum größten Teil im Besitz der Großagrarier. Deshalb liege ihnen viel an den Getreidezöllen.

Damit hatte Herr Aereboe in das Wespennest gestochen. Alle marschierten sie auf: der „Praktiker“ Dr. Schlittenbauer aus Bayern, Graf Kanserlingk, der „praktische Landwirt“, Freiherr v. Richthofen, der Mann des Reichslandbundes, der „Zuckermann“ Geheimrat Rabethge, das echte Berliner Kind und „auch landwirtschaftlicher Sachverständiger“ Herr v. Graefe, Reichsminister a. D. Fehr. Blattweise wurden dann den Sachverständigen die Fragen der Interessenten vorgelesen, so daß Aereboe erklärt: Um diese Fragen zu beantworten, muß man Bücher schreiben; es wäre unmöglich, sie in einem kurzen Vortrag zu beantworten. Ein anderer sehr bekannter Sachverständiger, dessen Meinung man gern zugunsten der Zollvorlage „etwas umbiegen“ möchte, erklärte in diesem Zusammenhang, daß er es satt habe, das Zeug noch einmal wiederzukäuen. Es wäre allmählich an der Zeit, daß die Rollen gewechselt und die Sachverständigen einmal fragen dürften.

*

In den Verhandlungen der Getreide-Enquete fielen wieder verschiedene Behauptungen der Agrarzollfreunde auf, die sicherlich einmal gründlich überprüft werden müssen. So behauptet z. B. Frhr. v. Richthofen, daß der Fleischkonsum in Deutschland heute pro Kopf schon wieder 46 Kilogramm beträgt, gegenüber 52 Kilogramm im Frieden. Diese Behauptung ist schon ebenso oft aufgestellt worden, aber noch nie bewiesen. Wer die Lebenshaltung der Proletarierfamilien kennt, weiß, daß solche Behauptungen heller Unsinn sind.

Rußlands Interesse am Garantiepakt.

Eine Erklärung Tschitscherins.

SPD. Paris, 8. Juli. (Rundfunk.)

Ueber eine zweistündige Unterredung, die dieser Tage der französische Botschafter in Moskau mit dem russischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschichtscherin, über die Stellung Rußlands zu den Sicherheitsverhandlungen gehabt hat, will der Moskauer Korrespondent des Petit Parisien folgendes erfahren haben: Tschitscherin habe erklärt, daß Rußland an diesen Verhandlungen und vor allem an der Haltung Deutschlands zwar ein starkes Interesse habe, daß es aber in keiner Weise in Berlin einen Druck auszuüben versuchte, um Deutschland von dem Abschluß eines Garantiepaktes zurückzuhalten. Rußland würde sich selbst für einen Sicherheitspakt interessieren, wenn dieser auf wesentlich breiterer Grundlage aufgebaut wäre als der augenblicklich zur Verhandlung stehende Plan. Würde dieser entsprechend ausgebaut und zwar derart, daß auch die Westgrenze Rußlands in eine allgemeine Garantie einbezogen würde, dann könnte Rußland auch dem Völkerbund gegenüber eine wesentlich andere Haltung einnehmen als bisher.

*

Dieser angeblichen oder wirklichen Erklärung Tschitscherins ist entgegenzuhalten, daß in letzter Zeit Radek und Litwinow in Berlin waren, um dort mit Bitten und Drohungen einen Druck auf Stresemann auszuüben. Indessen galt die Berliner Aktion der Moskauer Herren auch unseres Erachtens nicht so sehr dem Garantiepakt als solchen, als dem Londoner Kurs, den Herr Stresemann in der Paktfrage eingeschlagen hat. Die von dem Pariser Blatt mitgeteilten Aeußerungen Tschitscherins können so gedeutet werden, daß er gerade in der Paktfrage den Kontakt mit Frankreich nicht abbrechen will.

Zeigner begnadigt!

SPD. Dresden, 8. Juli. (Rundfunk.)

Das sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, den früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner Ende August bedingt zu begnadigen und aus dem Gefängnis zu entlassen. Bis dahin hat Zeigner allerdings den größten Teil seiner dreijährigen Gefängnisstrafe bereits verbüßt.

Es ist anzunehmen, daß dieser Schritt, der wenigstens den Versuch darstellt, Unrecht wieder gutzumachen, auf Betreiben der sozialdemokratischen Minister im sächsischen Kabinett erfolgt, die damit verhüten wollten, daß im Falle ihres Ausscheidens aus der Regierung eine Begnadigung Zeigners gänzlich unterbliebe.

Einstellung eines Landesverratsverfahrens gegen den Vorwärts.

Die bayrische Regierung hatte seinerzeit gegen den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts, Reuter, beim Reichsgericht ein Landesverratsverfahren beantragt wegen der Veröffentlichung eines Briefes über Einzelheiten des Hitlerputsches und die Bewaffnung der pfälzischen Organisationen, den ein gewisser Götz an einen Freund geschrieben haben sollte. Der Landesverrat wurde darin erblickt, daß in diesem Schreiben Einzelheiten über größere Waffenlager angegeben waren, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich gewesen wäre.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat nunmehr das Verfahren mangels hinreichender Belastung des Beschuldigten eingestellt.

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch, mitgeteilt von Kurt Eisner.

[3]

Sie hatten sich vor unseren „prosaischen“ Gesprächen in das stille Nebenzimmer geflüchtet, saßen nebeneinander auf dem Sofa, vor sich ein Tischchen mit der Mappe. Ich freute mich, daß Klara diesmal ausgiebig versorgt war, wir konnten um so freier unseren Interessen frönen. So, in dieser förderlichen Trennung der Parteien entschwanden ein paar Stunden. Klara erschien nur gelegentlich bei uns und zur Erfüllung hausfraulicher Pflichten, dann verschwand sie wieder. Durch die geöffnete Tür merkte ich, daß auch die drinnen recht angenehm schwatzten, Klara sogar ungewöhnlich lebhaft. Sie konnte eben einmal nach Herzenslust reisen. . . . .

Als unsere Gäste nach Mitternacht uns verlassen hatten, sagte Klara, während sie ein wenig Ordnung schaffte:

„Ein netter Mensch, Euer Kind, der Liebenswürdigste und Poetischste von euch allen.“

„Gewiß! Aber für den Fall, daß er Dir gefährlich werden sollte, möchte ich doch aus meiner Kenntnis der Tatsachen heraus feststellen, daß das Kind ein ziemlich mittelmäßiger Kopf und überdies unnötig reichlich — liederlich ist. Seine Reiseleidenschaft entspricht auch weniger einem dringenden Naturgefühl, als dem Bedürfnis, mit Zimmermädchen, Kellnerinnen und sonstiger Weiblichkeit ethnographisch möglichst schnell zu wechseln.“

Ich hatte ganz unbefangen, in scherzendem Ton gesprochen; mir war das Wohlgefallen Klaras an dem „Kind“ auf Kosten der anderen ein wenig verdrießlich, weil es in diesem Falle einen oberflächlichen Geschmack verriet, der ihr sonst nicht eigen ist.

Mich überraschte es um so mehr, daß sie übermäßig lebhaft lachte und daß in ihren Zügen sich deutlich eine gewisse Verlegenheit malte, als sie erwiderte:

„Ei, Du bist eifersüchtig!“

Es war das erstemal in unserer Ehe, daß dieses Wort ausgesprochen wurde. Ich bin so wenig eifersüchtig, daß ich für solchen Zustand nicht einmal Verständnis habe. Jetzt aber merkte ich, daß sich Klara in der Tat etwas an dem Feuer des „Kindes“ erhitzt hatte und ich sagte deshalb ernsthaft:

„Du weißt, daß ich nie eifersüchtig werden kann, weil ich nur unbedingtes Vertrauen oder Trennung für immer kenne; und Du weißt nicht minder, daß ich Dir vertraue. Ich hatte meine Charakteristik ganz absichtslos, der Wahrheit gemäß entworfen. Durch Deine Bemerkung hat sie freilich den Wert einer Warnung erhalten.“

„Einer Warnung?“

„Ja, einer Warnung. Du bist in wunderlichen Stimmungen, sehnst Dich nach irgend einem Unerhörten und formst Dir am Ende wirklich aus einem ganz gewöhnlichen Lehmklumpen einen Gott. Ich möchte Dich vor Enttäuschungen bewahren.“

„Und wer ist schuld, wenn ich mit solchen — Enttäuschungen in der Tat spielen würde?“

„Gewiß, niemand anders als ich. Ich bekenne mich schuldig!“

„Ach, ich wünschte, Du wärst ein bißchen eifersüchtig. Ich wüßte dann, daß Du mich liebst.“

Während die letzten Worte zwischen uns gewechselt wurden, empfanden wir beide ganz anders, als wir sprachen. Ich sah es deutlich: Klara hatte schnell eingesehen, daß ihre Sympathien für das „Kind“ nicht standhielten. Von Auge zu Auge schlängelte die Begierde, unsern Zwiespalt in Küssen zu ertränken. Innerlich sagte sie: „Er ist ein dummer Junge, und Dich liebe ich heißer denn je.“ Mich aber trieb es, all den versteckten Hader der letzten Zeit an ihrem Herzen zu vergessen. Doch unsere Worte gingen, wie so oft, ihren eigensinnigen Weg, und an ihnen zerrieb sich unser Gefühl, und jene unselige, vorwurfsvolle Bitterkeit drängte sich wieder zwischen uns und verscheuchte die einenden Geister.

Wir gingen in das Schlafgemach. Als das Licht verlöscht war, stand ich noch einmal auf, schlich durch die offene Tür in das Nebenzimmer, wo die Kinder schlafen. Am Bettchen meines Knaben beugte ich mich nieder und küßte ihn leise auf die Stirn.

„Reisest Du schon ab, Papa?“ flüsterte der Knabe aus dem Schlafe; ein ganz kleines Zipfelchen der Traumdecke hatte ich infolge meiner Berührung gelüftet.

„Nein, morgen bleibe ich noch hier.“

„Das ist gut,“ sagte der Knabe befriedigt und schlief weiter, ein glückliches Lächeln um seine roten, zierlichen Lippen, die halb geöffnet waren. Es war unendlich traurig in dem von einer Ampel matt beleuchteten Gemach.

Als ich in unser Schlafzimmer zurückkehrte, fand ich Klara leise schluchzend; sie hatte sich die Decke über das Gesicht gezogen, damit ich es nicht hörte. Ich löste mir ihren Kopf hervor:

„Was hast Du nur, Schatz?“

„Du liebst nur eins auf der Welt: Deinen Jungen. Selbst das Mädchen ist Dir gleichgültig,“

Es klang wie ein lange verhaltener Aufschrei tiefster Pein.

Ich versuchte zu scherzen:

„Wer ist nun eifersüchtig? Ich auf das „Kind“ oder Du auf den Jungen?“

„Vielleicht bin ich es.“

„Welche Torheit! Nun soll aber der Junge zur Strafe eifersüchtig werden.“

Ich umfing mein Weib mit stürmischen Küssen wie ein feurig Verliebter. Und es war keine Komödie!

Klara aber wehrte mich ab:

„Laß nur, es ist ja doch nur künstlich . . . .“

— — — — — — — — — —

Wir haben uns vor der Trennung nicht mehr gefunden, und auch die Stunden, die uns noch bleiben, werden fruchtlos verrinnen.

* * *

Binsendorf, 3. Juli, nachts.

Daheim in der Fremde! Das alte Gefühl durchdringt mich wieder, als ob hier meine Heimat sei. Anfangs schien alles verändert, ungewohnt. Die Phantasiearbeit während meiner zehnjährigen Abwesenheit hatte sacht mein Bild von diesem Eiland des Friedens umgestaltet, und das, was ich jetzt wiedersah, stimmte nicht mit dem, was ich mir aus scheinbarer Erinnerung vorgestellt hatte. Dann aber, nach kurzer Pause der Befremdung, erwachte meine rechte Erinnerung und siehe, es war alles, als ob ich es gestern verlassen hätte. Die kleine, freundliche Stadt, die den Endpunkt der Eisenbahnfahrt bildet, in ihrem Ringwall bunter Gärten. Dann die dreistündige Fahrt auf dem Boden, dessen breite Fläche eine Vorahnung der See gewährt. An den Rändern neigt sich grüßend das Schilf, wenn das Schiff vorbeigleitet, und die jagdlich gekleidete Herrengesellschaft, die mit mir gen Binnensee fährt, verrät, daß immer noch Schwärme wilder Enten hier hausen, den Bade-Jägern zum Trost. Der Boden verengt sich zum Strom. Die hohen weißen Dünen treten dicht heran, vorsichtig steuert das Schiff in der schmalen Fahrtrinne die Schlangenwindungen des seichten Wassers. Der biedere Kapitän der bisher mit den Jägern auf dem Verdeck geplaudert und die Leitung des Schiffes derweile einer untergeordneten Persönlichkeit geruhig überlassen, steigt nun auf die Brücke und kommandiert eifrig. Man muß an diesen Stellen verwünscht genau sein, wenn man nicht auf den Sand geraten will. Jetzt tauchen im Grünen ein paar verstreute Hütten auf, mit hohen, moosübersponnenen Strohdachgiebeln. Zwischen den einzelnen Gehöften weiden braungefleckte Kühe. Die rührend bescheidene Kirche, einsam zwischen Strom und Meer auf bebuschter Anhöhe gelegen, erhebt ihren Turm, der hölzern ist wie die schlichten Kreuze des benachbarten Friedhofes, der ergreifend schlicht von den Opfern erzählt, die das Meer gefordert. Jetzt sind wir in dem kleinen Hafen. Ein halb Dutzend Badegäste hat sich eingefunden, um den Zugang zu mustern. Zwei Leiterwagen — die Federn liegen im weichen Sande — harren, wie dereinst, jener verwöhnten Fremden, die eine Fahrgelenheit beanspruchen. Etliche Dorfbuben angeln in dem beinahe fischlosen Gewässer. Ich habe den Eindruck, als ob sie noch immer säßen und seit den zehn Jahren ihre ebenso unterhaltende wie unfruchtbare Beschäftigung nicht unterbrochen hätten. Die vier „Hoteldiener“, die sonst da standen, haben sich um zwei vermehrt. Die Frequenz hat offenbar zugenommen oder der — Unternehmungsgeist.

(Fortsetzung folgt)

Barmatschwindel in neuer Auflage.

Vernehmung Richters vor dem preußischen Barmatausschuß.

Berlin, 7. Juli.

Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages für die Prüfung der Vorkommnisse bei der Staatsbank — der sogenannte Barmatausschuß — vernahm am Dienstag ergänzend den früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Richter. Die Vernehmung war vertraulich. Wie berichtet wird, erlitt Richter zu Beginn seiner Vernehmung einen Nervenzusammenbruch und erholte sich erst auf Zureden seiner Parteifreunde. Er gab dann zu, daß er selbstverständlich von Barmat, den er heute noch als seinen Freund betrachtet, Geschenke erhalten habe, wie sie unter Freunden eben üblich sind. Auch habe ihm Barmat die eine oder andere Privatreise bezahlt und ihm gelegentlich mit seiner Familie auch Geldgeschenke gegeben, deren höchstes einmal der Wert von 300 Goldmark gehabt haben soll. **Ein Einfluß dieser freundschaftlichen Beziehungen auf seine Amtsführung habe niemals bestanden.** Richter konnte genau nachweisen, daß er einmal ein entsprechendes Ansinnen des Barmat entschieden zurückgewiesen habe. Wünsche, die Barmat in bezug auf das Aufsichtsrecht des Berliner Polizeipräsidiums über seine Unternehmungen geäußert hat, sind ausschließlich den Dienstweg gegangen und von den betreffenden Ressorts entschieden worden.

Ueber diese Sitzung verbreitet nun der (VDZ.) (Verein Deutscher Zeitungsverleger) im Wolffbureau zwei Berichte, von denen der erste mit der Bemerkung schließt, daß die „**weitere Beweiserhebung unerheblich**" gewesen sei. In dem zweiten sehr ausführlichen Bericht aber wird die Meldung eines Berliner Spätabendblattes wiedergegeben. Sehr beachtenswert ist, daß der Name dieses „Spätabendblattes" nicht genannt wird. Es scheinen also Gründe vorzuliegen, diese Namen zu verschweigen. Dennoch hält es das Wolffbureau für gut, seinen Platz dem VDZ. zu einer unerhört entstellenden Darstellung der Richterschen Vernehmung zur Verfügung zu stellen, die der VDZ. seinerseits dem mysteriösen „Spätabendblatt" entnommen haben will. Diese Darstellung stellt in einseitiger und äußerst gehässiger Weise die angeblichen Vorgänge während der Vernehmung Richters geradezu auf den Kopf. Sie ist im ganzen eine niederträchtige Verleumdung und Fälschung des eigentlichen Tatbestandes und wird noch ein Nachspiel zur Folge habe. Für heute genügen folgende Fragen: Wer ist das mysteriöse Berliner „Spätabendblatt"? Ist unsere Vermutung richtig, daß dieses „Spätabendblatt" die kommunistische Welt am Abend ist? Wie kommt das betreffende Blatt zu Mitteilungen über eine vertrauliche Sitzung? Wie kommt das Wolffbureau dazu, dem VDZ. zu gestatten, die Meldungen dieses Blattes in ausführlichster Breite wiederzugeben?

Zu dem Tatbestand als solchen bemerken wir, daß erst die Verleumdung dieses „Spätabendblattes" uns veranlaßt haben, um der Richtigkeit willen aus unserer intimen Kenntnis über die Vernehmung Richters obige Darstellungen wiederzugeben. Wir werden weiterhin Anlaß nehmen, gewisse Handhaben, die uns gegen einige kommunistische und deutschnationale Abgeordnete zur Verfügung stehen, anzuwenden, um die Herkunft dieser Schwindel- und Tendenzmeldungen festzustellen.

*

Die Hamburger Nachrichten auf Entdeckungsreisen.

Den Hamburger Nachrichten scheint ob der Schauermeldungen des Berliner Spätabendblattes endlich der rettende Ausweg gekommen zu sein. Sie empfehlen den Sparern, überhaupt den Besitzern mündelsicherer Anleihen (wie sie so schön sagen), die Deutschnationale Partei nicht mehr mit dem Aufwertungsgeschrei zu belästigen und sich lieber an Herrn Barmat und an seine angeblichen und wirklichen Freunde zu wenden, die das deutsche Volksvermögen verschleudert haben sollen. Daß du die Nase ins Gesicht behältst! Herr Barmat hat also das Volksvermögen verschleudert! Herr Barmat hat also den Krieg angestiftet, Herr Barmat hat also den Krieg verloren, Herr Barmat hat den Zusammenbruch gemacht, Herr Barmat hat die Inflation auf dem Gewissen und schließlich wohl auch die Stabilisierung, soweit sie dem schwarz-weiß-roten Kapital in die Knochen gefahren ist.

Wir erinnern uns, daß die Hamburger Nachrichten einmal in einer Hamburger Presseorganisation beweglich Klage darüber geführt haben, daß wir sie als ein Organ von Pressepiraten bezeichnet haben. Verschiedene Mitglieder dieser Organisation, auch solche, die den Hamburger Nachrichten fernstanden, schüttelten damals ob unserer Bezeichnung den Kopf. Werden sie den Kopf noch weiter schütteln, wenn sie den oben gekennzeichneten Lügenausbruch zur Kenntnis genommen haben? Ist der Ausdruck Pressepirat zu stark für Leute, die die handgreiflichsten, faustdicken Tatsachen mit solch geiferndem Geschwätz aus der Welt herauslügen wollen? Wir wären gespannt, von anständig gebliebenen Deutschnationalen eine Antwort auf folgende kleine Frage zu bekommen: Glauben Sie, daß Barmat die Inflation gemacht hat? Glauben Sie, daß Barmat mehr Kredite wie Stinnes bekommen hat? Glauben Sie, daß Barmat die Reichsbankpolitik beeinflußt hat — im ganzen: Wen halten Sie für den Schuldigen an der Inflation? Wollen Sie behaupten, daß es der kleine Schieber Barmat gewesen ist?

Das Kaufen um die Zollbeute.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages setzte die Beratung der Zolltarifvorlage fort und beschäftigte sich insbesondere mit den Textilzöllen. Von demokratischer Seite wurde bemängelt, daß die meisten Zölle schematisch heraufgeschraubt seien ohne Rücksicht, ob es sich um Halb- oder Fertigfabrikate handelt und ohne Rücksicht auf den Inlandsbedarf und auf die Ausfuhrnotwendigkeiten. — Genosse Krätzig gab der Meinung Ausdruck, daß schon jetzt die Zölle gründlich nachgeprüft werden müßten, da sonst ein nicht wieder gutzumachender Schaden angerichtet werden könnte. Habe man einmal die Vorlage endgültig verabschiedet, dann sei es schwer, an der darin getroffenen Regelung in absehbarer Zeit eine Aenderung vorzunehmen. Die Zölle selbst bezeichnete Krätzig als völlig ungerechtfertigt, weil sie nur die Rohstoffproduzenten bereichern und die Exporteure der Textilindustrie schädigen würden, trotzdem die Spinnereien bei hohen Abschreibungen große Dividenden verteilten. Die Rohstoffindustriellen wollten mit den Zöllen einen Monopolpreis schaffen, so daß die inländischen Verbraucher ihnen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert würden. Es sei unsinnig, zu behaupten, daß es sich nur um Verhandlungszölle handele; denn mit der gleichzeitigen Festsetzung von hohen Getreidezöllen verscherze man sich jede Aussicht auf ein Entgegenkommen des Auslandes. Genosse Kotzke wies darauf hin, daß noch jede Zollerhöhung dazu beigetragen habe, die deutsche Verarbeitungsindustrie zur Abwanderung in das Ausland zu zwingen und auch jetzt schon wieder versucht werde, deutsche Textilarbeiter für führende Posten in ausländischen Betrieben zu gewinnen.

Die Einzelberatung wurde hauptsächlich von der Sozialdemokratie bestritten, während sich bei den bürgerlichen Parteien völlige Teilnahmslosigkeit zeigte. Nur einmal ließ sich Abgeordneter Hoff (DNP.) dazu verleiten, die Reserve zu brechen, indem er namentlich gegen die englischen Tuche zu Felde zog. Aber sofort stürzten die Abgeordneten Schneider und Raumer (DVP.) über ihn her, um ihm diese „Erschwerung der Verhandlungen" auszureden.

Alle Anträge der Linken auf Wegfall oder Ermäßigung der Zölle wurden von den Regierungsparteien geschlossen abgelehnt.

*

Ueber die Aussichten, die Zollvorlagen noch in diesem Monat durchs Ziel zu bringen, teilt der Sozialdemokratische Pressedienst mit:

Es kann natürlich keine Rede mehr davon sein, daß die drei großen Vorlagen, die noch vor den Parlamentsferien erledigt werden sollen, nämlich die Zollvorlage, das Aufwertungsgesetz und die Steuergesetze, bis zum 18. Juli, wie ursprünglich geplant war, verabschiedet werden können. Nach dem jetzigen Stande der Beratungen ist mit den Reichstagsferien frühestens für die letzte Juliwoche, wahrscheinlich aber erst für Anfang August zu rechnen. Die Untersuchungskommission über die Agrarzölle wird ihr Gutachten nicht vor Ende dieser Woche abschließen können. Die kommende Woche würde dann ausgefüllt sein mit der abschließenden Beratung der Zollvorlage im Handelspolitischen Ausschuß. Selbst bei schnellster Erledigung im Plenum, womit aber kaum zu rechnen ist, wäre es dann, worauf die Vossische Zeitung hinweist, nicht mehr möglich, den neuen Zolltarif bereits am 1. August in Kraft treten zu lassen.

Der Höfle-Ausschuß des Preußischen Landtages nahm am Dienstag das beeidete Gutachten des Sachverständigen Professor Dr. Lewin entgegen. Das Gutachten stellt fest, was eigentlich für die Oeffentlichkeit längst klar ist und feststeht, nämlich, daß Dr. Höfle lediglich infolge grober Unterlassungen der Gefängnisärzte zugrundegegangen ist. Wenn nicht Unterlassungen vorgelegen hätten, erklärte Professor Lewin, so könnte Dr. Höfle heute noch leben.

Im Buzenhardt-Prozeß wurde am zweiten Verhandlungstag die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Angeklagter Lamp bestreitet alle die in der Voruntersuchung gemachten Angaben. Lamp war Rayonleiter der Pommerschen Partisan-Organisationen in Stettin und hat sich dort besonders für diese Bewegung eingesetzt. Die Angeklagte Atzmann widerruft ebenfalls alle Aussagen, die sie in der Voruntersuchung gemacht hat.

Her mit der Wertzuwachssteuer!

Im Steuerausschuß des Reichstages beantragte Abg. Meier-Baden (SD.), die Länder und Gemeinden dahin zu verpflichten, daß sie bei Grundstücksübertragungen Steuern vom Wertzuwachs erheben müssen. Einzelne Gemeinden, ja auch einzelne Bundesstaaten, (darunter auch Hamburg), erheben gegenwärtig eine Wertzuwachssteuer bei Grundstücksübertragungen nicht.

Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen. Dem § 16 des genannten Ausgleichgesetzes soll also folgende Fassung gegeben werden: Die Länder und Gemeinden sind verpflichtet, Steuern vom Mehrzuwachs bei Grundstücksübertragungen zu erheben. Bei Feststellung des steuerbaren Wertzuwachses ist der Erwerb- und Verkaufspreis, sowie die Kaufkraft der Mark an beiden Zeitpunkten die Grundlage der Wertbemessung.

Keine Aufhebung der Getränkesteuerverordnung.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurden gestern die Getränkesteuern behandelt. Dem Ausschuß lag ein Antrag des Abgeordneten Nolte (WBg.) auf Aufhebung der Getränkesteuern vor. Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium erklärte, daß die Getränkebesteuerung einen Teil der gemeindlichen Selbstverwaltung bilde, auf den gerade gegenwärtig nicht verzichtet werden könne. Abgeordneter Merck (BV.) sprach sich gegen den Antrag auf Streichung der Getränkesteuern aus, insbesondere mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Bayern, wo ein sehr beträchtlicher Betrag den Gemeinden aus den Getränkesteuern zufließt. Abgeordneter Dr. Gereke (DNP) gab zu erwägen, ob nicht anstatt der jetzigen Form der Getränkesteuern ein Zuschlag vom Reich in entsprechender Höhe erhoben werden könnte. Abgeordneter Dr. Fischer-Köln (DDP.) beantragt, im Interesse des notleidenden Weinbaues, daß die Getränkesteuern zwar bleiben sollen, aber die Gemeinden für die Zeit bis zum 30. September 1927 Steuern für Weine und Schaumweine nicht erheben sollen.

Der Antrag auf Aufhebung der Getränkesteuern wurde abgelehnt, ebenso wurde der Antrag abgelehnt, der eine Steuerfreiheit für Weine und Schaumweine verlangte. Dagegen wurde vom Ausschuß ein Antrag angenommen, der die Steuerfreiheit für Mineralwässer befürwortet.

Das Fazit der Aufwertungs-Verhandlungen.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags hat am Dienstag seine Beratungen im wesentlichen abgeschlossen. Der Sozialdemokratie ist es noch in letzter Stunde infolge eines Vorstoßes unseres Genossen Keil gelungen, eine andere Behandlung des Neubesitzes an Reichsanleihe durchzusetzen. Der Neubesitz von Kriegsanleihe wird nicht, wie die Regierungsvorlage vorschlug, im Verhältnis von 1000 zu 50, sondern nur im Verhältnis von 1000 zu 25, also auf 2½ % aufgewertet. Der Altbesitz stellt sich dadurch nicht schlechter. Es verbleibt für ihn bei der 12½prozentigen Auslosung plus 4½ % Zinsen. Von Bedeutung ist, daß der Neubesitz von der Auslosung ausgeschlossen ist.

Ziehen wir aus den Aufwertungskämpfen in den Ausschüssen die Bilanz, dann ist folgendes festzustellen: Die Aufwertung der Altanleihe, insbesondere der Kriegsanleihe, ist durchaus unzulänglich und wird die Gläubiger sicher enttäuschen. Insbesondere ist es bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, die Inflationsgewinne zu erfassen. Im übrigen sind in vielen Punkten wesentliche Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage festzustellen. Die Inflationsopfer haben diese Verbesserungen dem scharfen Vorgehen der Sozialdemokratie, insbesondere der unermüdlichen Arbeit des Genossen Keil zu verdanken. Von finanziell großer Tragweite ist der von der Sozialdemokratie erzielte Erfolg, daß der auf 50 Milliarden zu schätzende Neubesitz in der zweiten Lesung so verringert werden konnte, daß nur 50 % für die Umwandlung in Frage kommen.

Ausbau der Angestelltenversicherung?

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde der Gesetzentwurf über Ausbau der Angestelltenversicherung beraten. Von der Regierung wurde ausgeführt, daß für neue Leistungen eine geordnete Wirtschaft auch höhere Beiträge verlange. Die Reichsversicherungsanstalt werde die ihr gesetzlich auferlegten Lasten aus laufenden Mitteln und den Zinserträgen der angesammelten Rücklagen decken können. Ernste Beachtung verdiene aber das rasche Anschwellen der Rentenfälle. Zur Zeit fallen im Monat rund 2000 neue Renten an. Ein Ruhegeld werde im Durchschnitt 10 Jahre laufen. Werde der Grundbetrag von 360 Reichsmark auf 480 und die Beiträge wie in der Vorlage vorgesehen erhöht, so bedeute das eine Steigerung der Leistungen, die bei den bereits vorhandenen Berechtigten gewährt werden sollen, um mehr als ein Drittel. Darum müssen die Beiträge ebenso erhöht und folgendermaßen bemessen werden:

In Gehaltsgruppe A auf monatlich 2 ℳ (jetzt 1,50 ℳ), in Gehaltsgruppe B auf 4 ℳ (jetzt 8 ℳ), in C 8 ℳ (6), in D 12 ℳ (9), in E 16 ℳ (12); in der neuen Gehaltsgruppe F für die Jahresarbeitsverdienste von mehr als 400 ℳ monatlich, sei ein Monatsbeitrag von 20 ℳ vorgesehen. — Im Laufe der Sitzung stellten die Parteien verschiedene Anträge, über die in den nächsten Sitzungen abgestimmt werden soll.

Zum Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Erklärungen der Delegationen. / Der gute Wille beiderseitig außer Zweifel.

SPD. Paris, 8. Juli. (Rundfunk.)

Der französische Handelsminister Chaumet hat sich am Dienstag abend den Vertretern der französischen Presse über die Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen dahin geäußert, daß von Frankreich alles geschehen sei, um zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. **Auch der gute Wille der deutschen Unterhändler stehe außer Zweifel.** Diese aber seien ständig durch die übertriebenen Forderungen einzelner deutscher Industrien und vor allem der Landwirtschaft gehindert worden. Dadurch vor allem sei es unmöglich geworden, vor dem Auseinandergehen der Parlamente die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Demgegenüber hat die deutsche Delegation der französischen Presse folgende Mitteilung zugehen lassen: Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Kommuniqué festgestellt hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportartikel gemachten Konzessionen (Chemikalien, Maschinenartikel, Kleineisenprodukte, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren) nicht ausreichend sind, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für das Handelsabkommen hätte ergeben können. Anderseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Woll- und Baumwollgewebe sowie Automobile anbetrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichem Gebiete kundgetan haben.

Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt

und in irgendeiner Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflußt. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage."

Der Zollkrieg mit Polen. Die Antwort der polnischen Delegation auf den deutschen Vorschlag zum Abschluß eines Handelsprovisoriums ist, den Blättern zufolge, nunmehr eingegangen. Im Laufe des gestrigen Tages fanden im Auswärtigen Amt Besprechungen statt, die die Stellungnahme der deutschen Unterhändler gegenüber diesem neuen polnischen Vorschlag behandelten. Wie das Tageblatt aus Warschau hört, sind dort sämtliche Lebensmittel und Kolonialwaren sowie deutsche Fabrikationserzeugnisse in den letzten Tagen um 5—20 % im Preise gestiegen.

Ein Zuchthausurteil des Reichsgerichts. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich am Dienstag der Ingenieur Wilhelm Schmiedeberg aus Stettin wegen Landesverrats zu verantworten. Der Angeklagte war bei der Firma Wolfram in Stettin beschäftigt und hatte versucht, wichtige Zeichnungen und Akten, die im Interesse des Staates geheim gehalten wurden, fremden Staaten auszuliefern. Die wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft wird angerechnet.

Die französische Kammer zu den chinesischen Ereignissen.

Ratifizierung des Washingtoner Chinaabkommens.

Auf der äußerst ereignisreichen Konferenz von Washington, die vom Dezember 1921 bis Februar 1922 tagte, ist am 6. Februar ein Abkommen unterzeichnet worden, daß die Aufhebung der ausländischen Sonderrechte in China vorsieht. Die meisten Unterzeichner dieses Abkommens aber hatten sich bis jetzt geweigert, seine Ratifizierung vorzunehmen. Amerika hat bekanntlich dieser Tage eine besondere China-Konferenz vorgeschlagen, die das Problem der endgültigen Ratifizierung prüfen sollte. Die französische Kammer hat indes diese Konferenz nicht abgewartet und hat gestern das Abkommen in feierlicher Sitzung ratifiziert. **Danach ist Frankreich also bereit, seine Sonderrechte, die sogenannten Kapitulationen, im Einvernehmen mit China abzubauen.** Die französische Regierung und die Kammer haben sicher gut daran getan, diesen friedlichen und versöhnend wirkenden Schritt eiligst vorzunehmen. Es kann indes nicht verschwiegen werden, daß die Ratifizierung des Abkommens durch Frankreich eine Trennung der französischen Politik von der englischen darstellt und die Isolation Englands in der chinesischen Affäre ausdrücklich unterstreicht.

Neue Zwischenfälle in China.

WTB. London, 7. Juli. Wie Reuter berichtet, griff auf dem Boden der britischen Niederlassung in Tschungking der chinesische Pöbel Matrosen eines englischen Dampfers an. Bei dem Zusammenstoß wurden 4 Chinesen durch Bajonettstiche verwundet. Getötet wurde kein Chinese. Die Frauen und Kinder der Engländer verließen nach Reuter Tschungking, nur die Männer blieben zurück.

Monarchistischer Spuk in Potsdam. Ein Berliner Rundfunk meldet: Am Dienstag war der ehemalige Kronprinz zusammen mit seinem ältesten Sohn und seinem Bruder Eitel-Friedrich wieder einmal in Potsdam. Zweck der Reise war die Abnahme einer Parade der ehemaligen Unteroffizierschule. Mehrere Abteilungen der Reichswehr (!) waren in dem Zug der ehemaligen Unteroffizierschüler, die ein Gefallenendenkmal einweihten, eingereiht, um den Vorbeimarsch vor dem Hohenzollernsproß mitzumachen.

Keine Zusammenbrüche in der Landwirtschaft!

Ein praktisches Kapitel zur Zollfrage.

Von Kurt Heinig.

Die Zahl der Konkurse geht wieder nach oben! So kann man es überall lesen. Von Januar bis Mai dieses Jahres ergibt sich die folgende Zahl der eröffneten Konkurse: 796, 728, 776, 687, 807 ....

Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß neben den Konkursen sich die sogenannten Geschäftsaufsichten — „kalte Pleiten" — eingebürgert haben. Die Ziffer der Geschäftsaufsichten zeigt seit Januar 1925 diese Linie: 256, 240, 309, 223, 251 ... Hier ist die Tendenz der Steigerung deutlich zu beobachten.

Neben den Konkurs- und Geschäftsaufsichtsziffern müssen noch weitere Arten von „Sterbefällen" berücksichtigt werden, wenn man einen klaren Ueberblick des Gesundheitszustandes unserer Wirtschaft gewinnen will. So gibt es eine Anzahl von Konkursen, bei denen das Verfahren wegen Mangel an Masse gar nicht eröffnet wird. Zu den oben genannten Konkursziffern sind durchschnittlich etwa 25 % solcher Fälle hinzuzuzählen! Dann haben wir die stillen Konkurse, die freien Vergleiche und die sonstigen außergerichtlichen Firmenliquidationen.

Die Gesamtzahl der geschäftlichen Zusammenbrüche zeigt im Vergleich längerer Perioden zweifellos recht deutlich wichtige Vorgänge im Körper unserer Volkswirtschaft. Besonders schlüssig sind die Konkursziffern für konjunkturbarometrische Beobachtungen. Häufen sich die Konkurse und Geschäftsaufsichten, dann meldet sich damit die Krise an. Nur darf man dabei nicht falschen Schlußfolgerungen unterliegen. Allzuhäufig wird darauf verwiesen, in wie hohem Maße die Monatszahlen der Zusammenbrüche sich den Vorkriegsverhältnissen angleichen. Damit ist noch sehr wenig gesagt. Haben wir doch trotz der abgetretenen Gebiete heute bald viermal so viel Aktiengesellschaften wie vor dem Kriege und das Mehrfache an Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Man rechnet in Deutschland mit nahezu hunderttausend neuentstandenen Firmen. Wenn in dieser Ueberfülle — die zumeist aus der Kriegs- und im besonderen aus der Inflationszeit stammt — der Pleitegeier sich reichlich Opfer sucht, so ist das nicht ohne weiteres ein Unglück, im Gegenteil, man kann auch von einer berechtigten und notwendigen Reinigung sprechen. Sie kann nicht gründlich genug vor sich gehen!

Das Unglück ist nur, daß bei diesem dringend notwendigen Reinigungsprozeß nicht immer die Richtigen ausgemerzt werden, daß dabei die Arbeitnehmer mit Schaden leiden, daß die Firmen, die bei Bankerotten ihrer Kunden Verluste erlitten haben, sie naturgemäß an anderer Stelle wieder einzuholen bemüht bleiben und daß nicht zuletzt die Banken neuerdings sehr eifrig dabei sind, Konkurse durch Stützungsaktionen zu verhindern, so daß manch sterbenswilliges Unternehmen leider weiter kränkeln und die Wirtschaft immer wieder mit Fäulnisstoffen durchsetzen darf.

Nun aber zur Spezialuntersuchung!

Wie steht es mit den Zusammenbrüchen in der Landwirtschaft?

Immer wieder wird uns versichert, daß im besonderen dem Großgrundbesitz das Wasser am Halse stehe. Er müsse wenigstens unter den Zollschutz der Vorkriegszeit kommen, damit er einigermaßen — wie damals — existieren könne.

Wir stellen in der nachfolgenden Tabelle für eine Reihe von Vorkriegs- und Nachkriegsjahren die Zahl der eröffneten Konkurse untereinander, daneben stellen wir die Zahl der Konkurse, mit der die Landwirtschaft an jener Gesamtziffer beteiligt ist. So ergibt sich das folgende Bild:

	Zahl der eröffneten Konkurse im ganzen	davon in der Landwirtschaft (einschl. Forstwirtschaft)
1907	8101	298
1908	9378	340
1909	8630	331
1910	8387	308
1911	8680	329
1912	9209	329
1913	9775	325
1914	7849	268
1915	4545	192
1916	2258	127
1917	1229	68
1918	316	37
1919	1019	38
1920	1818	24
1921	3070	26
1922	996	?
1923	253	ca. 40
1924	6033	69
1925 Januar	796	6
1925 Februar	728	6
1925 März	776	6
1925 April	687	5
1925 Mai	807	11

Die Zahlen reden eine recht deutliche Sprache. Unter dem „gesegneten" Zollschutz vor dem Kriege, im besonderen von 1906 bis 1913, ist es der Landwirtschaft nicht gelungen, sich vor Zusammenbrüchen zu bewahren. Nahezu jeden Tag flog irgendwo in Deutschland der Pleitegeier auf einen Gutshof. Das wurde schon während des Krieges etwas anders. Das hatte naturgemäß mit der Schuldnerschutzgesetzgebung, im besonderen mit der damals eingeführten Geschäftsaufsicht seine Zusammenhänge. Beachtlich ist, daß die Zahl der Konkurse in der Landwirtschaft während des Krieges viel langsamer kleiner wird als die Gesamtziffer.

Wie sieht es dagegen nach dem Kriege, in der Inflationszeit und nach der Stabilisierung der Währung mit den Konkursen in der Landwirtschaft aus? Von 1919 bis 1924 springt die allgemeine Konkursziffer — nach Erledigung der Inflationstäuschung — um über 500 %, die der Landwirtschaft dagegen noch nicht einmal um 100! Und wenn wir die Monatsziffern des laufenden Jahres betrachten, dann ergibt sich, die ersten fünf Monate des Jahres in Vergleich gesetzt, daß die Landwirtschaft von Zusammenbrüchen nahezu völlig verschont ist. Dabei ist zu beachten, daß die Statistik neuerdings plötzlich auch die Bankerotte in Gärtnerei und Viehzucht der Landwirtschaft zuzählt. Bisher war das nicht üblich. Von der Konkursziffer der Landwirtschaft ist also noch ein Abstrich zu machen!

Liegt es nun an der guten Kreditthilfe, daß es in der Landwirtschaft zu so wenigen Konkursen kommt? Wäre das der Grund, dann sind die Behauptungen von der Kreditnot der Landwirtschaft falsch.

Liegt es an den stillen Reserven, daß die Landwirtschaft von Pleiten und Versteigerungen nahezu völlig verschont bleibt? Dann sind die Steuerbilanzen der Gutswirtschaften falsch!

Liegt es an der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, daß sie von der industriellen Abbaukrise ganz unberührt bleibt? Dann braucht sie keine höheren Preise.

Vor dem Kriege litt die Landwirtschaft trotz allem Schutzzoll darunter, daß sie alljährlich 8 bis 4 % aller Konkurse auszuhalten hatte. Heute hat sie, obwohl die allgemeine Konkursziffer sich den Vorkriegsverhältnissen verwandt zeigt, deren noch nicht 1 % zu tragen.

Der Zusammenhang zwischen Schutzzöllen und Zusammenbrüchen ist viel einfacher und klarer, als auf den ersten Augenblick erscheint. Steigt infolge der Einführung von Schutzzöllen der Preis der landwirtschaftlichen Produkte, dann erhöht sich im gleichen Verhältnis der Bodenpreis. Der höhere Bodenpreis bedingt bei jedem Güterumschlag verstärkte Aufwendungen. Verstärkte Schwierigkeiten erzeugen Konkurse. Da deren Zahl vor dem Kriege größer war als sie heute ist, bleibt es leicht, die Schlußfolgerung zu ziehen. Die Gewissenlosigkeit einer kleinen und mächtigen Schicht agrarischer Großproduzenten treibt unsere Landwirtschaft in die „gute alte Zeit" der zahlreichen Konkurse erneut hinein!

Der Reichsbund des Textil-Einzelhandels zur Zollvorlage.

Die Ortsgruppe Hamburg dieses Reichsbundes sendet uns folgendes Schreiben:

Die dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegende Zollvorlage ist für den Textileinzelhandel von tief einschneidender Bedeutung. Nachdem der Textileinzelhandel alle durch den Krieg herbeigeführten Nöte der deutschen Wirtschaft wie kaum ein anderer Erwerbszweig an sich hat spüren müssen, sich ihm gegenwärtig in seinem Kampf um die ihm gebührende Stellung als Vermittler zwischen Produktion und Konsum die größten Schwierigkeiten durch Kapitalmangel, Kreditnot und überspannte Steuerlasten entgegenstellen, soll seine wirtschaftliche Lage eine weitere Verschärfung durch die exorbitant hohen Zölle, die die Zollvorlage der Regierung für viele Waren seines Interessengebietes vorsieht, erfahren. Gegen diese Absicht schärfsten Einspruch zu erheben, hält sich der Textileinzelhandel in seinem, vornehmlich aber im Interesse der Verbraucherschaft, als deren berufener Vertreter er in dieser Angelegenheit auftritt, für verpflichtet.

Von den Zollerhöhungen werden, soweit sie in das Gebiet der Textilien fallen, fast ausschließlich Waren betroffen, die entweder die Grundlage für die Herstellung lebenswichtiger Gebrauchsgegenstände bilden, oder als unentbehrlich Halb- und Ganzfabrikate unmittelbar an den Verbraucher abgegeben werden. So sollen, um nur einige Beispiele herauszustellen, die Zölle für Wollgarne der Tarifnummern 418 bis 425 um 155 %, für wollene Kleiderstoffe der Tarifnummern 432 um 106 %, für Baumwollgarne der Tarifnummern 440 bis 443 um 108 %, für baumwollene Bekleidungsstoffe der Tarifnummern 458 bis 457 um 120 % und für Leinengarne der Tarifnummern 472 bis 474 um 141 % durchschnittlich erhöht werden, von den Zöllen auf Rohseide, Seidengespinste und Seidengewebe, die um ein Vielfaches, zum Teil sogar um mehr als das zehnfache gesteigert werden sollen, ganz abgesehen.

Es ist unverkennbar, daß die Regierung bei Bearbeitung der Vorlage den Anträgen der deutschen Textilindustrie im weitesten Umfange gefolgt ist, ohne die berechtigten, auf eine Milderung der Zollbelastung hinauslaufenden Forderungen von Verbraucherschaft und Einzelhandel gebührend zu berücksichtigen. Für die deutsche Textilindustrie bedeuten die Zollsätze des Tarifs von 1902 einen vollkommen ausreichenden Schutz gegen die Auslandskonkurrenz. Sie gingen bei vielen Tarifpositionen weit über die Notwendigkeit hinaus und gaben der Industrie das Mittel in die Hand, sich auf weiten Gebieten der Textilwirtschaft den Inlandsmarkt vollständig zu sichern. Dies hatte zur Folge, daß die Industrie dem Einzelhandel und dem Verbraucher ihren Willen durch zum Teil rigorose Zahlungs- und Lieferungsbedingungen unbeschränkt aufdrücken konnte. Im Kriege und in den Nachkriegsjahren erfuhr die Monopolstellung der Textilindustrie eine weitere Verstärkung durch die Blockade, die Einfuhrverbote, die Erhöhung der Zollsätze sowie durch die Ausschaltung der Konkurrenz von Industriezweigen in den abgetretenen Gebietsteilen.

Diese hauptsächlich durch eine falsch orientierte Zoll- und Handelspolitik der Regierung herbeigeführte Machtstellung der deutschen Textilindustrie ist für die deutsche Wirtschaft von den schwerwiegendsten Folgen gewesen. Sie hat dazu geführt, daß der Inlandsabsatz an Textilien sich sehr verkleinerte, wodurch nicht nur eine Verschlechterung der sozialen Lage weiter Kreise des deutschen Volkes herbeigeführt, sondern auch die Grundlage zum Verkümmern gebracht wurde, von der aus allein das Auslandsgeschäft entwickelt werden konnte. Aber auch für die Industrie selbst ist nach Auffassung des Einzelhandels diese Machtstellung nicht ohne nachteilige Folgen geblieben. Weil ihr die freie Luft der Auslandskonkurrenz fehlte, ist sie auf vielen Gebieten in ihren technischen Einrichtungen rückständig geworden und arbeitet daher nicht so rationell wie die ausländische, zum Beispiel die französische und italienische Industrie. Dies ist besonders der Fall bei den Industriezweigen, die sich mit der Herstellung von Gespinsten und Geweben aus Seide sowie von wollenen und baumwollenen Geweben befassen. Um so unverständlicher ist daher die sich durch die Vorlage ziehende Tendenz, die Monopolstellung der deutschen Textilindustrie nicht nur zu erhalten, sondern noch weiter auszubauen. Dies zeigt sich deutlich daran, daß man die Zollregelung auf die Uebergangsschwierigkeiten, in denen sich gegenwärtig noch die deutsche Wirtschaft befindet und die anormalen Verhältnisse, die auch in der Weltwirtschaft herrschen, abtellen will. So wird gefordert, daß die der deutschen Produktion auferlegte Belastung (Reparationsleistungen, hoher Zinsendienst, Steuern, soziale Lasten usw.) durch höhere Zölle mit ausgeglichen wird. Der Textileinzelhandel ist dagegen der Auffassung, daß bei der immerhin für lange Zeit erfolgenden Zollregelung vorübergehende Zustände nicht ausschlaggebend sein dürfen und die gegenwärtige besondere Belastung der deutschen Produktion nur durch eine Steigerung der Produktivität und eine Verminderung der Gewinnspanne wettgemacht werden kann. Weiter legt die Regierung, deren Vorschläge übrigens nur unvollkommen erkennen lassen, nach welchen Grundsätzen die neuen Zölle aufgebaut sind, und bei denen weiter zu bemängeln ist, daß sie die Waren nicht individuell nach ihrer Bedeutung für Erzeugung und Verbrauch betrachten, bei Bemessung der neuen Zollsätze in erheblichem Umfange die Weltmarktpreise zugrunde, ohne daß deren mangelnde Stabilisierung und nach unten gerichtete Entwicklungstendenz berücksichtigt würde.

Der Textileinzelhandel ist der Ueberzeugung, daß die in der Zollvorlage vorgesehenen Erhöhungen für Textilien das schon jetzt übermäßig hohe inländische Preisniveau weiter über die Weltmarktpreise heben werden. Dies muß nach seiner Auffassung eine für Erzeugung und Verbraucherschaft gleichmäßig verhängnisvolle Verringerung des Inlandsabsatzes zur Folge haben, wodurch weiter der Absatz deutscher Textilwaren nach dem Auslande in einem empfindlichen und für die deutsche Handelsbilanz Gefahr bringenden Umfange vermindert und die Erfüllung der Deutschland nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz obliegenden Verpflichtung in Frage gestellt wird. Aus diesen Gründen lehnt daher der Textileinzelhandel die Zölle der Zollvorlage ab und verlangt, wie er es in seiner dem Reichstag vorgelegten Denkschrift bei jeder sein Interessengebiet berührenden Tarifposition beantragt hat, Herabsetzung der Zollbelastung auf ein für Verbraucher

An unsere Leser!

Wir ersuchen unsere Leser, den Bezugspreis nach möglichkeit

monatlich

zu entrichten. — Dadurch wird der Zahlungsverkehr vereinfacht und den Lesern und unsern Austrägern Arbeit erspart.

Verlag des Hamburger Echo.

Verantwortlichkeit aufs Spiel zu setzen, indem sie ihm vollkommen erlogene Behauptungen unterschob, die, da darin seine Zeugenschaft angerufen wurde, an dem Tage, da ihre Unrichtigkeit ans Licht kam, ihn vor der gesamten Internationale als falschen Zeugen erscheinen lassen mußten; 3. daß, anstatt sich über einen derart offenkundigen Betrug zu entrüsten, Fimmen nach mildernden Umständen sucht und den Irrtum einem Mangel an Kenntnis der französischen oder deutschen Sprache zuschreiben zu sollen glaubt; man wird einen vernünftigen Menschen schwerlich glauben machen, daß Swertschkow mit so viel Details in einer Sprache, die er nicht verstand, eine Geschichte zu verstehen geglaubt hat, die gar nicht erzählt wurde; 4. daß die Verantwortlichen für diesen ungewöhnlichen Betrug von Fimmen als durchaus „seriös" angesehen wurden und er ihnen auch weiterhin sein Vertrauen bewahrt. Sie und ähnlich „seriöse" Leute sind es, denen Fimmen die Mitteilungen verdankt, auf Grund deren er die sonderbaren Artikel schreibt, mit denen er seit kurzem die Arbeiterpresse überschwemmt. Man kann daraus den Wert seiner Quellen beurteilen."

Für uns bekommt diese ganze Sache noch insofern einen besonderen Reiz, als uns von einem Angestellten der Druckerei Die Internationale in Osnabrück die Uebersetzung von Fimmens Entgegnung auf den Offenen Brief zugeschickt wird, mit der Zumutung, das spaltenlange Elaborat im Echo abzudrucken. Wir glauben nach der oben gegebenen Aufklärung dies uns und unsern Lesern ersparen zu können.

Lohndrückerei und Kartellunwesen.

Ein grelles Schlaglicht auf die unglaublich schlechten Löhnungsverhältnisse in Deutschland zum Vergleich zu andern europäischen Ländern werfen einige Zahlen, die aus der letzten Vierteljahresstatistik vom Verband der Metallindustriellen eines süddeutschen Bezirks vertraulich an seine Mitglieder bekanntgegeben worden sind, einer Quelle also, von der gewiß nicht gesagt werden kann, daß sie ihre Berichte zugunsten der Arbeiterschaft frisiert. Nach den eigenen Angaben dieser Kapitalistengruppe wurden beispielsweise in Deutschland und Dänemark folgende, bis um über 100 % differierende Löhne für die gleichen Erwerbsgruppen beider Länder gezahlt:

		in Dänemark	in Deutschland
Maurer	pro Stunde	269 Oere	94 Oere
Zimmerleute	„ „	234 „	111 „
Metallindustrie	„ „	190 „	75 „
Tischler	„ „	170—173 „	94 „
Chemische Industrie	„ „	145—166 „	70 „
Schuhindustrie	„ „	179 „	80 „
Buchdrucker	„ „	185—209 „	109 „
Herrenschneider	„ „	168 „	95 „
Maurer-Hilfsarbeiter	„ „	208 „	94 „
Maler	„ „	200 „	109 „
Lederindustrie	„ „	216 „	89 „
Textilindustrie	„ „	140 „	78 „
Bäcker	„ „	180 „	100 „

Diese Zahlen lassen einwandfrei erkennen, in welch unerhörter Weise die Kraft der deutschen arbeitenden Bevölkerung von den Unternehmern ausgebeutet wird. Trotz der an sich in Dänemark nicht wesentlich höheren Lebenshaltungskosten verdient ein Maurer, Zimmermann, Metallarbeiter und Gerber in dem nordischen Nachbarstaate mehr als das doppelte wie sein deutscher Kollege, und auch die Löhne aller übrigen aufgeführten Gruppen bewegen sich nicht viel unter dieser Grenze. Bei alledem wird aber hier in Deutschland jede Forderung der Arbeiterschaft auf eine noch so geringe Heraufsetzung des Verdienstes häufig ohne weiteres mit sofortiger Aussperrung seitens der Unternehmer beantwortet. Und nicht allein das. Gleichzeitig behaupten fast sämtliche Arbeitgeberverbände, daß sie die Belastungen, die die Betriebe durch die „fortgesetzten Lohnerhöhungen" erleiden, nur noch die kürzeste Zeit würden aushalten können und suchen die maßgebenden Stellen durch die Drohung mit der Stillegung der Werke zur Fällung von Schiedssprüchen zu veranlassen, die den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen in keiner Weise entsprechen. Nach ihrer Angabe liegt die Sache so: Nur wenn die Arbeiter und Angestellten der schlechten wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeitgeber Rechnung tragen und sich möglichst

den Riemen noch enger schnallen würden,

wird es den schwere ringenden Unternehmern möglich sein, ihre Betriebe offen zu halten. Damit wird etwa zum Ausdruck gebracht, daß in der Hauptsache der Unverstand der Arbeiterschaft die Krise, in der sich die Unternehmungen befinden, verschuldet haben soll.

Wer genauer hinsieht, und das dürfte vor allen Dingen von den Herren in den Schlichtungsausschüssen verlangt werden, wird allerdings das Fadenscheinige dieser Hypothese sehr bald herausgefunden haben. Nicht bei ihren Arbeitnehmern sollen die Industriellen die Ursache ihrer teilweise wirklich schlechten Geschäftslage suchen, sondern bei sich selbst. Nicht die berechtigten Ansprüche ihrer Werksleute, die ja nicht einmal erfüllt werden, drohen ihnen die Kehle zuzuschnüren, sondern ganz etwas anderes. Die Vertrustung der gesamten deutschen Industrie, die besonders in den letzten Kriegs- und Nachkriegsjahren immer mehr und mehr in Erscheinung getreten ist, muß als eine der Hauptursachen der zunehmenden Wirtschaftsmisere bezeichnet werden. Die von all den vielen Kartellen und Syndikaten vorgenommene Knebelung des freien Wettbewerbes beziehungsweise der Zwang, der ihrerseits auf die einzelnen Werke hinsichtlich der Preisgestaltung ausgeübt wird, rauben der deutschen Industrie die Möglichkeit, ihre Preise so zu stellen, daß sie im Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt. Wenn es trotzdem noch gelingt, größere Geschäfte mit dem Auslande abzuschließen, so geschieht dies eben nur auf Grund der überaus schlechten Löhne, die hier in Deutschland gezahlt werden. Mit andern Worten: Auf Kosten der Arbeiter wird der Ausgleich geschaffen für die Sünden der Kartelle und für die Milliardenbeträge, die von ihnen den Unternehmungen nach und nach durch zu hoch angesetzte Grundpreise für Rohmaterialien

zugunsten einiger weniger Herrscher

im Reiche der deutschen Industrie entzogen werden.

Als Beispiel sei folgendes erwähnt: Vor einiger Zeit kletterten die Preise der Kessel-, Schiffs- und anderer Nieten um etwa 25 bis 30 % in die Höhe, ohne daß irgendein aus der allgemeinen Marktlage erkennbarer Grund für diese enorme Preissteigerung vorhanden war. Tatsache war nur, daß sich kurz vorher ein neues Syndikat gebildet hatte, von dem sofort den angegliederten Lieferwerken die nunmehr gültigen Mindestpreise vorgeschrieben wurden, die wesentlich höher waren als die bis dahin gültigen Sätze. Selbstverständlich wirkte sich diese Erhöhung bei den Arbeiten an Kessel- und Schiffsneubauten und Reparaturen und überall da, wo sonst noch Nieten zur Verwendung kommen, dementsprechend aus, zum Nutzen der wenigen Syndikatsherren, die die Preiserhöhung verfügt hatten, zum Schaden der gesamten Industrie.

Einer der Hauptführer der Syndikatsherren, sozusagen der ungekrönte König des neuen Deutschlands von Mammons Gnaden, war der im Vorjahr verstorbene Großindustrielle Hugo Stinnes. Es gibt kaum einen Fabrikationszweig, in dem dieser Gigant auf dem Gebiete des Geldverdienens nicht seinen Einfluß geltend zu machen gewußt hat, und überall dort, wo er beteiligt war, schossen neue Kartelle aus der Erde, die der Freiheit in der Preisfrage einen schier unüberwindlichen Damm entgegensetzten. Nach seinem Tode setzte dann der neue Kampf zwischen dem Industriekapital und dem Bankkapital ein. Die Banken — vor dem Kriege die weitaus stärkste Macht im Wirtschaftsleben — waren durch die Wirksamkeit des Verstorbenen mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Stinnes hatte es verstanden, sie bei vielen Geschäften entbehrlich zu machen, die vorher ihre ureigenste Domäne gewesen waren. Jetzt rafften sie sich zu einer gewaltsamen Anstrengung auf, um den verlorenen Boden zurückzugewinnen, und der für die deutsche Arbeiterschaft nützliche Erfolg war der, daß es in einzelnen Konzernen zu kriseln begann. Als einer der ersten fing — oh Ironie des Schicksals — der bisher schier allmächtige Stinneskonzern selbst zu wackeln an. Die Zeit der Devisenverdienste, die einigen wenigen Leuten Millionen einbrachte, während der großen Masse des Volkes die letzten Groschen aus der Tasche gezogen wurden, war vorüber, die zweifellos überragende kaufmännische Begabung des Gründers dieses Konzerns, der ein gut Teil brutale Rücksichtslosigkeit beigemischt war sobald die Verdienstfrage in Betracht kam, war ausgeschaltet, und seinen Nachfolgern war der riesenhafte Umfang der Geschäfte über den Kopf gewachsen. Die Banken gewannen Terrain und sind im Begriff, sich ihre alte Stellung zurückzuerobern.

Damit ist der Zeitpunkt für die einzelnen Unternehmer gekommen, sich von der ihnen auferlegten Knebelung durch die Kartelle zu befreien. Nur wenn sie sich dieses zunutze machen, wenn sie die Fessel der noch bestehenden Syndikate abstreifen und ihre Preise im richtigen Verhältnis zu den eigentlichen Produktionskosten wieder selbst festsetzen und damit erneut den freien Wettbewerb im Inlande und mit dem Auslande auf den Schild erheben, kann eine Gesundung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse eintreten. Die bis jetzt von den Arbeitgebern beliebte Methode, durch künstliche Daniederhaltung der Löhne die durch die Kartelle erwachsenden Mehrkosten auszugleichen, ist ebenso unsozial wie unklug und nutzlos, denn solange der deutschen Arbeiterschaft nicht freiwillig wenigstens das zum Leben notwendigste Einkommen zugestanden wird, ist sie in die Zwangslage versetzt, den Kampf um die Erreichung dieses Zieles weiterzuführen, und sie wird ihn in um so schärferen Formen führen müssen, je weniger Verständnis ihrer bedrängten Lage seitens der Arbeitgeber entgegengebracht wird.

Die Kartelle sind eins der Hauptübel im heutigen deutschen Wirtschaftsleben.

Ihre Aufhebung gewährleistet Konkurrenzfähigkeit und gestattet, wie schon oben erwähnt, unter anderm auch die Zahlung von Löhnen, die nicht in einem solch jämmerlich beschämenden Mißverhältnis zu denen des Auslandes stehen, wie die am Anfange dieses Artikels aufgeführten Sätze. Aus diesen Gründen ist die Forderung nach Aufhebung der Kartelle vom ökonomischen Standpunkte aus eine der berechtigsten der heutigen Zeit, und ihre Erfüllung würde, wenn nicht die Lösung, so doch wenigstens eine in allen Kreisen fühlbare Erleichterung der nachgerade unerträglich gewordenen Spannung in der Industrie herbeiführen. Nicht Syndikalisierung, sondern freie Wirtschaft ist der Weg zur Beseitigung der schleichenden Krise, unter der die deutsche Wirtschaft langsam zu verbluten droht.

Und deshalb ist die in letzter Zeit immer mehr zutage tretende Lockerung im Gefüge der Riesenkartelle vom Standpunkte der deutschen Arbeiterschaft aus gesehen nur zu begrüßen. G.

29. deutscher Krankenkassentag.

SPD. München, 7. Juli. (Eig. Drahtber.)

An seinem letzten Verhandlungstag beschäftigte sich der Deutsche Krankenkassentag mit der

sozialhygienischen und sozialpolitischen Bedeutung der Behandlungsanstalten.

Das Referat hierüber erstattete der Berliner Stadtarzt Dr. Roeber. Seine Ausführungen ergänzte Dr. Pyroll-Berlin. Darauf wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der folgendes niedergelegt ist:

„Der Wirtschaftsprozeß der neuen Zeit schuf durch die Loslösung der großen Bevölkerungsmassen von den Produktionsmitteln ein Industrie- und Landarbeiterproletariat, zu dem wirtschaftlich auch große Teile des sogenannten Mittelstandes rechnen. Für diese Bevölkerungsteile entstanden neuartige gesundheitliche Bedürfnisse, insbesondere sozialhygienischer Natur. Es hat sich gezeigt, daß die Aerzteschaft in ihrer jetzigen Berufsform den dadurch gegebenen neueren Aufgaben nicht gewachsen ist. Die Aerzteschaft befindet sich, weil sie ihren heutigen Aufgaben infolge ihrer Einzelarbeit nicht Herr werden kann, in der schärfsten beruflichen und wirtschaftlichen Krise. Diese kann ihre Lösung nur finden durch eine Organisation, in der Gemeinschaftsarbeit Grundsatz ist. Für eine solche können Behandlungsanstalten der Krankenkassen eine brauchbare Grundlage geben. Dazu sind sie zweckmäßig auf die Wohn- und Arbeitsviertel zu verteilen und organisatorisch zusammenzufassen, zur Umstellung der Einzelarbeit auf Gemeinschaftsarbeit. Zugleich ist zu versuchen, die Aerzteschaft in ein großes System sozialfürsorgerischer Betreuung organisch einzugliedern. Damit die Behandlungsanstalten voll wirken können, ist die Vereinheitlichung des Gesamtversicherungswesens auf bezirklicher Grundlage mit den Krankenkassen als Unterbau zu verlangen. Es ist zu erwarten, daß der Arzt hierdurch die Eigenschaft als Familienarzt wiedergewinnt. Die Krankenkassen werden, ohne eine untragbare Belastung auf sich zu nehmen, durch die Behandlungsanstalten instand gesetzt, den Aerzten ein Durchschnittseinkommen und eine Altersversorgung zu garantieren, die ihre wirtschaftliche Existenz sichern. In den Behandlungsanstalten kann die notwendige Erweiterung der heutigen rein biologischen Medizin zur sozialen, unter voller Wahrung der Freiheit der medizinischen Wissenschaft, erfolgen. Die medizinische Wissenschaft und die Bevölkerungspolitik werden daraus einen Nutzen zum Wohle der gesamten Bevölkerung ziehen."

Das letzte Referat betraf die

zahnärztliche Behandlung im Eigenbetriebe der Krankenkassen,

wozu der Braunschweiger Chefarzt Dr. Lewald referierte. Auch die hierzu vorliegende Entschließung wurde einstimmig angenommen. In ihr wird festgestellt, daß Privatbetriebe einem Zahnarzt weder die Fortschritte der Wissenschaft und Technik im erforderlichen Maße nutzbar machen, noch ihn so wirtschaftlich arbeiten lassen können, wie es erforderlich wäre. „Insbesondere ist es ohne übermäßige Mehrbelastung der Kassen nicht möglich, eine durchgreifende Sanierung der gesamten Mundhöhle bei allen Versicherten durch Zahnbehandlung in freier Praxis durchzuführen. Demgegenüber hat sich die bei vielen Kassen durchgeführte zahnärztliche Versorgung der Versicherten in ihren Kassenzahnkliniken medizinisch und wirtschaftlich ausgezeichnet bewährt. Die Kassenzahnkliniken sind daher als die gegenwärtig beste Form der zahnärztlichen Versorgung der Versicherten anzusprechen. Sie sollten daher von allen Krankenkassen nachdrücklichst gefördert werden, ebenfalls unter Zusammenschluß der Kassen zu örtlichen Zweckverbänden."

Am Schluß erstattete noch Geschäftsführer Lehmann-Charlottenburg den bereits im Verbandsorgan mitgeteilten Geschäftsbericht und stellte fest, daß nach der endgültigen Auszählung die Münchner Tagung von 1768 Teilnehmern besucht war, die 8 588 679 Versicherte vertraten. Im Namen des Vorstandes wandte er sich schließlich noch gegen den Gesetzentwurf über die Abänderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes, weil die Versorgung der ausscheidenden Wehrmachtsangehörigen auf Kosten der Selbstverwaltung der Krankenkassen durchgeführt werden soll. Als erster Vorsitzender wurde wiederum Ahrens-Charlottenburg gewählt, und als nächster Tagungsort Düsseldorf bestimmt.

Volkswirtschaft.

Der Reichsbankausweis beim Halbjahrswechsel.

Aus dem Reichsbankausweis vom 8. Juli ergibt sich, daß der Halbjahrsultimo, wie allgemein erwartet wurde, eine beträchtliche Vermehrung der Kreditansprüche in der privaten Wirtschaft gebracht hat. Allerdings bleibt die Steigerung hinter der von Ultimo Mai zurück. Die gesamte Kapitalsanlage stieg um 364,9 auf 1939,2 Millionen Mark. An der Steigerung sind 325,4 Millionen Mark Wechsel beteiligt, so daß sich das Wechselportefeuille auf 1691,5 Millionen stellte. Unter der Zunahme von Wechseln befinden sich 71,8 Millionen Mark rediskontierte Wechsel, die zurückgegeben wurden, und 258,6 Millionen Mark Neudiskontierungen. Besonders erwähnenswert ist die Zunahme der Lombardkredite von ungefähr 7 Millionen auf 46,5 Millionen. Die fremden Gelder ermäßigten sich um 237,8 auf 564,7 Millionen Mark.

Im Zusammenhang mit den größeren Kreditansprüchen nahm der Notenumlauf um 255,8 Millionen auf 2474,4 Millionen und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 341,4 Millionen auf 1671,9 Millionen Mark zu. Der gesamte Geldumlauf betrug also, unter Hinzurechnung von 175 Millionen Privatbanknoten und 468 Millionen Mark Scheidemünzen, am 30. Juni rund 4790 Millionen Reichsmark, gegenüber 4787 Millionen Reichsmark ultimo Mai. Infolgedessen ging die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen von 68,2 auf 57,2 und die Deckung durch Gold allein von 47,4 auf 42,9 % zurück.

Gesteigerter Kaliabsatz im Juni.

Das Kalisyndikat setzte im Juni 1925 rund 815 000 Doppelzentner Reinkali ab. Der Absatz im Mai betrug nur 731 000 Doppelzentner Reinkali und im Juni 1924 nur 277 000 Doppelzentner. Der Gesamtabsatz im Jahre 1925 stellt sich auf 7 334 962 Doppelzentner Reinkali gegenüber 3 275 070 Doppelzentner in den ersten 6 Monaten des Jahres 1924. Der Absatz entfällt in der Hauptsache auf das Inland und zeugt nicht von einer schlechten Kaufkraft der Landwirtschaft, der durch Zölle aufgeholfen werden müßte. Weiter teilt das Kalisyndikat mit, daß große Aufträge aus Amerika vorliegen.

Aus dem Hamburger Wirtschaftsleben.

H. B. Slomann & Co., Salpeterwerke A.-G., Hamburg. Das abgelaufene Geschäftsjahr hat einen Reingewinn von rund 44 000 M gebracht, aus dem 5 % Dividende auf sämtliche Aktien verteilt werden.

Deutschnationale Versicherungs-A.-G., Hamburg. Die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr ist auf 5 % festgesetzt. Der Reingewinn beträgt rund 185 000 M.

Zoo-Ausstellungshallen A.-G., Hamburg. Das bisherige Grundkapital von 50 000 M wird auf 100 000 M erhöht. Ferner ist über einen Vertrag Beschluß gefaßt worden, der mit der A.-G. Zoologischer Garten die Ueberlassung eines Platzes zum Bau einer weiteren Ausstellungshalle vereinbart.

Cabell & Severin A.-G., Hamburg. Der Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt rund 50 000 M.

Norddeutsche Viehverwertungs-A.-G., Altona. Das Aktienkapital soll um 45 000 M erhöht werden.

Fischer & Eckmann A.-G., Wandsbek-Hamburg. Der Gewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr beläuft sich auf rund 8000 M. In der Generalversammlung kam es zu einer lebhaften Opposition der Minderheit wegen angeblich zu hoher Abschreibungen.

Soziale Rundschau.

Der weitere Ausbau der Angestelltenversicherung.

SPD. Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags begründete die Reichsregierung am Dienstag den Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestelltenversicherung. Der Entwurf enthält in der Hauptsache einen neuen Leistungs- und Beitragstarif. Er erhöht den Grundbetrag von 360 auf 480 Mark, den Kinderzuschuß von 36 auf 90 Mark und den Hundertsatz für die Steigerungsbeiträge aus den seit dem 1. Januar 1924 geleisteten Beiträgen von 10 auf 15 %. Für die neuen Leistungen werden auch höhere Beiträge verlangt, die teilweise mit der Steigerung der Rentenfälle (monatlich 2 000) begründet werden. Die Beiträge sollen wie folgt bemessen werden:

Gehaltsgruppe	A	monatlich	2 Mark	(jetzt 1 Mark)
„	B	„	4 „	„ 3 „
„	C	„	8 „	„ 6 „
„	D	„	12 „	„ 9 „
„	E	„	16 „	„ 12 „

Dazu wurde eine neue Gehaltsklasse geschaffen für Monatseinkommen von mehr als 400 Mark, in der ein Monatsbeitrag von 20 Reichsmark zu zahlen ist. Es wurde beschlossen, daß die im § 1 festgesetzte Altersgrenze nicht gilt, wenn ein nach dem vierten Buch der Reichsversicherungordnung Versicherter in eine nach diesem Gesetze versicherungspflichtige Beschäftigung übertritt. In § 3 wird die Bestimmung wieder hergestellt, die eine Schutzfrist von drei Monaten nach Beendigung der Versicherungspflicht vorsieht.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Vom Radikalismus zum Nationalismus.

Aus dem Betrieb der Firma C. August Schmidt Söhne, Hamburg-Uhlenhorst, wird uns geschrieben:

Wer kennt nicht diese Geister, die stets von einem Extrem ins andere taumeln. Sie sind heute leider keine seltene Erscheinung. Sie tauchen plötzlich irgendwo in einem Betrieb auf, wissen sich auch gleich bemerkbar zu machen und gebärden sich, als wollten sie mit ihrem radikalen Elan die Welt aus den Angeln heben.

Fühlt man einem von diesen ganz Gescheiten etwas auf den Zahn, dann bekommt man hochtrabende, freche Antworten. Organisiert, im Verband? Selbstverständlich war er organisiert. Aber wann war das noch? Genau weiß er es nicht mehr. Jedenfalls war er ein Jahr lang — welche Zeit — organisiert und weiß Bescheid, wie es dort zugeht. Man muß Beiträge zahlen, von denen sich die „Bonzen" mästen, vierwöchentliche Urlaubsreisen machen, nach Lugano oder sonst wo hin. Nein, nein, diesen Schwindel mit der Organisation kennt man. Und dann folgt eine lange Schimpfepistel über Bonzenwirtschaft und Verrat der Gewerkschaften, die nichts für die Arbeiterschaft tun wollen. Das ist so der Schwindel, den die Hamburger Volkszeitung täglich in die Welt posaunt, der leider schon so viel Unheil angerichtet hat. O, diese von der Volkszeitung herangebildeten Radikalinskis wissen auch, wie es besser gemacht wird. Sie faseln etwas von kommunistischer Weltrevolution, Diktatur des Proletariats und Sozialisierung — wie sie sie auffassen. Sie glauben dann auch, sich in diesem Sinne betätigen zu müssen, zu zeigen, wie man „praktische Arbeiterpolitik" betreibt.

Und das Ende vom Liede? Sie liegen plötzlich auf der Straße, sind fristlos entlassen, weil — da steht es ja auf dem Entlassungsschein —, weil sie sich nach § 123 Absatz 1, 2, 3, 5 oder 6 der Gewerbeordnung vergangen haben, ihnen also nicht einmal Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung zusteht.

Wenn sie nach geraumer Zeit begriffen haben, was das bedeutet, dann schlagen sie sich an die Brust: So eine Gemeinheit. Was soll man dagegen tun? Diese Niederträchtigkeit darf der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Also in die Presse mit diesen Erlebnissen. Aber da tauchen schon wieder Zweifel auf. Es bedarf einen Augenblick der Ueberlegung, an welche Presse soll man sich nur wenden, dann wird — an den Knöpfen irgendeines Bekleidungsstückes abgezählt: Volkszeitung, Fridericus, Volkszeitung, Fridericus usw., bis es schließlich beim Fridericus aufhört.

Selbstverständlich, diese Gemeinheit, die einem da angetan wurde, gehört einfach in den Fridericus. Man ist doch immer „national gesinnter Arbeiter" gewesen, hat „sein Vaterland als treuer Soldat „in schwerster Not verteidigt". Daß man auch darauf nicht eher gekommen ist.

Gesagt, getan. Warte-Holtz erhält den Brief eines „nationalen" Arbeiters, den er unter der Rubrik „Aus meiner gelben Mappe" veröffentlicht. Mit sichtlichem Behagen wird er sogar abgedruckt, weil er „die Machenschaften der sozialdemokratischen Gewerkschaften besser beleuchtet als Broschüren und Leitartikel".

Was, ihr glaubt es nicht, daß dem so ist. Lest den Fridericus Nr. 27, erste Ausgabe für Monat Juli 1925. Und wenn ihr mehr wissen wollt, dann erkundigt euch bei irgendeinem Arbeiter der Apparatebauanstalt und Metallwarenfabrik C. August Schmidt Söhne, Hamburg-Uhlenhorst, Herderstraße 62—64. Dort wird man euch erzählen, wie ein Arbeiter vom Radikalinski zum Nationalisten wurde.

Deutsches Reich.

Drohende Aussperrung in der Aachener Nadelindustrie.

Der SPD. meldet aus Aachen: Die Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und den Arbeitgebern der hiesigen Nadelindustrie haben sich in einer schon an etwa 4 Monate währenden Lohnbewegung sehr verschlechtert. Eine Aussperrung der ganzen rund 5000 Köpfe zählenden Arbeiterschaft der Aachener Nadelindustrie steht bevor. Am 1. Juli haben sämtliche dem Arbeitgeberverband angehörenden Firmen ihrer Arbeiterschaft die Kündigung zum 15. Juli überreicht.

Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt.

SPD. Köln, 8. Juli. (Rundfunk.) In Köln wurde für die Rheinschiffahrt, nachdem die Lohnverhandlungen gescheitert waren, ein Schiedsspruch gefällt, der den Matrosenwochenlohn auf 37,50 M festsetzt. Die Gewerkschaft hatte eine Lohnzulage von 20 % gefordert.

4000 ausgesperrte Webereiarbeiter.

Nach einer WTB.-Meldung aus Gera sind dort in fünf Betrieben 4000 Webereiarbeiter ausgesperrt worden, weil die Stuhlmeister in diesen Betrieben wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt haben.

Internationales.

Folgen der französischen Geldentwertung.

In den Kreisen der Bergleute des Saargebietes herrscht gegenwärtig eine starke Erregung über die völlig unzulänglichen Löhne gegenüber der Entwertung des Franken. Ein Vertreter des französischen Arbeitsministeriums ist in Saarbrücken eingetroffen, um Verhandlungen über die Lohnstreitfragen einzuleiten.

Ausdehnung des belgischen Metallarbeiterstreiks.

SPD. Brüssel, 7. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der Streik in der belgischen Metallindustrie hat am Dienstag selbst auf Betriebe übergegriffen, die von der fünfprozentigen Lohnherabsetzung nicht betroffen sind. Die Einigungsverhandlungen sind für den 16. Juli festgesetzt worden. Wenn die Verhandlungen scheitern sollten, droht ein Stillstand in der gesamten Metallindustrie Belgiens.

Sitzung des Exekutivausschusses der Bergarbeiterinternationale.

SPD. London, 7. Juli (Eigener Drahtbericht).

Der erste Verhandlungstag der Sitzung der Bergarbeiterinternationale, an der von Deutschland Hulsemann, Limbertz und Dr. Berger teilnahmen, war hauptsächlich internen Angelegenheiten gewidmet. Der internationale Sekretär Frank Hodge berichtete über die Organisation des Internationalen Bergarbeiterbureaus. Hierauf wurden Einzelheiten über die nach Rußland zu entsendende Studienkommission besprochen und festgestellt, daß wegen der in verschiedenen Ländern bestehenden Schwierigkeiten die Abreise um einige Wochen hinausgeschoben werden muß. An der Reise werden Vertreter der Bergarbeiter Deutschlands, Englands, Belgiens und Polens teilnehmen. Im Zusammenhang mit der geplanten Herausgabe periodischer Berichte über die internationale Lage des Bergbaues und der Bergarbeiter wurde die Frage der Herausgabe eines internationalen Bergarbeiter-Organs erörtert. Auf der letzten Sitzung der Bergarbeiter-Internationale war die Veranstaltung einer internationalen Untersuchung über den Bergbau und die Lage der Bergarbeiter angeregt worden. Nachdem die Arbeitskonferenz in Genf im Juni beschlossen hat, dieser Anregung Folge zu leisten, soll nunmehr das Internationale Arbeitsamt die Vorbereitungen für eine solche Untersuchung übernehmen.

Die Christliche Bergarbeiter-Internationale.

SPD. Genf, 8. Juli. (Rundfunk.) Auf dem Internationalen Christlichen Bergarbeiterkongreß forderte Imbusch-Deutschland zur Behebung der Kohlenkrise, daß die kohlenproduzierenden Länder zu gemeinsamer Regelung der Produktion und Verteilung der Märkte gelangen müßten. Ebenso müsse jetzt die Arbeitszeit für die Bergarbeiter international geregelt werden. Das internationale Arbeitsamt des Völkerbundes sei hierfür der gegebene Vermittler. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens müsse unbedingt erzielt werden, obwohl es der Forderung der Bergarbeiter nach der Siebenstundenschicht unter Tage nicht gerecht werde. Für die Siebenstundenschicht müsse die christliche Bergarbeiterinternationale mit den anderen Organisationen in allen Ländern gemeinsam kämpfen.

Partei-Bekanntmachungen

Achtung, Delegierte zur Landesorganisation!

Morgen abend wichtige Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Distrikt St. Georg-Süd. Freitag, 10. Juli, abends 7 Uhr, muß jeder Genosse und jede Genossin im Bezirkslokal sein. An diesem Abend soll noch einmal für Freiquartiere zum Jugendtag geworben werden. Keiner darf sich seiner Pflicht entziehen. — Die Bezirke können das Material heute abend 6 Uhr bei Thießen in Empfang nehmen.

Jungsozialisten.

Gruppe Eilbeck. Donnerstag, 7½ Uhr, Schule Eilbecktal: 3. Jugendgruppenabend.

Wandsbek.

Die Bezirksführer haben bis spätestens Sonnabend für Monat Juni abzurechnen; ebenso muß sofort über die Lose und Karten zum Sommerfest im Parteibureau abgerechnet werden.

Der Aktionsausschuß der Betriebsvertrauensleute Wandsbeks wird zu einer gemeinsamen Sitzung mit den übrigen Vertrauensleuten des Städtegebiets am Freitagabend, 8 Uhr, im Parteibureau Hamburg eingeladen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle: Große Bleichen 23/27, 4. Stock Zimmer 445

Geöffnet: von 8½ vorm. bis 1½ nachm. und 4 bis 7 Uhr abends

Sportriege Stadt. Heute abend 8 Uhr, Antreten an bekannter Stelle, Sportanzug mitbringen.

Kameradschaft 4. Am 18. Juli große republikanische Kundgebung in Eppendorf-Winterhude. Ansicht Fahnenweihe.

Ortsverein Billbrook. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, Treffen an bekannter Stelle.

Kameradschaft 1, Bezirk C. Versammlung am Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr, Schule Schwenkestraße 91. Gruppenführer bestellen zur Versammlung.

Kameradschaft 14, Bezirk C. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung bei Geming, Gothenstraße.

Kameradschaft 2. Achtung! Sonntag, Teilnahme in Harburg. Antreten 12,16 Uhr mittags zur Abfahrt per Bahn. Kosten 25 ₰. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, bei Burmester Vorstandssitzung.

Wandsbek. Die gesamte Sport- und Jugendriege trifft sich am Sonnabend, 11. Juli, abends 6,45 Uhr pünktlich, Sternstraße. Verpflegung und Wolldecke mitbringen. Die übrigen Kameraden der Ortsgruppe treffen sich Sonntag, 12. Juli, vormittags 11.30 Uhr, Sternstraße zur Teilnahme an der Kundgebung in Harburg.

Die Ausstellung der Weltkriegsbücherei.

(Von unserm Stuttgarter Korrespondenten.)

Die Stuttgarter Weltkriegsbücherei, eine Gründung des bekannten Cichorienfabrikanten Franck, der der württembergische Staat in dem herrlich gelegenen Schloß Rosenstein eine Unterkunft gegeben hat, begnügt sich nicht damit, tote Museumschätze aufzuhäufen, sondern strebt unter der Leitung ihres Direktors Felger danach, ihr Material durch unmittelbare lebendige Auswirkung im politischen Tageskampf fruchtbar zu machen. Sie hat aus ihren reichhaltigen Sammlungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit besonders eindrucksvolle Stücke aus der Aufklärungsarbeit der verschiedenen Länder: Frankreich, England, Italien, den Vereinigten Staaten, Belgien, dem alten und dem neuen Oesterreich, Ungarn und Sowjetrußland zu einer Propaganda-Ausstellung zusammengefaßt, die ein anschauliches Bild der Ideen, Ziele, Methoden und Mittel geben soll, deren die Aufklärung sich bedient. In zwei Räumen ist auch deutsches Propagandamaterial der Kriegs- und Nachkriegszeit ausgestellt.

Der unmittelbare Zweck der Ausstellung ist, der deutschen Nachkriegsaufklärung hier im großem Ausmaße Gelegenheit zu geben, das Vorgehen des Auslandes zu studieren und die Vielfältigkeit kennen zu lernen, die sich aus der Notwendigkeit ergab, politische, wirtschaftliche und psychologische Hemmungen zu überwinden und immer neue Formen in der Anpassung an die wechselnden Grundlagen und Verhältnisse zu finden. Wie die erläuternden Bemerkungen der Veranstalter verkünden, ist auch heute noch das hauptsächlichste Ziel deutscher Aufklärungsarbeit, die durch die Kriegs- und Nachkriegspropaganda geschaffenen irrigen Vorstellungen über Deutschland und deutsches Wesen zu beseitigen. Man will damit die Voraussetzungen schaffen für ein reibungsloses Nebeneinanderarbeiten — warum nicht Zusammenarbeiten? — der Völker, für die Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen Beziehungen und für das Wiedererstarken eines geistigen Austausches. Man hat mit der Propaganda-Ausstellung eine Propaganda-Tagung verbunden, in der sich eine Reihe bekannter Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zusammengefunden haben, um in Vorträgen und Diskussionen zu einer praktischen Auswertung des Propagandamaterials zu kommen und im Erfahrungsaustausch neue Wege und Ziele deutscher Aufklärungsarbeit zu weisen.

Ein Gang durch die Ausstellung wirkt auf den Besucher zunächst mit unwiderstehlicher Gewalt durch die assoziativen Vorstellungen, die das Material in uns erweckt. Der Krieg in seiner schrankenlos entfesselten Wildheit, Barbarei, Kulturwidrigkeit und Unsittlichkeit wird in uns lebendig. Der groteske Irrsinn des Begriffes „Stahlbad" und „frisch-fröhlicher Krieg" leuchtet zwingend ein, die Selbstzerfleischung der Menschheit, die sinnlose Zerstörung aller materiellen, geistigen und sittlichen Werte wird offenbar. Gleichzeitig staunt man, wie fern uns das alles heute schon gerückt ist, wie der Krieg schon Geschichte geworden ist. So begreift man rückschauend aus dieser Ausstellung die unerbittliche Notwendigkeit der von uns durchlebten Entwicklung.

Ein Blick in den amerikanischen Saal gibt blitzartig die Erkenntnis: Dieses Volk mußte siegen und ist der eigentliche und alleinige Sieger. In allem Pathos, in aller Leid

Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet

Donnerstag, 9. Juli, 7½ Uhr abends,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses,

Versammlung
der
Delegierten der Landesorganisation.

Tagesordnung:

1. Bericht der Preßkommission. 2. Neuwahl der Preßkommission.

Die Versammlung ist die Fortsetzung der am 11. Juni vertagten Jahresversammlung.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Parteivorstand.

Bekanntmachung,
betreffend
Vorauszahlungen auf die Umsatz-, Einkommen-, Körperschafts-, Kirchen- und Gewerbesteuer.

A. Umsatzsteuer.

Es verbleibt bei den bisherigen Bestimmungen.

Die monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungen sind daher auch fernerhin von den hierzu verpflichteten Steuerpflichtigen einzureichen.

B. Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Steuerüberleitungsgesetz vom 29. Mai 1925, Reichsgesetzblatt I. S. 75.

Die Steuerpflichtigen, die bisher ihre Voranmeldungen monatlich abgegeben und ihre Vorauszahlungen monatlich geleistet haben, haben bis zum 10. Juli (Schonfrist bis 17. Juli 1925) die Voranmeldungen und Vorauszahlungen für die Monate Mai und Juni zu bewirken. Für die Steuerpflichtigen, die bisher ihre Voranmeldungen vierteljährlich abgegeben und ihre Vorauszahlungen vierteljährlich geleistet haben, verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren, sodaß sie bis zum 10. Juli (Schonfrist bis zum 17. Juli 1925) die Voranmeldungen und Vorauszahlungen für das zweite Kalendervierteljahr 1925 zu bewirken haben.

I. Gewerbetreibende.

Erwerbsgesellschaften, die nachweislich seit Beginn des letzten Geschäftsjahres auf Grund ihres Besitzes an Aktien, Kuxen, Anteilen oder Genußscheinen einer anderen Erwerbsgesellschaft mindestens zu einem Viertel an dem Grund- oder Stammkapital oder an dem Vermögen dieser Erwerbsgesellschaft beteiligt sind, dürfen von den Vorauszahlungen die zum gleichen Zeitpunkt fälligen Vorauszahlungen ihrer Tochtergesellschaften bis zu dem Betrag abziehen, der dem Verhältnis entspricht, in dem die Muttergesellschaft zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres an dem Vermögen der Tochtergesellschaft beteiligt war, und zwar gleichviel, ob die Vorauszahlungen der Tochtergesellschaft nach dem Umsatz oder nach dem Vermögen berechnet werden. Werden die Vorauszahlungen der Muttergesellschaft nach einem Tausendsatz des Vermögens entrichtet, so gilt Satz 1 nur, soweit in dem maßgebenden Vermögen der Muttergesellschaft die Beteiligung an der Tochtergesellschaft enthalten ist.

Im übrigen bleibt es für die Gewerbetreibenden im allgemeinen bei den bisherigen Vorschriften.

II. Freie Berufe, diesen gleichgestellte Erwerbsgruppen, Lohn- und Gehaltsbezieher, Kapitalrentner und dergleichen.

a) Vorauszahlungspflichtig sind Einkommensteuerpflichtige:
1. deren Arbeitslohn in einem Kalendervierteljahr nach Absetzung des steuerfreien Lohnbetrags von 200 RM. für das zweite Kalendervierteljahr 1925 oder des erhöhten steuerfreien Lohnbetrags den Betrag von 3000 RM. übersteigen hat; oder
2. deren dem Steuerabzug unterworfene Kapitalerträge in einem Kalendervierteljahre den Betrag von 3000 RM. übersteigen haben; oder
3. deren Einkommen der in Nummer 1, 2 bezeichneten Art zusammen den Betrag von 3000 RM. in einem Kalendervierteljahr übersteigen hat.

Die durch Steuerabzug vom Arbeitslohn und durch Steuerabzug vom Kapitalertrag einbehaltenen Beträge werden angerechnet.

b) (1) Vorauszahlungspflichtig sind ferner Einkommensteuerpflichtige, die in einem Kalendervierteljahr Einkommen
1. aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Gebäudeteilen;
2. aus freiem Beruf und sonstiger selbständiger Arbeit;
3. aus einer den freien Berufen für die Vorauszahlungen gleichgestellten Erwerbstätigkeit;
4. aus sonstigen Einnahmen im Sinne der §§ 5, 11 des bisherigen Einkommensteuergesetzes;
5. aus nicht dem Steuerabzug unterworfenen Kapitalerträgen (Darlehns-, Hypothekenzinsen usw.);

je für sich allein oder nebeneinander in Höhe von mehr als 275 RM. bezogen haben.

(2) Ueberfteigt der Ueberschuß der Einkünfte über die Werbungskosten nicht den Betrag von 2500 RM. im Kalendervierteljahr, so ist von dem Ueberschuß der Betrag von 200 RM. abzuziehen.

c) Trifft Einkommen im Sinne von a mit Einkommen im Sinne von b zusammen und überfteigt das Gesamteinkommen im Kalendervierteljahr nicht den Betrag von 3000 RM., so unterliegt der Vorauszahlung nur das Einkommen im Sinne von b, und zwar mit zehn v. H., verringert um je eins v. H. nach dem Familienstand (vgl. f). Hierbei ist, sofern der Ueberschuß der Einkünfte über die Werbungskosten 2500 RM. im Kalendervierteljahr nicht übersteigt, von dem Einkommen im Sinne von b vierteljährlich der Betrag von 200 RM. insoweit abzuziehen, als er nicht bereits beim Steuerabzug vom Arbeitslohn berücksichtigt worden ist.

d) (1) Trifft Einkommen im Sinne von a mit Einkommen im Sinne von b zusammen und überfteigt das Gesamteinkommen im Kalendervierteljahr den Betrag von 3000 RM., so sind für die Berechnung der Vorauszahlung die Einkommen aus den bezeichneten Einkommensarten zusammenzurechnen. Der Vorauszahlung unterliegt das Gesamteinkommen nach Maßgabe von f.

(2) Die durch Steuerabzug vom Arbeitslohn und durch Steuerabzug vom Kapitalertrag einbehaltenen Beträge werden angerechnet.

e) (1) Die Bestimmungen b-d gelten sinngemäß auch für Körperschaftssteuerpflichtige, für Erwerbsgesellschaften jedoch nur, wenn ihr Betrieb
a) lediglich die Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken zum Gegenstand hat oder
b) nur in der Ausübung einer Erwerbstätigkeit besteht, die für die Vorauszahlungen den freien Berufen gleichgestellt ist.

(2) Der Abzug von 200 RM. ist bei Körperschaftssteuerpflichtigen nicht zulässig.

f) (1) Die Vorauszahlung beträgt bei Einkommensteuerpflichtigen (a—d)
für die ersten 3000 RM. des vierteljährlichen Ueberschusses der Einkünfte über die Werbungskosten ..... 10 v. H.
vermindert um je 1 v. H. für die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau, für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 des bisherigen Einkommensteuergesetzes sowie für jeden mittellosen Angehörigen, für den das Finanzamt beim Steuerabzug vom Arbeitslohn eine Ermäßigung zugelassen hat; Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet. Ueberfteigt der Ueberschuß der Einkünfte über die Werbungskosten nicht den Betrag von 500 RM. vierteljährlich, so ermäßigt sich der Satz von 10 v. H. vom dritten zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kind ab um je 2 v. H.;
für die weiteren 2000 RM. ..... 15 v. H.
für die weiteren 5000 RM. ..... 25 „ „
für die darüber hinausgehenden Beträge ..... 30 „ „

(2) Hat ein Steuerpflichtiger in einem Kalendervierteljahr einmalige Einnahmen, die sich im Laufe des Kalenderjahres voraussichtlich nicht wiederholen werden, wie Abschlußgratifikationen, Abschlußtantiemen einschließlich Aufsichtsratstantiemen, bezogen, so ist er befugt, die Vorauszahlungen nach dem Steuersatz zu leisten, der sich ergeben würde, wenn nur ein Viertel der einmaligen Einnahmen zuzüglich des übrigen Einkommens zugrunde gelegt wird. Macht der Steuerpflichtige von dieser Befugnis Gebrauch, so hat er in der Voranmeldung die besonderen Gründe für die Berechnung der Vorauszahlung anzugeben.

h) Die Vorauszahlung beträgt bei Körperschaftssteuerpflichtigen (vgl. e)
a) bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Vermögen für die letzte Vermögenssteuerveranlagung auf nicht mehr als 50000 RM. festgesetzt worden ist:
für die ersten 3000 RM. des vierteljährlichen Ueberschusses der Einkünfte über die Werbungskosten ..... 10 v. H.
für die weiteren 2000 RM. ..... 15 „ „
für die weiteren 5000 RM. ..... 25 „ „
für die darüber hinausgehenden Beträge ..... 30 „ „
mit der Maßgabe, daß die Vorauszahlung 20 v. H. des gesamten Ueberschusses nicht überfteigen darf;
b) bei Erwerbsgesellschaften, mit Ausnahme der unter a bezeichneten Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 20 v. H. des vierteljährlichen Ueberschusses der Einkünfte über die Werbungskosten;
c) bei den übrigen Körperschaftspflichtigen 10 v. H. des vierteljährlichen Ueberschusses der Einkünfte über die Werbungskosten.

i) Zur Ausgabe einer Voranmeldung sind verpflichtet alle Personen, die Vorauszahlungen zu leisten haben, es sei denn, daß der Ueberschuß der Einkünfte über die Werbungskosten im Kalendervierteljahr 500 RM. nicht überfteigen hat. Die Vorauszahlungspflicht derjenigen Personen, die nur 500 RM. Bruttoeinnahmen oder weniger bezogen haben, wird hierdurch nicht berührt.

C. Kirchensteuer.

Für die Entrichtung der Kirchensteuer ist maßgebend die „Gemeinsame Kirchensteuerordnung der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate und der Römisch-katholischen Gemeinde in Hamburg sowie Gemeindesteuerordnung der Deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg für das Kalenderjahr 1925", vom 18. Juni 1925.

Hiernach ist gleichzeitig mit jeder Einkommensteuervorauszahlung eine Kirchensteuervorauszahlung in Höhe von 10 v. H. der Einkommensteuervorauszahlung zu entrichten. Für Steuerpflichtige, die sowohl der Einkommensteuervorauszahlungspflicht als auch dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen, beträgt die Kirchensteuervorauszahlung 10 v. H. des auf Grund des Gesamteinkommens berechneten Einkommensteuerbetrages (Einkommensteuervorauszahlung zuzüglich Steuerabzug vom Arbeitslohn). Nur Lohnsteuerpflichtige mit Arbeitseinkommen bis zu 4000 RM. im ersten Kalenderhalbjahr 1925 haben die Kirchensteuer nach den besonderen Vorschriften des § 1 der Gemeinsamen Kirchensteuerordnung bis zum 1. August 1925 zu entrichten, worüber noch eine besondere Bekanntmachung folgt. Bezüglich der weiteren Einzelheiten, insbesondere über das Verfahren in denjenigen Fällen, in denen für ein Kalendervierteljahr 1925 zwar Einkommen bezogen ist, aber weder die Vorschrift des § 1 Platz greift, noch eine Einkommensteuervorauszahlung zu entrichten ist, wird auf die Gemeinsame Kirchensteuerordnung verwiesen.

Abdrucke der Kirchensteuerordnung vom 18. Juni 1925 werden bei den Finanzämtern kostenlos verabfolgt.

D. Gewerbesteuer.

Auf die hamburgische Gewerbesteuer sind gemeinsam mit der Einkommen-(Körperschafts-)steuervorauszahlung wie bisher Vorauszahlungen zu leisten in Höhe von 30 vom Hundert des Betrages, der für das Einkommen aus gewerbesteuerpflichtigen Betrieben als Vorauszahlung auf die Reichseinkommen- oder Reichskörperschaftssteuer zu zahlen ist.

E. Vordrucke.

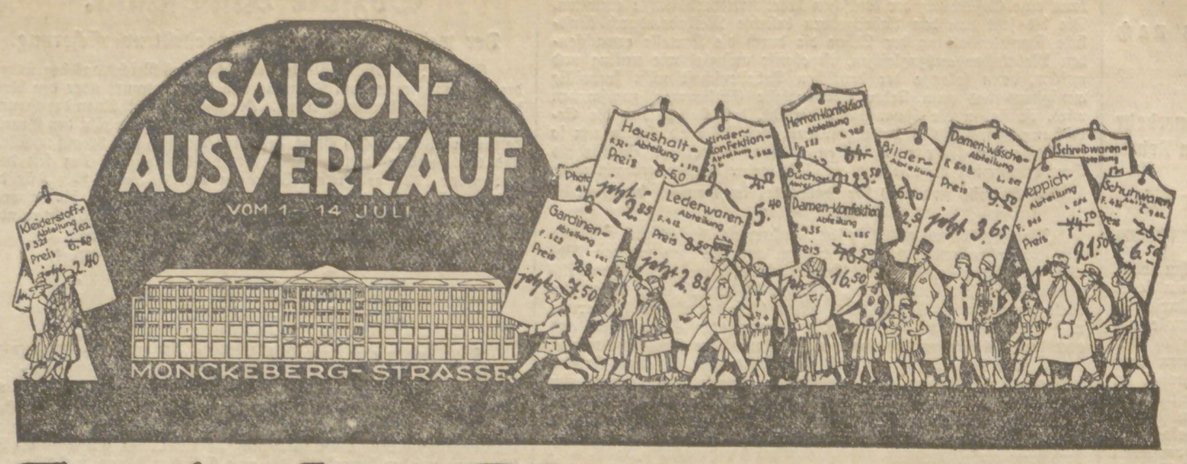
Die Steuerpflichtigen werden ersucht, die nach den vorstehenden Bestimmungen hergestellten neuen Vordrucke zu verwenden. D' Vordrucke werden von den Finanzämtern unentgeltlich verabfolgt.

F. Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber haben ohne besondere Aufforderung für Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn nach Absetzung des steuerfreien Lohnbetrags 3000 RM. im zweiten Kalendervierteljahr 1925 und in den folgenden Kalendervierteljahren überfteigen hat, binnen 10 Tagen nach Ablauf des Kalendervierteljahrs einen Lohnzettel nach dem bisher üblichen Muster (Muster 2 der 3. Durchf.-Best. über die Vorauszahlungen auf die Eink.- und Körperschaftssteuer vom 15. 3. 24) an das für den Arbeitnehmer zuständige Finanzamt zu übersenden.

Hamburg, 7. Juli 1925.

Der Präsident des Landesfinanzamts Unterelbe.



Trotz des Riesenandrangs

sind wir noch in der Lage Ihnen aus unseren gewaltigen Lägern Qualitäts-Angebote in fast allen Abteilungen

märchenhaft billig

anzubieten. Kommen Sie daher in den Vormittagsstunden, wir wollen Sie sorgfältigst bedienen.

Ueberzeugen Sie sich

durch Prüfung unserer Angebote

Weißwaren

Rohnessel unsere bekannte Qualität, Mtr. 62 ₰ — 48 ₰
Cretonne für Bettwäsche, volle Breite ..... Mtr. 1,75 — 1.45
Haustuch für Bettlaken, starkfädige Ware ..... Mtr. 2.15 — 1.75
Halbleinen für Bettlaken erprobte Ware ..... Mtr. 2.75 — 2.45

Bettwäsche

Kissenbezüge, 80/80 cm groß, aus starkem Waschetuch, Stück 1,75 — 1.35
Kissenbezüge 80/80 cm groß aus prächtigem Stoff mit Glanzgarnzacke ..... Stück 1,95 — 1.85
Bettlaken, volle Größe, aus kräftigem Stauts ..... Stück 4,50 — 3.50
Bettlaken, volle Größe, aus vorzüglich. Cretonne, Stück 6,75 — 5.90

Küchenwäsche

Wischtücher 55/55 cm groß, rot-weiß kariert, gesäumt und gebändert, Stück 42 ₰ — 35
Handtuchstoff, Gerstenkorn, m. roter Kante, solide Ware, Mtr. 58 ₰ — 42
Geschirrtücher 60/60 cm groß, rot-weiß kariert, Halbleinen, ges. u. geb., Stück 75 ₰ — 55
Handtücher, Gerstenkorn, mit roter Kante, ges. u. geb., Stück 85 ₰ — 68

Damen-Wäsche

Damen-Hemden, Trägerform aus gutem Hemdentuch 95
Hemdhosen, Windelform, mit Klöppeleinsatz, Festoneinsatz 3.90 — 2.90
Unterkleider, moderne Form, mit Hohlsaumgarnitur 2.90
Garnituren, Hemd u. Beinkleid mit breiter Hohlsaumborde 3.90
Trikot-Unterkleider in allen Farben 3.90

Festons

Festons, elegante Schweizer Stickereien auf festen Stoffen, 8–10 cm breit, Meter 95 ₰ 65 ₰ — 45
Festons, Schweizer Stickereien, schmal und breit, 9-Meter-Stück Stück 3.75 2.95 — 1.95
Festons, elegante Schweizer- oder Handware, 4½-Meter-Stücke, Stück 2.95 2.25 — 95
Feston-Rockkanten in wunderhübschen modernen Hohlsaummustern .... Meter 1.75 1.25 — 85

Schürzen

Jumperform aus Cretonne, moderne Muster 95
Wienerform aus guten Siamosen 1.35
Jumperform schöne Satinmuster 1.85
Kleiderschürzen vollweit, aus Siamosen 3.75

Handarbeiten

Spitzenschoner 35x35 cm 45
Büfettdecken 40x70 cm, oval 95
Mitteldecken 75x75 cm 1.75, 60x60 cm 1.10
Tischdecken 130x150 cm, oval 8.50
Ripskissen schwarz, vorgezeichnet ..... 1.45 — 95
Ripskissen schwarz, fertig handgestickt 3.75
Ripsdecken, schwarz, fertig handgestickt, 130x150 cm .. 13.50

Taschentücher

Herren-Taschentücher Linon, gebrauchsfertig Stück 25 ₰ 20 ₰ — 15
Herren-Taschentücher Halbleinen ..... Stück 80 ₰ 75 ₰ — 65
Damen-Taschentücher Reinleinen, mit Buchstaben und Hohlsaum ..... Stück 90 ₰ — 70
Kinder-Taschentücher mit farbigem Rand ..... Stück 25 ₰ — 15

Herren-Artikel

Reisehemden mit Kragen, gestreift, Perkal und Zefir 4.90
Oberhemden gestreift, 2 Kragen, bestes Berliner Fabrikat 6.90
Herrenhüte, letzte Neuheit, grau mit schwarzem Band u. Einfass. 8.50
Damenschirme, guter Bezug mit Futteral ..... 4.75 — 3.75

Herren-Konfektion

Herren-Sacco-Anzug, aus reinwollenem, blauen Kammgarn-Cheviot, in modernster freih. Form, beste Ausführung 67.00
Herren-Gabardine-Schlüpfer aus wollenem Gabardine, vorzügliche Verarbeitung .. 65.00
Herren-Sport-Anzug aus besonders widerstandsfähigem Stoff, flotte Form 69.00
Herren-Winter-Mantel, allerbeste Berliner Modell-Ausführung, vorzügliche Qualitäts-Stoffe 77.00

Schuhwaren

Herren Zugstiefel, Rahmenware, durchaus Lederfutter 7.75
Herren-Zugstiefel, echt Chevreaux, Rahmenware 8.75
Herren-Schnürstiefel, echt Chevreaux und Boxcalf, Rahmenware 9.75
Herren-Schnürstiefel, braun, echt Chevreaux u. Boxcalf 12.75

Einzel-Paare
besser Damen- und Herrenschuhe
fabelhaft billig

Bücher-Reiselektüre
Antiquariat

Reiselektüre, ca. 5000 Bände, Romane, Erzählungen u. a. Bekannte Schriftsteller (10 Bände nach Wahl 2.10) jeder Band — 25
Ullstein- und Kronen-Bücher, Restbestände, bekannte Autoren ..... jeder Band — 45
Neue Roman-Bibliothek Roman v. Zapp – Land – Perfall u. a. jeder gebundene Band — 1.00
Davidis Kochbuch für die einfache und feine Küche 967 Rezepte ..... gebunden — 1.15

Musikalien
Antiquariat

Modernes Tanz-Album beliebte Modetänze, darunter: Jazz, Foxtrot, Tango und andere. Jedes Album, ca. 24 bekannte Tänze, 4 verschiedene Bände, jed. Band, gebunden 90 ₰ broschiert 75
Ca. 5000 Musikstücke darunter: Lieder, Tänze, Klassische und moderne Kompositionen bekannter Komponisten. Zum Aussuchen ..... jedes Musikstück 50 ₰ — 20

Gerahmte Bilder

Radierungen, Landschaften, signiert 6x8, gerahmt 95
Radierungen, Kinderbilder, gerahmt, 12x17 signiert 1.15
Hamburger-Ansichten-Radierungen, gerahmt, 14x18 signiert 2.45
Bleistift-Zeichnungen, Hafenbilder und andere, gerahmt in verschied. Größen, signiert, 4.– — 3.20
Klein-Bilder, besonders gut gerahmt, in Barockleisten, gold u. and., 18x24, besonders schöne Reproduktionen ..... 9.75 7.– — 6.00
Schlafzimmerbilder, verschiedene Reproduktionen besonders schön gerahmt

50 x 120	50 x 100	70 x 90
32.50	26.50	24.50

Seestücke und Landschaften in Barockrahmen, besonders schöne Reproduktionen 60x90, auffallend billig, 28.50 — 27.50

Waschstoffe

Sportzefir, ca. 70 cm breit, einfarbig und gestreift ..... Meter — 65
Zefir, ca. 80 cm breit, moderne Streifen mit kleinen Schönheitsfehlern ..... Meter — 68
Waschcrêpe, neue aparte Plantasiemuster ..... Meter — 85
Crêpe-Marocain, ca. 100 cm breit, bedruckt, gute Qualität, Meter — 1.45

Kleiderstoffe

Popeline-Streifen mit kunstseidenem Effekt, ca. 100 cm breit, Mtr. — 1.65
Reinw. Foulé-Tuch in hübschen Sommerfarben ... Meter — 2.50
Reinw. Serge in großem Farbsortiment, doppelbreit ..... Meter — 2.60
Mantelflausch, reine Wolle moderne Muster, 130 cm breit, Meter — 3.90
Velour de laine, in guten Qualitäten, 130 cm breit ..... Meter — 6.50

Seidenstoffe

Seidenfrotté, reine Seide, einfarbig, ca. 100 cm breit ..... Meter — 2.75
Seiden-Damassé, elegantes Mantel- u. Jackenfutter, Kunstseide mit Baumwolle, ca. 65 cm breit, Meter — 2.90
Crêpe-Marocain, bedruckte Seide mit Wolle u. a., doppelbreit, ab Meter — 4.30
Crêpe de Chine, solide und tragfähige Ware, in großem Farbsortiment, Seide mit Baumwolle, ca. 100 cm breit ..... Meter — 4.75

Herrenstoffe
Verkauf im 2. Stock.

Rest-Abschnitte, 3,20 Meter, ausreichend für 1 Anzug jeder Anzug ..... 12.50 9.50 — 7.50
sämtliche Futterzutaten zu einem Anzug 12.25
Rest-Abschnitte jeder Anzug, teilweise reine Wolle 29.– 22.– — 19.50
sämtliche Futterzutaten zu einem Anzug 13.75
Rest-Abschnitte 1,20 Meter, ausreichend für 1 Hose, jede Hose ..... 8.50 6.50 — 5.25
Kammgarn 19.50 14.50 — 12.50

Wollwaren

Kinder-Sweater, beste reinw. Qualitäten, Marke „Stuttgartia", in verschiedenen Formen und Farben

	Serie 1	Serie 2	Serie 3
Größe 0	3.75	4.75	5.75

Jede weitere Größe 50 ₰ mehr

Herren-Sweater, reine Wolle, mit Rollkragen, marineblau ..... — 6.75
Kinder-Mäntel, reine Zefir-Wolle, besonders aparte Formen u. Farben ..... Größe 45 — 8.50
Jede weitere Größe 1.– mehr

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe, gute Baumwollqualitäten, fein- und festmaschig, mit ia Verstärkung in schwarz und farbig .... 95 ₰ 75 ₰ — 48
Damen-Strümpfe, ia Seidenflor, mit Doppelsohle u. Hochferse, in schwarz und farbig .. 2.45 1.95 — 1.75
Herren-Schweißsocken solide Qualität, grau meliert, Paar 3 Paar 1.35 — 48

Trikotagen

Damen-Hemden, gute Baumwollqualitäten, weiß mit Bandachseln und Trägern ..... 75 ₰ — 48
Damen-Hemdhosen, 2x2 gestrickt, mit kurzen Beinen und Achselträgern ..... 1.95 1.75 — 1.25
Damen-Schlüpfer, ia Kunstseide, mit verstärktem Schritt, in vielen Farben 2.50

Handschuhe

Damen-Zwirn-Handschuhe, moderne Farben 1.10 85 ₰ — 65
Damen-Zwirn-Handschuhe mit Seidenglanz, ia Ware — 1.00
Damen-Rundstuhl-Handschuhe, moderne Farben, mit Seidenglanz ..... — 1.50

Versäumen Sie nicht unsere fabelhaft billigen Angebote in unseren 22 Schaufenstern zu besichtigen

KARSTADT AG
MÖNCKEBERGSTRASSE

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter.
Verwaltung Hamburg-Altona und Umg.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 11. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, tiefl. Restaurant.

Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstag und Aufstellung der Delegierten zu denselben. 2. Die Gaukonferenz in Lübeck.

Guten Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Baugewerkschaft Hamburg.
Fachgruppe der Maurer.

Versammlung
am Donnerstag, 9. Juli, abends 7 Uhr, im Musiksaal des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:
Berufsverband oder Industrieverband?
Referent: Kollege Möller.

Wir bitten, an allen Baustellen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Einen guten Besuch erwartet

Die Fachgruppenleitung.

Achtung! Baudelegiertensitzung!
Am Sonnabend, 11. Juli, abends 7 Uhr
Versammlung
aller Baudelegierten und Betriebsvertrauensleute im Musiksaal des Gewerkschaftshauses.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Delegierten, zu erscheinen

Der Vorstand.

Fachgruppe Gipser und Stukkateure.
Versammlung
am Donnerstag, 9. Juli, abends 7½ Uhr, im kl. Saal (oben) des Gewerkschaftshauses

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Das Erscheinen aller Kollegen sowie sämtlicher Delegierten der Stuckbranche ist dringende Pflicht.

Der Vorstand.

Fachgruppe der Pflasterer.
Versammlung
am Sonntag, 12. Juli, vorm. 9½ Uhr, bei Dethloff, Heidenkampsweg.

Tagesordnung:
1. Referat des Kollegen Günther. 2. Berufliches.

Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.
Filiale Hamburg und Umgegend.
Herren- und Knaben-Konfektion.

Branchenversammlung
am Donnerstag, 9. Juli, abends 5½ Uhr, im Café des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Schiedsspruch und Abstimmung. 2. Branchenangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist erforderlich.

Die Sektionsleitung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Hamburg.
Generalversammlung

am Dienstag, 14. Juli, abds. 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, tiefl. Restaurant.

Tages-Ordnung
wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Monats-Versammlung der Gruppe Steinsetzer am Donnerstag, 9. Juli, findet nicht statt.

Freier Turn- und Sportverein „Fichte" v. 1899,
Hamburg.
Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Generalversammlung
am 11. Juli 1925 bei Schmidt, Eimsbüttelerstraße.

Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Jugendfragen. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Der Vorstand.

---

1. bis 15. Juli
Saison-Ausverkauf
in Sommer-Anzügen, Mänteln u. Paletots.
Peter Meyer, Hohelufthaussee 60, I.
Linie 2, 22, 102 bis Ecke Goßlerstraße.

Verkauf billiger Seefische.

In den 225 durch Plakat der Fischereidirektion kenntlichen Verkaufsstellen, in denen auch Fischkochbücher zu haben sind, gelangen zum Verkauf am

Donnerstag, 9. Juli 1925:
Frische Bratschellfische ..... 15 ₰ das Pfund.

Die Staatliche Fischereidirektion.

Hamburg-Harburger Dampfer.
Abf. von St. Pauli Land.-Br. Brücke 1.

Nach der **schönen Haake**

Nach **Altenwerder,** dem neu eröffneten **Freibad Kattwyk,** Moorburg, Harburg.

Wochentags:
Von Hamburg: 5.45, 6.45, 9, 11, 1, 3, 4.50, 6, 7.30, *9, 11.45.
Von Harburg: 4.45, 6, 7, 11, 1, 3, 4.30, 6, 7,30, 9, *10.15.
* Nur Mittwochs.

Werktags:
Nach **Blankenese** 9½, 10½, 11½, 12½, 1½, 2½, 3½, 4½, 5½, 6½, 7½.
nach **Cranz** 9½, 11½, 1½, 2½, 4½, 7½.
nach **Estebrügge** nachm. 4½
von **Estebrügge** vorm. 6¼.
von **Cranz** 6[25], 7[25], 11½, 1½, 2½, 4½, 7½.
von **Blankenese** 7, 8, 11, 12, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8.
Aenderungen vorbehalten.
Hamburg-Blankenese-Este-Linie m. b. H. Hansa 7134.

Unreinen Haut
Pickel, Mitesser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zucksh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

39. Jahrgang. Nr. 186.

Beilage zum Hamburger Echo.

Mittwoch, 8. Juli 1925.

Tages-Bericht.

Hamburg.

„Landesverrat der Kardinäle".

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir am 2. Juli über einen Prozeß, den der Kardinal v. Faulhaber-München gegen den Herausgeber und Schriftleiter Rainer Huppertz wegen Beleidigung angestrengt hatte. In der von Huppertz erschienenen Wochenschrift „Vaterland" waren grobe Schmähungen gegen den Kardinal ausgesprochen. Es wurde behauptet, daß er sein Amt nicht zur Konfessionsversöhnung, sondern zur Konfessionsverhetzung mißbrauche, daß er ein System der brutalen Machtausnutzung betreibe, daß er ein Intrigant größten Ausmaßes, und ein Verräter der nationalen Sache sei.

Nach Schluß der Beweisaufnahme war es dem Amtsrichter Hollender nicht möglich, sein Urteil gleich abzugeben. Er nahm sich zum Nachdenken eine Woche Zeit. Das Ergebnis angestrengten Nachdenkens hat er dann in folgender Urteilsbegründung formuliert:

„Der Angeklagte erblickt mit der Mehrzahl der nichtkatholischen Deutschen in der ultramontanen Partei eine Bildung, die diese Maßnahmen nicht nach den Bedürfnissen des eigenen Volkes trifft, sondern nach denjenigen einer außerhalb des eigenen Volkes stehenden Macht, wie sie das Papsttum darstellt. Er hat sich daher als Publizist den Kampf gegen alle Einwirkungen der Zentrumspartei auf die Geschicke Deutschlands gleich der übrigen national-sozialistischen und völkischen Presse zur Aufgabe gemacht. In dieser Presse tauchte nach einer Erklärung des Rechtsbeistandes des Privatklägers Kardinal v. Faulhaber in der Münchener Zeitung vom 29. Januar 1924 immer wieder die Behauptung auf, der Privatkläger habe von Kahr gegen Hitler umgestimmt und er plane die Loslösung Bayerns vom Reich zur Gründung eines süddeutschen Staates unter päpstlichem Einfluß. Auch der Angeklagte hat diese Behauptung in dem am 17. Oktober 1924 erschienenen „Vaterland" aufgestellt. Das Gericht sieht in dem Kampfe der völkischen Presse gegen außerdeutsche Einflüsse, also auch gegen diejenigen der ultramontanen Partei, die Wahrnehmung eines berechtigten Interesses aller nicht zur katholischen Kirche gehörenden Deutschen, so daß dem Artikel des Angeklagten, was den Inhalt anlangt, der Schutz des § 193, der ja auch auf die Fälle des § 186 Anwendung findet, zusteht. Von der Wahrheit jener seiner Vorwürfe ist Angeklagter ganz ersichtlich überzeugt, besonders infolge emsigster Beschäftigung mit dem Hitler-Prozeß, in dem unter andern der Verteidiger des Führers Oberland Dr. Weber, der Rechtsanwalt Dr. Holl, die Behauptung aufgestellt hat, einer der Gründe für den Umfall von Kahrs sei in der auf Kardinal v. Faulhaber zurückzuführenden Haltung des Unterrichtsministers Mebt zu finden.

Was nun die Form des vom Angeklagten verfaßten Artikels anlangt, so ist festzustellen, daß sie ganz ungehörig ausfallend und daher ehrenkränkend ist; aber es ist für das Gericht zweifelhaft, ob sich der Angeklagte dessen bewußt geworden ist. Er hat den Artikel im Alter von 24 Jahren geschrieben und er ist eine leidenschaftliche, überspannte Natur, der Maßhalten versagt ist. So gelangte das Gericht auf § 193 zur Freisprechung."

*

Dieser Urteilsspruch und besonders seine Begründung muß lebhaftes Befremden erregen. Noch in der Verhandlung am Mittwoch betonte der Richter in Uebereinstimmung mit der herrschenden Auffassung der deutschen Gerichte, „daß die Presse nicht mehr Rechte habe als eine Privatperson". Es ist bisher einem sozialdemokratischen Redakteur nie gelungen, ein Gericht davon zu überzeugen, daß er bei der Abwehr ungeheuerlicher und wahrheitswidriger Angriffe auf die sozialdemokratische Partei in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelte. Immer wieder wurde in den Urteilsbegründungen die Anwendung des § 193 abgelehnt, weil dem Redakteur dieser Schutz nur in Wahrnehmung eigener Interessen, nicht aber im Interesse einer Partei oder der Allgemeinheit zugebilligt werden könne. Wenn darin nun mit dem Urteil des Amtsrichters Hollender eine Aenderung eintritt, so ist das nur zu begrüßen. Zunächst aber stellt dies Urteil völkischen Hetzern einen Freibrief aus und öffnet weiteren „ganz ungehörig ausfallenden und daher ehrenkränkenden" Presseerzeugnissen „leidenschaftlicher und überspannter Naturen, denen Maßhalten versagt ist", Tür und Tor. Ganz entschiedenen Widerspruch, nicht nur der Anhänger der Zentrumspartei, muß die Stelle in der Urteilsbegründung von der Wahrnehmung eines berechtigten Interesses gegen „außerdeutsche Einflüsse" finden. Die Heranziehung des Papsttums ist doch zu sehr konstruiert. Es handelt sich hier um die Beleidigung von Deutschen. Und hier hat der Amtsrichter Hollender eine Klassifizierung nach dem Glaubensbekenntnis vorgenommen, die die katholischen Deutschen auf das schwerste kränken muß. Es ist die gleiche Art, wie sie von den Deutschnationalen geübt wird, bei denen erst mit der Mitgliedschaft in der Deutschnationalen Partei das wahre Deutschtum beginnt. Das Urteil wird und muß eine Gegenbewegung auslösen, und wir sind uns gar nicht im Zweifel, daß eine höhere Instanz hier eine Korrektur vornehmen wird, die dem Rechtsgefühl aller nicht parteivölkisch eingestellten Deutschen entspricht.

Der Geschäftsbericht der A.-G. Zoologischer Garten zeigt ein erfreuliches Resultat. Unter dem Einfluß der gefestigten Währung hat sich das Unternehmen von der Inflationszeit wieder soweit erholt, daß es ihm möglich wurde, einen Teil der Einnahmen für Neuanschaffungen und Instandsetzungsarbeiten zu verwenden. Der Tierbestand betrug am 31. Dezember 1924 insgesamt 2635 Stück in 597 Arten. Ein ansehnlicher Teil des Zuwachses stammt von Freunden und Gönnern. Der Zoo erhielt insgesamt 78 Tiere von 279 Spendern zum Geschenk. Auch der Restaurationsbetrieb hat sich gut rentiert. Der größte Massenbesuch war am 6. Juli 1924 anläßlich des 25jährigen Jubiläums der „Produktion" (mit über 230 000 Besuchern) zu verzeichnen.

Die Lebensmittel-Einzelhändler laden zu einer Protestversammlung am Donnerstag, 9. Juli, abends 8½ Uhr, im Conventgarten ein. Näheres im heutigen Anzeigenteil.

Flugdienst London—Berlin—Moskau. Im Monat Juni wurden von der Deruluft 54 fahrplanmäßige Flüge zwischen Königsberg und Moskau ausgeführt und dabei 74 Passagiere, 568 kg Post und 2768 kg andere Luftfrachtsendungen expediert. Im Gegensatz zur vorjährigen Sommerflugsaison wurde auch der Luftpostdienst stärker in Anspruch genommen. Durch den Anschluß an die Linien des Deutschen Aero-Lloyd mit den beteiligten ausländischen Gesellschaften ist eine günstige Verbindung zwischen Moskau—Berlin—Amsterdam—London bezw. Paris hergestellt.

Verkehrsumfang des Postscheckamts Hamburg. Zahl der Postscheckkunden Ende Mai 61 566, Zugang im Juni 312. Auf den Konten sind im Juni ausgeführt: 2 108 408 Gutschriften über 264 109 107 RM., 1 020 226 Lastschriften über 266 694 040 RM., Umsatz 3 128 634 Buchungen über 531 595 147 RM., davon sind bargeldlos beglichen 397 121 628 RM. Durchschnittliches Guthaben der Postscheckkunden im Juni 1925 31 847 303 RM.

Oeffentliches Konzert in Trauns Garten. Am Donnerstag, 9. Juli, abends 7 Uhr, bei gutem Wetter, wird das Orchester Staatskat in Trauns Garten in Rotenburgsort ein öffentliches Konzert geben, zu dem die Einwohnerschaft herzlich eingeladen wird.

Vergessen Sie nicht,

noch heute bei der Austrägerin das Hamburger Echo mit der Beilage

„Lachen links"

zu bestellen.

Wir wiederholen nochmals:

Es steht Ihnen frei, das Hamburger Echo in Zukunft entweder ohne „Lachen links" zum bisherigen Preise oder mit „Lachen links" zum Preise von

65 ₰ wöchentlich oder 2,75 ℳ monatlich

zu beziehen.

Verlag des Hamburger Echo.
Die Geschäftsleitung.

Unfälle im Wasserverkehr nach den Erfahrungen im Hamburg-Altonaer Hafengebiet.

Von Kapitän **Schloenbach**, Leiter der Hafeninspektion, und Diplom-Ingenieur **Meyer**, Hamburg.

Unter diesem Titel erschien im Reichsarbeitsblatt ein Artikel, der zur Verhütung von Unfällen im Hafengebiet einige beachtenswerte Winke enthält. Wir haben diesen Artikel mit einem Nachsatz versehen, weil wir glauben, daß er doch noch in manchen Punkten der Ergänzung bedarf. Der Länge wegen lassen wir den Artikel in zwei Teilen zum Abdruck gelangen. Der erste jetzt erscheinende Teil behandelt die Gefahren von und zur Arbeitsstelle, während der nächste Abschnitt sich hauptsächlich mit den Gefahren während der Arbeit selbst beschäftigen wird, dem dann auch der erwähnte eigene Nachsatz angefügt ist.

Die Redaktion.

I.

Da die vielseitigen Gefahren im Wasserverkehr selbst von den in den Schiffahrts- und den damit zusammenhängenden Betrieben beschäftigten Angestellten und Arbeitern erheblich unterschätzt und daher die zu ihrer Verhütung notwendigen Regeln und Unfallverhütungsvorschriften nicht genügend beachtet werden, dürfte es von Wichtigkeit sein, dieselben einer näheren Betrachtung zu unterziehen und dadurch Hinweise zur weiteren, im volkswirtschaftlichen Interesse unbedingt erforderlichen

Einschränkung der Verkehrsunfälle

zu geben.

Es mag hierbei darauf hingewiesen werden, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft trotz der Betriebsüberwachung durch die staatlichen Aufsichtsorgane und die technischen Aufsichtsbeamten der Unfall-Berufsgenossenschaften im Jahre 1913 für die Reichsunfallversicherung allein 150 Millionen Reichsmark betrug, von denen rund 1,5 Millionen Reichsmark von den drei Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaften als Unfallentschädigungen gezahlt worden sind. Die soziale Gesamtbelastung für sämtliche Versicherungsarten der Arbeitnehmer im Deutschen Reiche belief sich in dem genannten Jahre auf 1080 Millionen Reichsmark.

Trotz aller Bemühungen ist es leider noch nicht in dem erforderlichen Maße gelungen, gerade die am meisten am Arbeiterschutze interessierten Versicherten selbst (Arbeitnehmer) zu einer intensiven, großzügigen Mitarbeit an den Aufgaben der Unfallverhütung zu bewegen. Der Beweis für diese betrübende Tatsache ist der, daß

der größte Teil der entstandenen Unfälle durch Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften,

durch Fahrlässigkeit und leider auch des öfteren durch Leichtsinn herbeigeführt wird.

Da die Gefahren erfahrungsgemäß mit der Dichte und Geschwindigkeit des Verkehrs zunehmen, sollen sich die nachstehenden Ausführungen der Darstellung der Verkehrsgefahren und der zu ihrer Abwendung notwendigen Maßnahmen auf das Gebiet des Hamburg-Altonaer Hafens beschränken, in dem die Arbeiterbeförderung infolge der auf räumlich kleinem Gebiete angesiedelten Industrie, der zahlreichen an und im Hafen belegenen Lagerhäuser, Speicher und Schuppen für den Lagerungs- und Umschlagsverkehr und der in den verschiedenen Hafeneinschnitten in großer Anzahl sich bewegenden und liegenden See-, Fluß- und Hafenfahrzeuge mit ihrem Güter-Lösch- und Ladebetrieb eine wichtige verkehrstechnische Aufgabe darstellt.

Als Ausgangspunkt der Betrachtung diene der Weg der Versicherten zu ihren Arbeitsstätten. Vor dem Beginn der eigentlichen Arbeitszeit begeben sich die Arbeitnehmer von ihren meistens weit entlegenen Wohnungen zu den Dampf-, Motor- oder auch Ruderfahrzeugen, die zu ihrer Beförderung an den Landungsanlagen zu ganz bestimmten Zeiten bereit liegen. Um den zu dieser Zeit gewaltigen Verkehr bewältigen zu können, legt man die genannten Beförderungsfahrzeuge nicht einzeln hintereinander an die Schwimmpontons der Landungsanlagen, sondern ist gezwungen, entweder mehrere dieser Fahrzeuge auf Seite nebeneinander zu legen oder sie in einer Reihe mit dem Hinterschiff am Ponton zu vertäuen. Ist nun an und für sich schon eine gewisse

Vorsicht beim Einsteigen in die Fahrzeuge

erforderlich, so wird sie bei dieser Massenbeförderung in den Hauptverkehrszeiten zur gebieterischen Pflicht. Es muß daher das vielfach beobachtete Nachdrängen und mit Geschrei verbundene Schieben unter allen Umständen unterbleiben, da hierdurch die Mitarbeiter der Gefahr des Hineinstürzens in die Verkehrsfahrzeuge und in die zwischen diesen und den Landungsanlagen befindlichen Zwischenräume ausgesetzt werden. Auch können bei dem Drängen der Massen einzelne Personen so gegen feststehende Gegenstände gedrückt werden, daß sie schwere Verletzungen davontragen.

Den Menschenmassen auf den Schwimmpontons kann das Nachdrängen ferner dadurch verhängnisvoll werden, daß die Befestigungen der Pontons durch einseitige Ueberlastung derselben brechen und der dann in stark geneigte Lage geratene Ponton kentern kann. Das Uebersteigen selbst soll vorsichtig unter möglichster Beobachtung der altbekannten Seemannsregel „Zuerst die Hand zum Festhalten und dann den Fuß" erfolgen.

Die Führer der Beförderungsfahrzeuge müssen darauf achten, daß eine Ueberschreitung der gesetzlich zugelassenen Personenzahl nicht stattfindet. Diese von der Schiffsvermessungsbehörde festgestellte Zahl ist auf jedem, dem Personenverkehr dienenden Fahrzeuge an leicht in die Augen fallender Stelle gemäß Vorschrift der Polizeibehörde anzubringen. Eine weitere Gefahrquelle bilden neben der unter allen Umständen zu verhütenden Ueberladung mangelhafte oder fehlende Rettungsgeräte sowie das Unterlassen des Aufstellens der vorgeschriebenen Schutzgeländer zur Verhütung des Ueberbordfallens. Diese Gefahren zu verhüten, ist vornehmste Pflicht der die Verantwortung tragenden Schiffsführer.

Hat ein Fahrzeug, nachdem es die zulässige Personenzahl eingenommen hat, vom Lande bereits abgelegt, so ist das Nachspringen, wie es leider vielfach geübt wird, auch bei noch so geringem Abstande des in Bewegung befindlichen Fahrzeuges unbedingt zu unterlassen, da die Entfernung, die sich ständig vergrößert, in der Eile meistens unterschätzt wird und der Nachzügler infolge Fehlsprungs oder Ausrutschens ins Wasser stürzt. Er ist dann nicht allein der Gefahr des Ertrinkens ausgesetzt, sondern kann auch zwischen Schiff und Landungsanlage oder einem daneben liegenden Fahrzeuge schwere Quetschungen davontragen oder sein Leben einbüßen. Diese Unsitte fordert bedauerlicherweise alljährlich immer wieder eine größere Anzahl von Opfern.

Die in den Fahrzeugen befindlichen Personen müssen während der Fahrt darauf achten, daß sie Hände und Arme nicht auf die Bordwand legen oder gar darüber hinaushalten, da die geringste Berührung ihres Fahrzeuges mit andern oder Landungsanlagen und dergleichen die schwersten Verletzungen zeitigen kann.

Die Führer der Fahrzeuge haben jetzt pflichtbewußt ihre Tätigkeit auszuüben und durch ihre Erfahrung und die

Befolgung der Vorschriften der Seestraßenordnung und der ergänzenden Bestimmungen des Hafengesetzes

Zusammenstöße zu vermeiden, rechtzeitig die vorgeschriebenen Signale zu geben und beabsichtigte Ausweichmanöver rechtzeitig anzuzeigen, um so zu ihrem Teile zur Verhütung von Unfällen beizutragen und die ihnen anvertrauten Fahrzeuge und die mit denselben zu befördernden Personen vor Schaden zu schützen.

Treten trotzdem während der Fahrt unerwartet irgendwelche Störungen ein, sei es ein von anderer Seite herbeigeführter Zusammenstoß, sei es ein Versagen der Maschine, sei es das Ueberkommen von mehr oder weniger großen Wassermengen bei stürmischem und böigem Wetter oder bei durch vorüberfahrende Fahrzeuge verursachter Dünung, so muß ein jeder unbedingte Ruhe bewahren, um etwa nötige Maßnahmen der Schiffsführung nicht unwirksam zu machen. Das Drängen nach einer Seite des Fahrzeuges, um in falscher Einschätzung der tatsächlichen Gefahr und im Bestreben, ohne Rücksichtnahme auf die Gesamtlage und die Mitfahrenden die eigene Person in Sicherheit zu bringen, ist unter allen Umständen zu unterlassen, da hierdurch die Gefahr des Kenterns des Fahrzeuges heraufbeschworen wird.

Das vorzeitige Abspringen bei der Ankunft an dem jeweiligen Bestimmungsorte birgt die gleichen Gefahren in sich wie das schon vorher erwähnte Nachspringen auf abfahrende Schiffe. Neben der Gefahr der einseitigen Belastung des Fahrzeuges droht dem Voreiligen der Tod durch Ertrinken oder Quetschung, zum mindesten aber eine mehr oder weniger schwere Gesundheitsschädigung.

Beim Betreten der Hafenfahrzeuge, die sehr häufig als Uebergang zu den Seeschiffen oder andern Arbeitsstätten benutzt werden müssen, droht allen denen, die anstatt des dazu bestimmten Gangbordes die Lukenbedachung des Fahrzeuges als Verkehrsweg benutzen, neben der Gefahr des Ausrutschens auf dem schrägen Lukendeck, besonders zur Winterszeit bei Schnee und Glätte, die weitere Gefahr, entweder mit einzelnen Lukendeckeln oder dem gesamten Lukendeck durchzubrechen und in den Raum zu stürzen. Hier bedeutet das leider oft geübte Verfahren, sogar mit einer größeren Anzahl von Personen die angedeckten Luken zu überschreiten, ein besonderes Gefahrmoment, das erfahrungsgemäß vielfach zu folgenschweren Massenunfällen geführt hat. Die Arbeiter sollten deshalb stets den Gangbord der Hafenfahrzeuge benutzen, dessen Freihaltung von ihn versperrenden oder beengenden Gegenständen Pflicht des Schiffers des betreffenden Fahrzeuges ist.

Der letztere sollte es sich aber auch nicht allein mit Rücksicht auf seine eigene Person, sondern auch auf seine Mitmenschen stets angelegen sein lassen, die Steuerpinne seines stilliegenden Fahrzeuges so festzulegen, daß sie nicht durch äußere Einflüsse unerwartet herumschlagen und die über sein Fahrzeug gehenden Leute verletzen oder über Bord schleudern kann. Er sollte ferner stets darauf achten, daß die Sperrklinken der Verholwinden, auf deren Trommeln die Leinen zur Befestigung und zum Verholen des Fahrzeuges aufgesponnen sind, in betriebssicherem Zustande erhalten bleiben und ordnungsmäßig in die Sperräder eingelegt sind, damit die Kurbeln der Winden bei unerwarteter Belastung bezw. Ueberlastung derselben nicht zurückschlagen und die sich auf dem Fahrzeug bewegenden Leute nicht Verletzungen ausgesetzt werden.

Beim

Besteigen und Verlassen der größeren Schiffe

vermittels der Fallreepstreppen und der über die Seite gehängten sogenannten Sturmleitern sind Ueberlastungen bei der Benutzung derselben durch eine größere Anzahl von Personen zu vermeiden; bei letzteren sollte vor dem Betreten derselben jeder sich davon überzeugen, ob die Sturmleiter ordnungsmäßig befestigt ist und nicht nachgibt, ehe der sichere Stand verlassen wird. Die Sturmleiter gleichzeitig mit mehreren Personen zu benutzen ist leichtsinnig und auf jeden Fall zu unterlassen.

Auch die Landgangstege, die als Verbindung zwischen Land und dem längsseits des Kais vertäut liegenden Schiffe dienen, sollten nicht unnötigerweise durch eine größere Anzahl von Personen in Anspruch genommen werden. Es ist darauf zu achten, daß die Stege sich in guter Beschaffenheit befinden und bei Schnee und Glätte in hinreichender Weise mit abstumpfendem Material bestreut werden, und daß die vorgeschriebenen Geländer vorhanden und sicher aufgestellt sind.

Steuervorauszahlungen am 10. Juli.

Wir verweisen unsere Leser auf die im heutigen Anzeigenteil unserer Zeitung enthaltene Bekanntmachung des Landesfinanzamts Unterelbe. Hierzu schreibt uns das Landesfinanzamt noch folgendes:

Für die am 10. Juli (Schonfrist bis 17. Juli) zu leistenden Vorauszahlungen finden die Bestimmungen des Steuerüberleitungsgesetzes Anwendung.

Für die Umsatzsteuer verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Für Einkommen- und Körperschaftssteuerpflichtige wird auf die aus der Bekanntmachung ersichtlichen Vorschriften und die in den Voranmeldungen enthaltenen Erläuterungen und Beispiele verwiesen. Die Vordrucke für die Voranmeldungen können bei den Finanzämtern unentgeltlich abgefordert werden. Es wird ersucht, nur noch die neuen den jetzigen Bestimmungen entsprechenden Vordrucke zu verwenden.

Die Arbeitgeber werden nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie künftighin ohne besondere Aufforderung für Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn nach Abzug des steuerfreien Lohnbetrages 3000 RM. im 2. Kalendervierteljahr 1925 (gilt auch für die folgenden Kalendervierteljahre) überstiegen hat, binnen 10 Tagen nach Ablauf des Kalendervierteljahres einen Lohnzettel nach dem bisher üblichen Muster (Muster 2 der 3. Durchführungsbestimmungen über die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer vom 15. 3. 24) an das für den Arbeitnehmer zuständige Finanzamt zu übersenden haben.

Kirchensteuer der Vorauszahlungspflichtigen.

Diejenigen Steuerpflichtigen, die für die Einkommensteuer zur Abgabe einer Voranmeldung und zur Leistung einer Vorauszahlung verpflichtet sind, haben gleichzeitig auch eine Vorauszahlung auf die Kirchensteuer bezw. die israelitische Gemeindesteuer zu leisten. Die Verpflichtung besteht für die Angehörigen der evangelisch-lutherischen Kirche im hamburgischen Staate, der römisch-katholischen Gemeinden in Hamburg, Bergedorf und Cuxhaven und der deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg. Die am 10. Juli (Schonfrist bis 17. Juli) fällige Kirchensteuer-Vorauszahlung beträgt 10 v. H. der Einkommensteuer-Vorauszahlungen, die für die Monate April, Mai und Juni, beziehungsweise für das zweite Kalendervierteljahr 1925 zu entrichten waren beziehungsweise noch zu entrichten sind. Steuerpflichtige, die sowohl dem Steuerabzug vom Arbeitslohn als auch der Einkommensteuervorauszahlungspflicht unterliegen, haben als Kirchensteuervorauszahlung 10 vom Hundert des auf Grund des Gesamteinkommens berechneten Einkommensteuerbetrages (Einkommensteuervorauszahlung, zuzüglich Steuerabzug vom Arbeitslohn) zu entrichten. Bezüglich der weiteren Einzelheiten wird auf die Gemeinsame Kirchensteuerordnung vom 18. Juni 1925 verwiesen, die bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich ist.

Für diejenigen Steuerpflichtigen, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen und deren Arbeitseinkommen im zweiten Kalendervierteljahr 1925 zwischen 2000 und 3000 Rm. betragen hat, entfällt zwar die Vorauszahlungspflicht für die Einkommensteuer, für die Kirchensteuer bleibt die Vorauszahlungspflicht jedoch bestehen (vergl. Kirchensteuerordnung vom 18. Juni 1925 § 4 Abs. 3). Diese Steuerpflichtigen haben für jedes Kalendervierteljahr Vorauszahlungen auf die Kirchensteuer zu entrichten, und zwar in Höhe von 10 v. H. des vorgenommenen Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

Hamburgische Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuervorauszahlungen sind in der bisherigen Weise gleichzeitig mit den Einkommensteuervorauszahlungen weiter zu entrichten und betragen unverändert 30 vom Hundert der auf das gewerbliche Einkommen entfallenden Einkommen- oder Körperschaftssteuer. Die Abwickelung der Gewerbesteuer für 1924 regelt sich nach dem dem Steuerüberleitungsgesetz nachgebildeten hamburgischen Gesetz über die endgültige Regelung der Gewerbesteuer für 1924 vom 29. Juni 1925 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 74 Seite 333).

Ein Notschrei der Behördenangestellten!

Der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und der Deutsche Werkmeisterverband hatten am 3. Juli, abends, nach der „Harmonie" in Kiel eine Versammlung der Behördenangestellten für Schleswig-Holstein einberufen, um zu der von der Reichsregierung eingebrachten Novelle zum Wehrmachtversorgungsgesetz Stellung zu nehmen. Der Referent, Kollege Hausherr-Berlin, der Leiter der Reichsfachgruppe der Behördenangestellten im Zentralverband der Angestellten, nahm gegen den Regierungsentwurf Stellung. Wenn der Entwurf der Regierung Gesetz werden sollte, hat die letzte Stunde der Behördenangestellten geschlagen. Es sei geradezu ein Attentat auf die Existenzmöglichkeit dieser Arbeitnehmerkategorie. In den gesetzgebenden Körperschaften ist ständig von den rechtsstehenden Parteien gegen die Angestellten Sturm gelaufen worden. Nur der Zentralverband der Angestellten sei energisch dafür eingetreten, den Behördenangestellten die Existenzmöglichkeit zu erhalten. Nach dem Willen der Regierung sollen sogar die in Gesellschaftsform überführten Betriebe der Gemeinden und Gemeindeverbände gehalten sein, Versorgungsämter bevorzugt zu beschäftigen. Dagegen steht fest, daß gerade die Angestellten in den letzten Jahren eine unerhörte Verschlechterung ihrer sozialen Lage sich gefallen lassen müssen. Die Versorgungsämter des Heeres sind nach dem Reichsbeamtenbesoldungsgesetz bezahlte Personen, und deshalb richtet sich der Protest der Versammlung nicht gegen die Versorgungsanwärter persönlich, sondern gegen die Bevorzugung. Auch den übrigen Angestellten muß die Möglichkeit gegeben sein, in freiem Wettbewerb diese Angestelltenstellen zu besetzen. Diese Forderung entspricht durchaus den verfassungsmäßigen Bestimmungen. Die Diskussion, an der sich außer verschiedenen Vertretern aus der Provinz der Gauleiter Möller be-

---

Eltern und Fürsorgeerziehung.

In sehr vielen Elternkreisen herrscht eine begreifliche Abneigung gegen die Fürsorgeerziehung, und es ist zweifellos ein beschämendes Gefühl, das überhaupt die Anordnung einer Fürsorgeerziehung bei manchen Kindern notwendig ist. Deshalb bedeutet es auch für alle in der Jugendfürsorge tätigen Personen eine schwere Verantwortung, an der Beurteilung der häuslichen Verhältnisse und der Notwendigkeit der Unterbringung von Kindern in einer Fürsorgeanstalt mitzuwirken. Wenn wir auch aus unserer Erfahrung wissen, daß die Mehrzahl der Fürsorgeanstalten von ganz besonders für ihre schwere Aufgabe vorgebildeten und veranlagten Menschen geleitet werden, so besteht doch allgemein im Volke ein unauslöschlicher Groll gegen diese Anstalten und eine wenig freundliche Vorstellung über die Arbeit, die dort geleistet wird. Von den vielen Kindern, die dort fachgemäß und gut erzogen worden sind, weiß man weniger als von den Einzelfällen, in denen das Ergebnis der Fürsorgeerziehung ungünstig war.

Dieses Vorurteil der Eltern gegen die Fürsorgeerziehung wird immer bleiben, wenn wir nicht aufrichtiger und offener von solchen Eltern Bericht erhalten, die uns Günstiges über die Fürsorgeerziehung ihrer Kinder mitzuteilen wissen. Seitdem allen bekannt gewordenen Schäden in den Fürsorgeerziehungsanstalten nachgeforscht und auf den Grund gegangen wird, ist vielfach die Angst der Eltern, ihre Kinder in unerlaubt strenge Zucht, in unerlaubt harte Hände zu geben, geringer geworden; aber die Schande, das Kind nicht selbst erziehen zu dürfen, und in den Augen der Nachbarn und Bekannten als unfähig zur Erziehung seines Kindes zu gelten, oft auch falsche Liebe zu den Kindern stellt sich nur zu leicht zwischen die Erkenntnis der Notwendigkeit der Trennung vom Kinde und den Entschluß, die Zustimmung zu dieser Trennung zu geben. Sehr oft aber haben die Eltern gar nicht die Möglichkeit, dem Kinde die genügende Aufsicht und strenge und gerechte Erziehung zu geben. Nicht selten stammen Vater und Mutter aus einer Trinkerfamilie oder sind gar selbst Trinker und dadurch in ihrem Willen gelähmt und schwach in der Beherrschung der eigenen Triebe. Ist es dann etwa größere Liebe, das Kind zu behalten und unter dem Einfluß der ungünstigen Umgebung aufwachsen zu lassen, als es fremden, aber geeigneten Händen zu überlassen? Oftmals braucht die Trennung nur auf ein oder höchstens zwei Jahre bemessen zu sein, denn sobald der Grund für die Trennung fortfällt, kann das Kind ja ins Elternhaus zurückkehren. In manchen Fällen wirkt die Fortbringung des Kindes so erziehlich auf die Eltern selbst, daß allmählich Liederlichkeit, Trunksucht und andere Gründe tatsächlich nicht mehr in der Familie störend nachweisbar sind und Eltern und Kinder wieder vereint werden können.

Nicht immer freilich hat man die Freude, Eltern und Kinder wieder vereinen zu können. In vielen Fällen müssen die Kinder den Eltern fortgenommen werden, weil die Eltern in keiner Weise ihre Erzieheraufgabe erkennen können. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß man heute in den Fürsorgeheimen mehr und mehr den Geist der neuen Zeit auch in Erziehungsfragen erkennt, daß man nicht mehr Nummern in den Anstalten aufnimmt, sondern junge, entwicklungsfähige Menschen, die einmal ganze und auch glückliche Menschen werden sollen. Wenn es auch bisher noch wenige Anstalten gibt, die völlig frei von irgendeiner dogmatischen Bindung offene Türen für alle Kinder bieten können, so sind doch Ansätze für solche Heime da und werden, der geistigen Strömung unserer Zeit entsprechend, mehr und mehr zur Herrschaft kommen. An der Schaffung dieser Heime müssen wir alle mitarbeiten, auch die Eltern, die jetzt noch auf Grund einseitiger Beurteilung diesen Erziehungsheimen ihrer Kinder den Rücken kehren und sich gegen sie auflehnen. Sicher soll man zuerst im eigenen Hause die Ursachen für eine Fortnahme der Kinder an sich selbst bekämpfen, sodann aber auch für die Allgemeinheit den Ausbau und die Ausgestaltung der Fürsorgeerziehung miterkämpfen. Das erst ist die richtige Stellung der Eltern zur Fürsorgeerziehung. L. M.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Komödienhaus. Gastspiel der Niederdeutschen Bühne, Hamburg. „Gastwirt Göbel oder der Petroleumkönig von Poppenbüttel", ein lustiges plattdeutsches Stück in 4 Akten von Wilh. Friedr. Wroost. Der sehr geschickt angelegten Schwank, der schon bei seiner Erstaufführung im Wandsbeker Stadttheater einen starken Publikumserfolg erzielte, riß auch im Komödienhaus die Zuschauer zu fortgesetzten Heiterkeitsausbrüchen hin. Ein gut Teil des stürmischen Beifalls am Schluß galt aber auch der vortrefflichen Darstellung. Eine Glanzleistung war wieder der geldgierige, dummpfiffige Gastwirt von Richard Ohnsorg! Aber auch alle übrigen behaupteten neben ihm mit Ehren ihren Platz und trugen wesentlich zu dem Erfolg des Abends bei. Neu war Willi Scholz in der Rolle des schauspielernden Malermeisters Butenschön; in Wandsbek wurde sie von Arnold Risch gegeben. Ich muß gestehen, Scholz gefiel mir besser, er trägt die Farben nicht so faustdick auf wie Risch, ohne darum doch im mindesten blaß zu wirken. Nur, wo er als amerikanischer Millionär verkleidet auftritt, dürfte die Maske etwas schärfer den Yankee markieren.

Es ist übrigens sehr erfreulich, daß die Niederdeutsche Bühne Hamburg ihren Einzug in ein Hamburger Theater gehalten hat, wo sie Abendvorstellungen geben kann. Wie wir hören, ist das Gastspiel zunächst nur auf einen Monat berechnet. Vielleicht läßt die Direktion der Kammerspiele sich bewegen, auch während des Winters ihr Haus der Niederdeutschen Bühne wenigstens an einem oder zwei Wochentagen aufzutun. Sie würde sich damit ein großes Verdienst um die plattdeutsche Bewegung und um Hamburg erwerben. Denn es ist eigentlich einfach beschämend, daß Dr. Ohnsorg mit seiner trefflichen Schar, der wagemutig dem neuplattdeutschen Drama als erster eine Stätte bereitet hat, hier in der Hauptstadt Niederdeutschlands keine Bühne findet, sondern draußen in Wandsbek eine Zuflucht suchen muß. W.

Kleine Notizen. Deutsches Schauspielhaus. Am kommenden Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet eine zweite Fremdenvorstellung der erfolgreichen Revue „Noch und Noch" zu halben Preisen statt. Hamburger Kammerspiele. Am Sonnabend, den 11., findet in den Hamburger Kammerspielen die Erstaufführung des Schwankes „Otto der Treue" von Toni Impekoven und Karl Mathern statt. Otto Wallburg von den Hellmer-Bühnen Frankfurt a. M.—Berlin wird das Stück inszenieren und in ihm die Titelrolle spielen. Bis einschl. Freitag allabendlich 8 Uhr „Das Konzert" mit Otto Wallburg. Zur Aufführung sind angenommen: „Heinrich aus Andernach" von Fritz von Unruh; „Die Exzesse" von Arnolt Bronnen und „Die Geschichte vom Soldaten" von Igor Strawinsky. — Hamburger Volksoper. Sonnabend, 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, gastiert Hermann Siegel als Escamillo; Helga Rönnau als Carmen (kleine Preise, 50 ₰ bis 3 ℳ). Sonntag, 12. Juli, ist um 1½ Uhr Beethovens Fidelio zu denselben Preisen angesetzt. Sonntag, nachmittags 4½ Uhr: Gräfin Mariza. Sonntag, abends 8 Uhr, ist nach längerer Pause Zellers Meisteroperette Vogelhändler angesetzt.

Neue Bücher.

„Der Kreidekreis", Spiel in 5 Akten nach dem Chinesischen von Klabund. Verlegt bei J. M. Spaeth, Berlin 1925.

Dies außerordentlich reizvolle chinesisch-europäische Märchenspiel, das in zahlreichen Aufführungen viel entzückt hat, liegt hier in einem nach Art eines chinesischen Blockbuches gebundenen Satinbande als Textbuch vor. Ausstattung und Druck sind mustergültig. Mancherlei Anfeindungen des Werkes zum Trotz sei noch einmal auf die Qualifikation des Spiels hingewiesen.

Mancherlei Motive, wie chinesischer Fatalismus und östliche Liebespoesie, sind hier zu einer farbenfreudigen und stimmungsvollen Schau vereinigt, die nicht zu sehr in Weltanschauungsphilosophie aufgeht, aber auch nicht oberflächlich bleibt, da ein wissender Dichter dahinter steht. Der gesunde Appell an die Sinne, der endliche Sieg der Gerechtigkeit, der nicht der Beziehung zu europäischer Kulturlosigkeit entbehrt, machen das Spiel zu einem Volksstück, wie wir es unserer Zeit wünschen. An diesem guten Eindruck können einige Längen und offenbare Einfügungen nichts ändern.

Zwei Geschichten gehen nebeneinander, überstrahlt und verbunden durch das magische Zeichen des Kreidekreises. Die schöne Hai-tang wird nach dem tragischen Selbstmord ihres Vaters in ein Freudenhaus verkauft, lernt dort einen kaiserlichen Prinzen lieben, wird aber von dem Mandarinen Ma, dem Mörder ihres

teiligte, bewegte sich durchaus im Sinne des Referenten. Die Versammlung nahm nachstehende Resolution einstimmig an:

„Die am 3. Juli 1925 in der „Harmonie" zu Kiel tagende gemeinsame Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten sowie des Deutschen Werkmeisterverbandes, Fachgruppen der Behördenangestellten sämtlicher Städte Schleswig-Holsteins, erhebt entschieden Einspruch gegen die Absicht, eine Erweiterung des Kreises der den Versorgungsanwärtern zustehenden Stellen zu schaffen. Die letzte Stelle bei Behörden, Körperschaften der öffentlichen Rechts- und Betriebsverwaltungen soll durch Versorgungsanwärter des Heeres, der Marine und der Schutzpolizei besetzt werden. Selbst die in Gesellschaften umgewandelten Betriebsverwaltungen von Reich, Staat und Gemeinden sollen dem Zwange, in Angestelltenstellen Versorgungsberechtigte einzuberufen, unterliegen. Abgesehen davon, daß es ganz unmöglich ist, daß der letzte Angestellte bei den genannten Dienststellen zur Entlassung kommt, ist die Versammlung der Ansicht, daß die Versorgungsanwärter des Heeres nicht das moralische Recht haben, gegenüber den Versorgungsberechtigten des alten Heeres sowie den übrigen Angestellten bei Besetzung von Angestelltenstellen bevorzugt zu werden, da sie nach dem Reichsbeamtenbesoldungsgesetz bezahlte Personen sind.

Die Versammlung fordert deshalb von den Regierungen des Reiches und der Länder sowie den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie diesen Anschlag auf die Lebensmöglichkeit der Angestellten entschieden ablehnen. Besonders die Angestelltenkategorien aller Art haben in den letzten Jahren eine unerhörte Verschlechterung ihrer Lage durch den überall erfolgten Abbau über sich ergehen lassen müssen, sodaß es unmöglich ist, sie weiter in ihrer sozialen Lage herabzudrücken, wie es durch die gekennzeichneten Bestrebungen geschehen würde.

Der Reichstag wird gebeten, das Gesetz durch namentliche Abstimmung zu verabschieden."

Die Thater- und Film-Friseure Deutschlands und Oesterreichs, die vom 11. bis 14. Juli im Gewerkschaftshaus ihre Tagung abhalten, werden gleichzeitig vom 12. bis 14. Juli im Café des Gewerkschaftshauses eine große fachliche Kunstausstellung zeigen. Die Ausstellung ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Verkauf billiger Seefische. Laut heutiger Anzeige der Staatlichen Fischereidirektion gelangen morgen in den 225 Verkaufsstellen zum Verkauf: Bratschellfisch 15 ₰ das Pfund. Die kleineren Schellfische kann man braten oder dämpfen oder auch zur Anfertigung des ausgezeichneten Fischpuddings (Anweisung im Fischkochbuch) verwenden. Fischkochbücher in den Verkaufsstellen oder sonst bei der Fischereidirektion, Admiralitätstraße 46.

„Hamburg. Ein Abriß der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart". Unter diesem Titel erscheint in nächster Zeit vom Archivrat Dr. H. Reincke, eine kurz gefaßte Geschichte Hamburgs, im Friesenverlag, Bremen.

Ankunft des Dampfers Resolute. Der im Gemeinschaftsdienst der Hamburg-Amerika Linie und der United American Lines (Harriman Line) verkehrende Dampfer Resolute trifft, von New York kommend, am Donnerstag, 9. Juli, voraussichtlich um 3 Uhr nachmittags in Cuxhaven ein. Ueber die Landung der Passagiere, die in Cuxhaven oder Hamburg erfolgen wird, erhält man nähere Auskunft bei der am Donnerstag von 8 Uhr vormittags an geöffneten Abteilung Einkommende Abfertigung der Hamburg-Amerika Linie, Glockengießerwall (neben dem Hauptbahnhof). Telephon Merkur 4358 und Nordsee 40/41.

Aquarien-Ausstellung im Gewerbehaus. Vom 19. bis 16. August werden die zur Unterelbischen Vereinigung zusammengeschlossenen Vereine für Vivarienkunde eine größere Schau „Das Zimmeraquarium" veranstalten. Als Ausstellungsraum ist der mit vorzüglichen Lichtverhältnissen ausgestattete Messeraum des Gewerbehauses zur Verfügung gestellt worden. Die Mikrobiologische Vereinigung in Hamburg hat wieder ihre Beteiligung zugesichert und wird u. a. ihre Arbeiten aus der Planktonkunde zur Darstellung bringen. Wir kommen auf die Veranstaltung noch zurück.

Unfall. Der Hafenarbeiter Robert Schuld, wohnhaft Brauerknechtsgraben 9, 3. Et., wurde beim Ueberschreiten des Fahrweges Edmund Siemersallee von einem Motorrad angefahren. Sch., der Kopfverletzungen erlitt, mußte ins Hafenkrankenhaus geschafft werden.

Schwerer Unfall bei der Hochbahn. Der Kapellenstraße 28, 3. Et., wohnende Blockwärter Johannes Lampe wurde beim Versuch, im Untergrundbahnhof am Hauptbahnhof das Bahngeleise zu überschreiten, von einem Zuge erfaßt und zwischen Wagen und Bahnsteig gedrückt. Dem L. wurde der rechte Oberschenkel vollständig zerquetscht. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus St. Georg geschafft.

Verunglückt. Eine etwa 55 Jahre alte Frau wurde Dienstag abend kurz vor 9 Uhr in der Süderstraße von einem Straßenbahnzuge angefahren. Die Verunglückte mußte, da sie anscheinend eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus St. Georg geschafft werden. Die Frau hat graues Haar, war bekleidet mit weißer Bluse mit schmalen gelb-grünen Streifen, blauem Faltenrock, blau-weiß-gestreifter Schürze, schwarzen Strümpfen und Halbschuhen.

Gerettet. Der 3 Jahre alte Harald Allmers, wohnhaft Hornerlandstraße 296, fiel gestern in einen im Horner Park befindlichen Teich. Ein unbekannt gebliebener Mann rettete den Kleinen.

Kabelbrand. In der Nacht zum 8. Juli entstand im Maschinenhaus 1 auf der Werft von Blohm & Voß ein Kabelbrand, hervorgerufen durch Kurzschluß. Mehrere Feuerlöschzüge rückten an, brauchten aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da die Gefahr bereits von der Werftfeuerwehr beseitigt war.

Durch Einbruch wurden aus einem beim Bahnhof Lippeltstraße stehenden Eisenbahnwagen unter anderm drei Jackettanzüge, eine Anzahl Oberhemden, Waschkleider, Stiefel, ein Feldstecher (Zeiß), seidene Damenstrümpfe, ein heller Regenmantel und anderes mehr im Gesamtwerte von 2500 M gestohlen. Die Sachen befanden sich in einem Schrankkoffer. In die Jackettaschen der Anzüge ist der Name „Staben" eingenäht.

Altona und Umgegend.

Ein spziales Hilfswerk.

Wie wir erfahren, soll in Altona eine Soziale Gerichtshilfe gebildet werden. Den Vorsitz wird der im Ruhestand befindliche Oberstaatsanwalt Dr. Mehlis übernehmen. Mit der Sozialen Gerichtshilfe wird ein sehr achtbares soziales Hilfswerk geschaffen, aus dessen großen Aufgaben, die es sich gestellt hat, wir folgendes mitteilen können:

In der heutigen Rechtsprechung und Strafbemessung setzt sich mehr und mehr das Bestreben durch, einen bessernden Einfluß auf den straffällig gewordenen Menschen auszuüben. Damit weitet sich natürlicherweise das Ermittlungs- und Strafverfahren in starkem Maße aus. So notwendig und bedeutsam diese Ausweitung aus sozialen Gründen ist, so wenig ist es Gerichten und Strafvollstreckungsorganen möglich, die dadurch gebotene umfassendere Kenntnis der Zusammenhänge zu erlangen. Die notwendig aufzuhellenden subjektiven Zusammenhänge, die inneren und äußeren Voraussetzungen, die eine strafbare Handlung begünstigten, lassen sich doch nur sehr unvollkommen durch die Gegenüberstellung in der Gerichtsverhandlung, durch Strafakte und Strafregister erkennen. Die soziale Vertiefung der Rechtsprechung bedarf darum einer Hilfe, von der ihr die Unterlagen gegeben werden können. Hier soll ein hervorragendes Tätigkeitsfeld der Sozialen Gerichtshilfe liegen. Eine schwere, aber dankbare Aufgabe, für die die Gerichtshilfe Helfer braucht, die von einem tiefen sozialen Gewissen und Verständnis beseelt sind. Die so zu erreichende Kenntnis subjektiver Zusammenhänge, die leider bei Gerichtsverhandlungen so selten die verdiente Würdigung erfahren haben und konnten, soll den Gerichten durch schriftliche Berichte, eventuell auch durch mündlichen Bericht zugeleitet werden.

Ueber diesen Wirkungskreis hinaus will die Soziale Gerichtshilfe vor allem auch Personen, die zu einer Freiheitsstrafe mit sofortiger Abbüßung oder mit Strafaussetzung verurteilt sind, in jeder Beziehung beireuen. So sollen diese Personen vor dem Rückfall bewahrt, ihre Familien unterstützt werden. Leitstern dieser so schweren sozialen Arbeit ist der Wille, alles zu tun, um betroffene Personen wieder in geordnete Verhältnisse zurückzuführen.

Den Justizbehörden soll es überlassen sein, zu bestimmen, wann die Gerichtshilfe einsetzen soll. Normalerweise wird die Hilfe zunächst nur bei Erwachsenen bis zum Alter von 35 Jahren und bei älteren, die nicht vorbestraft sind, in Frage kommen. Wir werden später Gelegenheit haben, ausführlicher über den tieferen Sinn und die hohe Bedeutung dieser Hilfsarbeit zu berichten.

Anerkennung von Fachschulen.

Wie mitgeteilt wird, sind als Fachschulen im Sinne der Ordnung einer Ersatzreifeprüfung für Studierende der Landwirtschaft an landwirtschaftlichen Hochschulen und mit landwirtschaftlichen Instituten ausgestatteten Universitäten vom 24. Dezember v. J. durch gemeinsamen Erlaß des Landwirtschaftsministers und des Kultusministers anerkannt: die höheren Lehranstalten für praktische Landwirte in Schweidnitz i. Schl., Königsberg (Neumark), Wolfsanger bei Cassel, Neuhaldensleben, Prov. Sachsen, Schleswig, Landsberg a. d. W., Soest i. W., Stettin; die höheren Gärtnerlehranstalten, und zwar: die Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem, ferner die Lehr- und Forschungsanstalt für Wein, Obst- und Gartenbau in Geisenheim a. Rh. — Die Anerkennung weiterer Fachschulen bleibt vorbehalten.

Im Traumzustand aus dem Fenster gestürzt. Am Dienstag abend 9½ Uhr ereignete sich in der Barnerstraße 25 ein Unglücksfall, der leicht verhängnisvoll hätte werden können. Ein 13jähriges Mädchen stürzte im Traum aus dem Fenster des dritten Stockes ihrer Wohnung. Der vom Schrei erwachte und herbeigeeilte Pflegevater sah das Kind noch aus dem Fenster stürzen, ohne jedoch helfen zu können. Der Schlosserlehrling Walter Bochmann aus der Barnerstraße 25 hatte den Vorgang beobachtet und fing das Mädchen so geschickt auf, daß es mit leichten Verletzungen davonkam.

Warnung vor einem Kollektenschwindler. In den letzten Tagen ist vorzugsweise bei Geschäftsleuten ein junger Mann erschienen, der eine Kollekte für die Kinderspeisungsanstalt Altona veranstaltet. Er hat bei den Leuten zwei Bücher vorgelegt, in denen diejenigen Personen verzeichnet sind, die Geldbeträge und auch Kleidungsstücke für die Kinderspeisungsanstalt hergegeben haben. Durch zahlreiche Eintragungen, die die Bücher aufweisen, hat er die Leute ebenfalls zu Zeichnungen veranlaßt. Wie festgestellt, sind die Eintragungen zum größten Teil fingiert. Eine Kinderspeisungsanstalt Altona existiert übrigens nicht. Vor dem Schwindler wird gewarnt. Der Mann ist 1,70 Meter groß, schlank, zirka 20 bis 24 Jahre alt. Bekleidung: Grauer Anzug, Pfeffer und Salz, weiße Wäsche, grauer Hut. Der Mann tritt sehr sicher auf und macht einen guten Eindruck.

Kreis Pinneberg.

Stellingen-Langenfelde. Funktionärsitzung am Sonnabend, 11. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen Scheffler. Wichtige Tagesordnung, daher vollzähliges Erscheinen Pflicht!

Aus den Elbgemeinden.

Groß-Flottbek. Achtung SPD.-Mitglieder. Auf die heute Abend 8 Uhr bei Fr. Ramker stattfindende Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Reichsparteitag in Heidelberg; 2. zum Bezirksparteitag in Schleswig; 3. zur Kreiskonferenz in Pinneberg; 4. Volksfest am 2. August; 5. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen, sei nochmals ganz besonders hingewiesen. Kein Parteimitglied darf fehlen.

Wilhelmsburg und Umgegend.

An alle Republikaner von Georgswerder! Der 12. Bezirk der SPD. Georgswerder hält am Donnerstag, den 9. Juli, abends 7½ Uhr, im Lokale von W. Menk seine Monats-Versammlung ab. Einführungen sind gestattet. Tagesordnung: Stellungnahme und Vorbereitung zum republikanischen Tag in Wilhelmsburg am 18. und 19. Juli. Der große Festzug am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags, wird sich durch verschiedene Straßen und Ortsteile Wilhelmsburgs bewegen und in Georgswärder zur Auflösung gelangen. Es bedarf daher einer dringenden Vorbesprechung, um unseren auswärtigen Gesinnungskameraden einen würdigen Empfang zu bereiten. Keiner darf fehlen!

Der älteste Einwohner Wilhelmsburgs, Dietrich Wildhusen, Veringstraße 159, feiert am 19. Juli seinen 95. Geburtstag. Der Jubilar, von Beruf Schiffszimmerer, ist geistig und körperlich noch ganz frisch. Er macht längere Fußtouren und nimmt lebhaften Anteil an allen öffentlichen Vorgängen. Mögen dem Alten noch weitere fröhliche Jahre in Gesundheit beschieden sein.

Ertrunken ist heute früh kurz nach 7 Uhr der ledige 21jährige Arbeiter Bernhard Leverenz, wohnhaft Mühlenstraße 16, bei einer Vermessungsarbeit im Reiherstieg. Die Leiche wurde nach einer Stunde bereits geborgen und in die Leichenhalle des Reiherstiegfriedhofes gebracht.

Ein Schwindler erschien am Sonntag bei einer Frau in Georgswerder und teilte ihr mit, daß ihr in der Irrenanstalt in Lüneburg angestellter Schwager im Sterben liege, sie solle sofort zu ihm kommen. Er gab an, daß er auf dem Fahrrad von Lüneburg gekommen, daß sein Rad unterwegs defekt geworden und auf der Beddel in Reparatur sei. Da er nicht genügend Geld bei sich habe, die Reparatur bezahlen zu können, erbat er sich von der Frau Geld. Nach längerem Zögern gab sie ihm 15 M. Hinterher stellte sich heraus, daß alles Schwindel war.

Schleswig-Holstein.

Ministerialkommissare in Schleswig-Holstein.

Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben der Provinz.

In der Zeit vom 29. Juni bis 3. Juli hat eine größere Anzahl von Kommissaren der preußischen Ministerien gemeinsam mit Vertretern der Reichsministerien und den provinziellen Behörden sowie Vertretern der Selbstverwaltungskörper, der Handels- und der Handwerkskammern und des Schleswig-Holsteinerbundes eine Bereisung der Provinz Schleswig-Holstein vorgenommen. In Vertretung des zur Zeit abwesenden preußischen Ministerpräsidenten hat sich der preußische Justizminister Dr. am Zehnhoff durch seinen Referenten eingehend Vortrag halten lassen und die Anweisung gegeben, daß von allen Ressorts bezüglich einer genügenden Auswertung der Reise das Erforderliche veranlaßt wird. In einem Schreiben, das der Justizminister für den Ministerpräsidenten an den Landeshauptmann Pahlke in Kiel gerichtet hat, heißt es u. a.: „. . . Ich weiß, daß allen Herren Staatsministern, die mit Rücksicht auf die Wünsche und Sorgen der Provinz Schleswig-Holstein die Veranstaltung der Bereisung lebhaft begrüßt haben, die Ergebnisse der Reise erneut Anlaß zur eingehenden Prüfung geben werden, wie den dortigen Wünschen am besten Rechnung getragen werden kann. Ich gebe mich daher der bestimmten Hoffnung hin, daß die preußischen Ministerien in enger Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit den dortigen staatlichen und kommunalen Behörden bald zu Entschließungen kommen werden, die die kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben und Arbeitsziele der Provinz zu fördern geeignet sind."

Die Eindrücke der Reise wurden den Kommissaren noch dadurch in wertvoller Weise verstärkt, daß sie eine Anzahl instruktiver Vorträge entgegennehmen konnten. Es sprachen Oberbürgermeister Dr. Todsen-Flensburg über „Politische und kulturelle Verhältnisse", Kreisschulrat Gröndahl über „Schulverhältnisse im Grenzgebiet", Handelskammerpräsident Schuldt über „Wirtschaftliche Verhältnisse der Flensburger Kaufmannschaft", Handwerkskammersyndikus Dr. Hähnsen über „Wirtschaftliche Verhältnisse des Flensburger Handwerks" und Oberstudienrat Dr. Graef über „Sprachliche Verhältnisse der Stadt Flensburg".

Besenhorst/Elbe. Beim Arbeitsamt Besenhorst waren am 7. Juli 1925 insgesamt 23 (19) Arbeitsuchende eingetragen und zwar getrennt nach Berufsarten: 1 (1) Schlosser, 1 (1) Schmied 3 (0) Zimmerer, 1 (1) Wegebauführer, 1 (0) Tischler, 8 (8) Arbeiter 2 (2) Heizer, 4 (4) Arbeiterinnen, 2 (2) Verkäuferinnen.

Hafen und Schiffahrt

Nautische Nachricht der Dienststelle der Marineleitung.

Wasserbauamt Tönnig meldet: Die weiße Bakentonne „Düne O/1" mit Ost-Toppzeichen auf ungef. 54 Grad 13,5' N, 7 Grad 56,2' O liegt wieder aus. Vgl. N. f. S. 25—2595,2. — Das Feuer- und Lotsenschiff „Eidergalliot" auf ungef. 54 Grad 14' N. 8 Grad 35' O hat seine Station wieder eingenommen. Das Aussehen des Schiffes hat sich insofern verändert, als die Stänge am Großmast um 4.5 m verkürzt ist und der schwarze Ball nicht wie bisher über dem Vortopp sondern an einem Davit vorlant des Vortopps angebracht ist. — Das Feuerschiff „Außeneider" auf ungef. 54 Grad 14' N, 8 Grad 18' O hat seine Station wieder eingenommen. — Das Feuerschiff „Amrumbank" auf ungef. 54 Grad 33' N, 7 Grad 53' O ist zeitweilig durch das Feuerschiff „Reserve Tönning" ersetzt. Vergl. N. f. S. 25—2394, 2526.

Wasserbauamt Emden drahtet: Leuchtglockentonne „Westerems-Süd" erloschen. Wiederanzündung erfolgt baldmöglichst.

Amtliche telegraphische Schiffsmeldungen.

Cuxhaven meldet 7. Juli, 5 Uhr nachmittags. Angekommen:

7. Juli:

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
V. 11,15	engl. Dreim.-Scho. M. A. James	—	N. 1,35	D Kaiser	Westerland
11,20	FD Wappen	v. Hamburg der Nordsee	1,50	D Glenapp	Oftafien
11,50	D Neofian	New York	2,05	D Mannheim	Köln
11,55	D Jade	Esbjerg	2,30	D Nixe	Helgoland
N. 1,05	FD Senator v. Berenberg-Goßler	der Nordsee	3,45	d. Dreim.-Scho. Dietrich Hasseldieck	—

Von hier auf: 8 Uhr D Glenapp, 4 Uhr D Delphin.
Eingekommen: FD Farmsen.
Wind: SW., schwach, böig. — Wetter: bedeckt, Regenschauer. — Barometer: 761,0. — Thermometer: + 17,8 ° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

7. Juli:

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
V. 11,05	D Svanhild	Königsberg	N. 12,05	D Esbjerg	Aarhus
11,55	d. Mt.-Sgl. Isa	Natskov			

Cuxhaven meldet 8. Juli, 7,30 Uhr vormittags. Angekommen:

7. Juli:

Zeit:	Schiff:	Von	Zeit	Schiff:	Von:
N. 6,40	D Delfland	Amsterdam	N. 9,20	D Sapn	—
6,55	Zweim.-Scho. Fortuna	—	9,40	D Elin	—
7,50	D Juno (disch.)	—	10,10	D Alchymist	Blaardingen
8,10	D Ariadne	Amsterdam	11,05	D Phädra	—

8. Juli:

V. 4,40	D Strauß	—	V. 6,40	D Messina	d. Mittelmeer

Von hier auf: Gestern nachm. D Cuxhaven.
Wind: WNW., frisch. — Wetter: bedeckt, Regenschauer. — Barometer: 760,0. — Thermometer: + 15,0 ° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

7. Juli:

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
N. 3,25	d. Mt.-Sgl. Johannes	Neumühlen	N. 7,50	d. Sgl. Fridolf	—
5,—	D Käte	Kiel	9,30	holl. Mt.-Sgl. Cormorant	Odense

Cuxhaven meldet 8. Juli, 11 Uhr vormittags. Angekommen:

8. Juli:

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
V. 7,25	D Glanwood	Hull	V. 9,15	D Dietrich	
8,45	FD Gerda	der Nordsee		Bodnekamp	—
8,55	D Taarnholm	—	10,15	FD Rheinland	der Nordsee

Von hier auf: 10,15 Uhr D John Olders 2.
Eingekommen: 7 Uhr dän. M.-S. Johanne Margretha.
Wind: WNW., frisch, böig. — Wetter: bewölkt — Barometer: 762,1. Thermometer. + 16,2 ° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

8. Juli:

Zeit:	Schiff:	Von:	Zeit:	Schiff:	Von:
V. 4,50	d. Mt.-Sgl. Gertrud	Kölln Burgstaken	V. 5,15	D Niels Madsen	Kolding

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Hamburg-Amerika Linie.

Njassa ausg., 3. 7. an Durban. — **Toledo** 10. 7. in Hamburg zu erwarten. **Fürst Bülow** ausg., 7. 7. an Genua. — **Sachsen** ausg., 3. 7. ab Portland nach Seattle. — **Kellerwald** ausg., 7. 7. an Colon. — **Liguria** heimk. 7. 7. Dover passiert nach Hamburg. — **Resolute** heimk. 7. 7. Lizard passiert. — **Baden** heimk. 7. 7. ab Las Palmas. — **Adalia** heimk. 9. 7. voraussichtlich ab Antwerpen. — **Saarland** heimk. 7. 7. an Rotterdam, ausg. voraussichtlich 8. 7. — **Havelland** heimk. 7. 7. Rotersand-Leuchtturm passiert nach Nordenham.

Hamburg-Rhein Linie.

Mannheim 7. 7. an Hamburg. — **Karlsruhe** ausg. 7. 7. an Rotterdam. **Frankfurt** ausg. 8. 7. ab Walsum. — **Straßburg** ausg. 6. 7. an Düsseldorf.

Deutsche Levante-Linie.

Alpha ausg. 6. 7. in Bremen. — **Cerigo** rückt. 6. 7. in Hamburg. — **Delta** rückt. 6. 7. von Volo nach Patras. — **Galilea** rückt. 6. 7. von Alexandrette nach Piräus. — **Goslar** ausg. 7. 7. in Piräus. — **Marmara** ausg. 7. 7. in Lissabon. — **Nicea** rückt. 7. 7. in Syrakus. — **Rheinland** ausg. 7. 7. von Alexandrien nach Jaffa.

Woermann-Linie A.-G., Ost-Afrika-Linie. Hamburg-Amerika Linie (Afrika-Dienst). Hamburg-Bremer Afrika-Linie A.-G.

Usambara, DOAL., heimk. 6. 7. ab Kilindini. — **Urundi**, DOAL., heimk., 7. 7. ab Walfischbai. — **Wunfried**, HBAL., ausg., 6. 7. an Las Palmas.

Deutsch-Austral- und Kosmos-Linien, Hamburg.

Ammon ausg. 7. 7. Azoren pass. — **Bochum** heimk. 6. 7. ab Colombo. — **Cassel** heimk. 7. 7. ab Ymuiden. — **Denderah** ausg. 7. 7. an Antwerpen. — **Gera** heimk. 7. 7. Aden pass. — **Halle** heimkehrend 7. 7. ab Brisane. — **Hannover** ausg. 7. 7. Penische pass.

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Entrerios ausg. 6. 7., nachm., St. Vincent passiert. — **Cap Polonio** 7. 7., 9 morgs. in Lissabon, 7. 7., 4 nachm. von Lissabon nach Brasilien und La Plata. — **Argentina** ausg. 7. 7., 11 morgs., in Pernambuco. — **Vigo** 7. 7., 7 morgs., von Rio Grande nach Santos.

Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Norddeutscher Lloyd Frachtkonor Hamburg G. m. b. H.
Lloyd-Passagebureau Wilh. Lazarus G. m. b. H.

G. Washington 3. 7., 8 Uhr morg., an New York. — **Hannover** 6. 7., vorm., an Baltimore. — **America** 7. 7., 12,30 Uhr morg., ab Bremerhaven. — **Stuttgart** 6. 7., 7,20 Uhr vorm. Bishop Rock pass. — **Pfalz** 7. 7., 7,35 Uhr vorm. Bissingen passiert, nach Genua. — **Dessau** 6. 7., 8 Uhr abends ab Manila, nach Saigon. — **Lützow** 7. 7., 12,10 Uhr mittags ab Bremerhaven, nach Norwegen. — **Brema** 4. 7., 10 Uhr vorm., von St. Vincent.

Schröder, Hölken & Fischer, Reederei.

Annix Hölken 4. 7. in Shoreham. — **Hammerburg** 3. 7. von Glasgow nach Irwine. — **Hedwig Fischer** 4. 7. in Rotterdam. — **Marie Schröder** 7. 7. von Hamburg nach Glasgow. — **Maria Schröder** 6. 7. Brunsbüttel passiert. — **Otto Fischer** 3. 7. in Santander.

Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffs-Reederei, Hamburg.

Oldenburg 6. 7. in Letroes. — **Pasajes** 6. 7. von Genua nach Huelva. — **Faro** 6. 7. von Genua nach Cadix. — **Melilla** 6. 7. ausg. Ouessant pass. — **Elsfleth** 6. 7. in Hull.

Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa".

Trifels 5. 7. Gibraltar passiert. — **Wartenfels** 6. 7. in Rangoon. — **Werdenfels** 8. 7. von Hamburg nach Antwerpen.

Seereederei „Frigga" A.-G.

Baldur 7. 7. von Rotterdam in Stettin. — **Odin** 6. 7. von Emden in Lulea. — **Aegir** 7. 7. von Vlaardingen nach Narvik.

Verholt haben: D Saint Vincent nach dem Segelschiffhafen, D Waldemar Tornoe nach dem Reiherstieg, D Kanal III nach dem Rheinschuppen, D Brückau nach Schuppen 16, D Certa nach Schuppen 6—7, D Raven nach Schuppen 14, D Lahneck nach Schuppen 22, D Hennta nach Schuppen 12, D Dollart nach dem Waltershofer Hafen, D Akershus nach Schuppen 5, D Wiedau nach dem Roßhafen, D Ivo nach Schuppen 27, D Pregel nach dem Roßhafen, D Lancaster Castle nach Schuppen 37, D Irmgard nach dem Roßhafen, D Sandar nach Stülckens Dock, D Brake nach dem Johannis-Bollwerk, D Duisburg nach Schuppen 52, D Kanal III nach Schuppen 57, D Rio Bravo nach Schuppen 74, D Hada nach Schuppen 69, D Werra nach Schuppen 11, D Chloris nach Schuppen 40, D Main nach Schuppen 39, D Edo nach Schuppen 76.

Wasserstände. Elbe: Leitmeritz + 0,52, Dresden — 1,75, Aken + 0,34, Magdeburg + 0,28, Wittenberge + 0,38, Dömitz — 0,08, Boizenburg + 0,18, Hohnstorf, Lauenburg — 0,11. Saale: Grochlitz + 0,58, Bernburg, Unterpegel + 0,42, Calbe, Unterpegel — 0,21, Grizehne — 0,12. Havel: Brandenburg, Unterpegel + 0,48, Rathenow, Unterpegel — 0,12, Havelberg + 0,52.

Ertrunken. Der auf dem im Segelschiffhafen liegenden englischen Dampfer „Fendris" bedienstete Matrose Donald Roß stürzte von Bord ins Wasser und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Unfall. Dem auf dem Dampfer Thuringia beschäftigten Schauermann Hans Baum, wohnhaft Prätoriusweg 12, fiel am Dienstag im Schiffsraum eine mit 150 kg Kampfer beladene Kiste auf den linken Fuß. B. erlitt erhebliche Quetschungen und mußte ins Hafenkrankenhaus transportiert werden.

Der Angerstein-Prozeß.

SPD. Limburg, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Angeklagte Angerstein gab am zweiten Verhandlungstage zu, daß er in seinem Haus Benzin ausgegossen und auch die Leichen damit überschüttet hatte; ob es alle Leichen gewesen seien, wisse er nicht. Es begann dann das Zeugenverhör, das einen raschen Fortgang nahm. Zunächst kamen alle die Einwohner, Eisenbahnbeamte, Forstleute und Polizeibeamte Haigers zu Wort, die Angerstein auffanden, den Verletzten vorübergehend in der Nachbarvilla und dann im Krankenhaus unterbrachten, die in das Haus Angerstein eindrangen, aus dessen Dachstock schon die Flammen emporloderten, und die teilweise unter eigener Lebensgefahr verschiedene Leichen vor dem Verbrennen bargen. Aus den Schilderungen der Zeugen geht hervor, daß Angerstein wiederholt von Räubern sprach, die einen Ueberfall unternommen hätten und daß man seine arme Frau retten solle. Die Leichen lagen in den einzelnen Zimmern fast alle dicht an der Türe. Die Angaben Angersteins stehen in Widerspruch mit den Bekundungen seines Hausnachbars, des Direktors Müller. Während dieser Zeuge behauptet, Angerstein habe am Sonntag vor der Tat behauptet, daß zwei Spitzbuben in der Nacht an seinem Haus gewesen seien, bestreitet der Angeklagte, daß davon ein Wort über seine Lippen gekommen sei.

Mehrere Zeugen schildern drastisch, wie sie sich am Löschwerk beteiligten. Daraus ergibt sich, daß Angerstein das Haus zuerst oben, dann in den unteren Räumen angezündet hatte. Unter den Zeugen befindet sich auch der Bruder des getöteten Gärtnergehilfen Geis. Als einige Leichen im Hause herabgeschleppt wurden, waren sie schon völlig steif. Aus verschiedenen Zeugenaussagen ergibt sich dann, daß zwischen den Eheleuten Angerstein großes Einvernehmen herrschte und die Frau den Mann lobte.

Die Verteidigung beantragt nach der Vernehmung dieser Zeugen die Vertagung des Prozesses um 14 Tage, um dem erschienenen Professor Herbertz Gelegenheit zur Untersuchung des Angeklagten zu geben. Das Gericht beschloß jedoch unter Ablehnung des Vertagungsantrages zunächst nur die Zulassung des Professors als Sachverständigen, gab dem Psychologen aber nicht die Genehmigung, den Angeklagten im Gefängnis besuchen und sprechen zu dürfen. Es folgten dann die Obduktionsberichte der Kreisärzte. Aus diesen Gutachten ergibt sich, daß den meisten Opfern die Schädeldecke eingeschlagen war. Frau Angerstein war das Schädelbein völlig durchschlagen. Sie hatte außerdem noch neun Brust- und Halsstiche, die aber die großen Blutgefäße unberührt ließen. Die Schwiegermutter des Angeklagten, Frau Barth, hatte einen wahren Hinrichtungshieb, so drückte sich der Sachverständige aus, empfangen. Ihr Halswirbel war durchschlagen. Die Hausangestellte Stoll, der das Hinterhaupt zertrümmert war, ist nach dem Sektionsbefund im dritten Monate schwanger gewesen. Ein mächtiger Beilhieb hatte der Schwägerin Angersteins, der Ella Barth, Nasenbein und Stirn gespalten.

Es folgte alsdann die Reihe der Zeugen, die zur Aufklärung des Sachverhalts beitrugen. Von ihnen macht Kriminalassistent Mielke von der Frankfurter Mordkommission eine Reihe wichtiger Bekundungen. Er hat im Verein mit dem Gerichtschemiker Prof. Dr. Popp bald nach seinem Eintreffen die Ueberzeugung gewonnen, daß nur eine Person die Tat ausgeführt haben konnte und keine Räuberbande ihre Hände im Spiele sich bei dem getöteten Wolfshund keine Blutspritzer befanden, so daß ein Kampf mit dem Tiere nicht stattgefunden haben konnte. Nach den weiteren Ausführungen des Gerichtschemikers hatte Angerstein, als er den Hund tötete, den Kopf des Tieres nicht zwischen den Beinen gehabt, sondern das Tier von vorn erschlagen. Sonderbar sei gewesen, daß sich die Kasse in Ordnung befand. Die Telephonschnur war zerschnitten, aber auch der Telephonapparat fehlte; Räuber hätten nur den Draht durchschnitten und sich für den Apparat nicht interessiert. Die Leichen lagen alle am Zimmereingang; bei einem Kampf mit Verbrechern hätten die Verfolgten sich sicher in die hinterste Zimmerecke geflüchtet. Blutspritzer waren in den Zimmern nur in Kniehöhe vorhanden. Auch das deute nicht auf einen Kampf. Wichtige Schlüsse ergaben sich aus der Auffindung von Haaren und der Tatsache, daß das Beil wiederholt abgewaschen worden war. Der Anzug Angersteins wies 431 Blutflecke auf, die nicht von seinen eigenen Wunden herrühren konnten. Ein Blutfleck rührte von Tierblut. Aus alledem sei anzunehmen, daß Angerstein die Getöteten nicht in der von ihm geschilderten Weise umgebracht hat, sondern daß er sie einzeln in die Räume lockte und dann erschlug. Prof. Popp versichert und begründet, daß nach seinem Eindruck Angerstein nach einem Programm arbeitete. Ueber diese Meinung entspinnt sich eine Debatte, an deren Schluß der Angeklagte erklärt: „Je mehr sich die Wissenschaft irrt, um so angenehmer für mich; ich werde von der ganzen Welt mißverstanden, ich verstehe mich selbst nicht." — Damit schloß der zweite Verhandlungstag.

Die Lüneburger Unruhen vor Gericht.

Eigener Bericht des Hamburger Echo.

Lüneburg, 7. Juli 1925.

Bei dem am 13. und 14. September vorigen Jahres von Hamburgern stark besuchten Republikanischen Tag des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Lüneburg ist es zu verhängnisvollen Unruhen gekommen, als deren Folge sich in der heute eröffneten Verhandlung des Großen Schöffengerichts in Lüneburg 20 Angeklagte zu verantworten haben. Die wesentliche Ursache der Unruhen ist begründet im unglückseligen Zusammentreffen des Tages der Republikaner mit einem 60jährigen Stiftungsfeste der Feuerwehr, das Anlaß gab zu einem provokatorisch wirkenden Flaggen schwarz-weiß-roter Fahnen, wobei, wie bereits der erste Verhandlungstag ergab, dieses Feuerwehrfest von der nationalistischen Presse zu einer gründlichen Auseinandersetzung zwischen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold proklamiert wurde. Bereits am Vorabend stempelten die Lüneburger Nachrichten, ein würdiger Ableger der Hamburger Nachrichten, den zu einem „

tot. Eine Aerztin aus Berlin erlitt Arm- und Beinbrüche. Die beiden anderen Insassen erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Einer neuen Hitzwelle in New York sind bereits einige Personen zum Opfer gefallen. Die Anzahl der Ohnmachtsanfälle und der Sonnenstiche ist erschreckend gestiegen. Auch aus Chicago wird von zwei Todesfällen infolge der plötzlich eingetretenen Hitze berichtet.

Schießereien zwischen Zollbeamten und Schmugglern. In der Nacht vom Montag zum Dienstag kam es in der Nähe von Lichtenbusch an der deutsch-belgischen Grenze zu einem Kampf zwischen Zollbeamten und Schmugglern. Die Zollbeamten machten von der Waffe Gebrauch, da die Schmuggler auf Anruf nicht stehen blieben. Ein Zollbeamter kam in die Schußlinie seiner Kollegen und erhielt einen Lungenschuß, der ihn lebensgefährlich verletzte. Nur einer der Schmuggler konnte festgenommen werden.

Unfallsstatistik vom amerikanischen Nationalfeiertag. Nach den letzten Berichten beläuft sich die Zahl der am Festtage der Unabhängigkeitsfeier verunglückten Personen auf 250 Tote und 400 Verletzte.

Erdbebenstoß. Times meldet aus Tokio: Dienstag nacht 1¾ Uhr erfolgte in Nagaya ein schwerer Erdstoß. Der Stoß war in ganz West-Japan zu spüren. Die erschreckten Einwohner flüchteten aus den Häusern und verbrachten die Nacht im Freien. Meldungen über Schäden oder Verluste liegen nicht vor.

Aus den Hamburger Gerichten.

Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Wegen Landesverrats hatten sich die jugendlichen Angeklagten, der Autoschlosser Reinicke und der Kellner Westphal, sowie der Belgier van den Put zu verantworten. Die beiden Ersteren wurden nach 31stündiger Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich ging, für schuldig befunden, versucht zu haben, dem Agenten einer ausländischen Nachrichtenstelle Informationen und Einrichtungen, deren Geheimhaltung für die Staatssicherheit von Bedeutung ist, zu verkaufen. Der Plan wurde rechtzeitig aufgedeckt und kam nicht zur Ausführung. Beide Angeklagten sind bereits wegen Betruges vorbestraft. Das Gericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Engel, kam nach Vernehmung einer großen Anzahl Zeugen, darunter ein Sachverständiger des Reichswehrministeriums, zu einem Schuldigspruch aller drei Angeklagten. Es verurteilte die ersten Beiden wegen Vergehens gegen das Spionagegesetz zu je einem Jahr Gefängnis. Der Belgier van den Put wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Schwurgericht.

Zur Verwirklichung der politischen Ziele der KPD. hatte der Zimmerer Heinrich Rohlfs am 23. Oktober 1923 sein bescheidenes Scherflein beigetragen. Mit einer Reihe seiner Gesinnungsgenossen war er in die Wohnung des Polizeibeamten K. in der Amsinckstraße eingedrungen und unter Bedrohung von Leib und Leben des Beamten und seiner Frau Waffen und Munition gefordert und genommen. Dieses Auftreten und Handeln brachte ihm eine Anklage wegen Beihilfe zum Hochverrat. Es gelang ihm, hamburgischen Boden zu verlassen. Lange Zeit irrte er in der Fremde herum, bis ihn die Sehnsucht nach der Heimat packte. Ein Ersuchen um freies Geleit wurde ihm gewährt. In der Verhandlung gibt er seine Beteiligung zu; doch will er aus Neugierde mit in die Wohnung des Beamten gegangen sein. Die Worte: „K. sei ein gefährlicher Beamter; es wäre das Beste, ihn gleich totzuschießen, der größte Lump der Hundertschaft" will er nicht gebraucht haben. In der SPD. will er von 1905 bis 1919 Mitglied gewesen sein; doch habe er die Mitgliedschaft aufgeben müssen, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse von Tag zu Tag schlechter geworden wären und die SPD. nichts für das Volk tue. Er setzte sein Vertrauen in die USP., bei deren Auflösung er sein Vertrauen der KPD. übertrug. Staatsanwalt Gernet hielt den Angeklagten für schuldig. Zweimal hatte der Angeklagte die Wohnung durchsucht und dem dienstfreien Beamten angedroht, daß er oder seine Frau daran glauben müsse, wenn er den Dienst antreten würde. Mildernde Umstände könne man, wie es allgemein geschehen sei, auch ihm zubilligen, obgleich er eine erhebliche Rolle an jenem Tage gespielt habe. 2 Jahre 6 Monate Festung sei das Mindeste, was er verdient hätte. Rechtsanwalt Schmidt erinnerte an die große wirtschaftliche Not jener Oktoberinge, die sogar rechtsstehende Kreise des Hitler zur Empörung entflammt hätten. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 9 Monate Festungshaft wegen Beihilfe zum Hochverrat und 150 M Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Schutzgesetz der Republik.

Strafabteilung 9.

Aus- und Einbrecher, alle schon vorbestraft, hatten sich wiederum dem Kadi vorzustellen. Der Arbeiter Karl Fels, der die Strafanstalt in Rendsburg heimlich verlassen hatte, suchte ein Fortkommen durch Einbruch bei einem Drogisten in der Wilhelminenstraße. Er erbeutete ein Motorrad nebst Beiwagen. Dafür erhielt er nun 3 Jahre Zuchthaus. — Der Schlosser Franz Müller, der Tischler Bruno Simon, der Arbeiter Karl Helmcke schlugen ein Schaufenster ein und gewannen dadurch 6 Lederjacken und 2 Lederhosen. Müller stahl nebenher noch ein Fahrrad, Schreibmaschine und Tischsilber. Eine Vertrauensperson der Polizeibehörde beobachtete später den Verkauf der Beute. Müller erhielt für seine Taten 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus. Den andern beiden wurden noch einmal mildernde Umstände zugebilligt und kommen sie mit je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis davon.

Briefkasten.

Mündliche Auskunft wird nur von 4 bis 6 Uhr nachmittags erteilt.

H. B. 100. Die Umsatzsteuer beträgt 1½ Prozent vom monatlichen Umsatz. Auf die hamburgische Gewerbesteuer sind gemeinsam mit der Einkommensteuervorauszahlung Vorauszahlungen in Höhe von 30 Prozent des Betrages, der für das Einkommen aus gewerbesteuerpflichtigen Betrieben als Vorauszahlung auf die Reichseinkommensteuer zu zahlen.

A. M., Sachsenstraße. Die Stundengeschwindigkeit der Vorortbahn beträgt 30½ Kilometer, der Hochbahn 28½ Kilometer, der Hamburger Straßenbahn 15 Kilometer.

Oswald. Sie müssen sich an die Gewerbepolizei, Stadthausbrücke 8, wenden.

Unwissende, Billstraße 94. Die Herstellungskosten müssen die Mieter tragen.

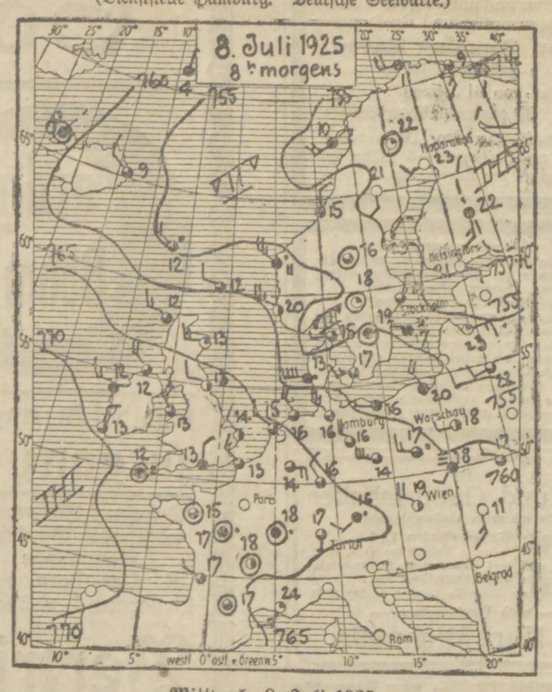
Erich. Die Tochter erbt den gesamten Nachlaß. — Geburtsurkunde der Tochter und die Sterbeurkunden der Eltern genügen.

A. S. 100. 1. Das erfahren Sie in der Auskunftsstelle im Hauptbahnhof. 2. und 4. Ja, wenn Platz vorhanden ist. 3. In unserer Buchhandlung können Sie ein solches Verhalten kaufen.

Wander- u. Reiselustige
finden in der
Buchhandlung Auer & Co.
Fehlandstraße 11 und Gewerkschaftshaus
eine reiche Auswahl von
Karten und Reiseführern
aus allen deutschen Gauen.

Oeffentlicher Wetterdienst.

(Dienststelle Hamburg. Deutsche Seewarte.)



Mittwoch, 8. Juli 1925.

In der Westluftströmung des gestrigen Tages erreichten die Temperaturen in Nordwestdeutschland nur 22 bis 23 Grad C. Erst in der Nacht, mit dem Vorüberzug der Einbruchslinie kühlerer Nordwestluftströmung fielen merkliche Niederschläge (Hamburg 1 Liter auf den Quadratmeter). Der veränderliche Witterungscharakter der, auf der Vorderseite des atlantischen Hochdruckgebietes, nach Deutschland fließenden kühlen Luftmassen wird anhalten, da über Großbritannien hinweg stets neue, kühle, feuchte atlantische Luft nachströmt.

Vorhersage für den 9. Juli und 10. Juli 1925.

Bei mäßigen West-Nordwestwinden wolkig, kühl, vorwiegend trocken.
Uebriges Deutschland wie Nordwestdeutschland.

Eintritt der Ebbe und Flut in Hamburg.
Ebbe: 7,24 Uhr vm., 7,47 Uhr nm. Flut: 2,48 Uhr vm., 3,11 Uhr nm.

Eintritt der Ebbe und Flut in Cuxhaven.
Ebbe: 3,14 Uhr vm., 3,37 Uhr nm. Flut: 10,11 Uhr vm., 10,35 Uhr nm.

Komet Freilauf
ES GIBT KEINEN BESSEREN!
Sparsam im Betrieb - Keine teuren Reparaturen

Geschäftliche Mitteilungen.

Alle Liebhaber des Kautabaks werden in dieser Zeitung mit besonderem Interesse die Anzeige der Kautabakfabrik G. A. Hanewacker G. m. b. H. gelesen haben (siehe auch diese Ausgabe). Es ist für den Priemer wissenswert, daß die genannte Firma im Jahre 1817 gegründet wurde und die älteste Kautabakfabrik Nordhausens ist. So trug sie auch an erster Stelle dazu bei, den in der ganzen Welt bekannten Ruf des berühmten Nordhäuser Kautabaks zu begründen. Wichtig ist, auf das in jeder Rolle befindliche Firmenzettelchen (Aufdruck: G. A. Hanewacker G. m. b. H., Nordhausen, mit Schutzmarke Hanewacker-Kopf) zu achten.

Rundfunk-Programm

der Nordischen Rundfunk A.-G., Welle 395.

Donnerstag, 8. Juli.

5,45 Uhr vormittags: Uhrzeitzeichen.
5,50 Uhr: Wetterfunk.
6,30 Uhr: Landwirtschaftliche Meldungen.
6,50 Uhr: Letzte Drahtmeldungen.
12,15 Uhr: Funkbörse der Norag.
12,55 Uhr nachmittags: Nauener Zeitzeichen.
1,10 Uhr: Schiffahrtsfunk.
2,05 Uhr: Hauskonzert der Bremer Norag.
2,45 Uhr: Funkbörse der Norag.
3,40 Uhr: Die Wirtschaft im Funk.
4,00 Uhr: Die Schiffahrt im Funk. Luftverkehrsmeldungen.
4,15 Uhr: Balladen-Gesänge.
5,05 Uhr: Funkwerbung.
6,00 Uhr abends: Hamburger Milchversorgung. Von Dr. Nottbohm vom Hygienischen Staatsinstitut in Hamburg.
7,00 Uhr: Mit dem Norag-Mikrophon in Hagenbecks Tierparadies. Uebertragung auf den Berliner Sender und auf alle Norag-Sender. In der Pause: Sportbericht.

Amtliche Preisnotierungen der Staatlichen Fischereidirektion in Hamburg
am 7. Juli 1925.
(Großhandels-Einkaufspreise für das Pfund in Pfennigen.)

Fischmarkt Hamburg-St. Pauli.

Ewerware: Scholle 71, II 69, III 51, IV 11,50—20, lebende (große) 88, (mittel und kleine) 20—52,50, Seezunge I 204, II 117, III 70, Steinbutt III 110—116, Tarbutt III 88, Elbbutt I 59—70, II 25—57, III 10—16.

Eingesandte Ware: Schellfisch I 16—22,50, II 10—25, III 5,50—15, IV 3—6, Kabeljau III 4,50, dänische Schollen 12—38,50, Lengfisch 18, Rotzunge I 50—57, II 42—50, III 40, Seezunge I 170—210, Steinbutt I 70—83, II 60—87, III 70—90, Tarbutt I 55—75.

Zufuhren: 1 Hochseesegler mit 2500 Pfd., 13 Küstenfischerfahrzeuge mit 1000 Pfd., 35000 Pfd. Einsendungen.

Mittwoch zu erwarten: Mäßige Zufuhren.

Cuxhavener Fischmarkt.

Nordseedampferware: Schellfisch I 40, II 21—26, III 11,50—16,75, IV 3—4, V 3—5,25, Wittling 3, Kabeljau I 20,75—23,75, II 17,50—17,75, III 3, Scholle II 52, III 25, IV 4,75—12, Steinbutt I 193, II 140, III 119, Makrele 19—24,50.

Weißes Meer-Dampferware: Schellfisch I 7—8,75, II 3—6, Kabeljau I 6—9,50, II 3—8,25, Scholle I 20,50—26, II 13,50—18, II und III 8,25—11,50, Seelachs I 5,50.

Zufuhren: 1 Nordseedampfer mit 42600 Pfund, 2 Weißes Meer-Dampfer mit 282000 Pfund, 14 Küstenfischerfahrzeuge mit 2500 Pfund Krabben, 1 Einsendung mit 3 Kisten geräuchertem Aal.

Mittwoch zu erwarten: 1 Fischdampfer.

Versammlungskalender.

Donnerstag, den 9. Juli.

Tarifgemeinschaft Feinmechanik, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus.
Elektriferlehrlinge, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus.
Sozialdemokratischer Verein, Delegierten-Versammlung, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus.
Maurer, 7 Uhr, Gewerkschaftshaus.
Kohlenarbeiter, Kutscher, Chauffeure, Obmännersitzung, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus.
Gipser und Stukkateure, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus.
Holzarbeiterverband, Sektion Kistenmacher, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, parterre.

Jeder „Echo"-Leser
bevorzugt beim Einkauf
die in seiner Zeitung
inserierenden Firmen!

Der ATA-Engel ist vergnügt,
Weil seine Arbeit nur so fliegt:
In heller Freude ruft er aus:
ATA gehört in jedes Haus!
ATA putzt und reinigt alles!

MÖBELFABRIK
PRODUKTION
Küchen, lasiert und weiß
Schlafzimmer, echt Eiche und lackiert, Herrenzimmer
Speisezimmer, Einzelmöbel, Polstermöbel
Teppiche
Große Auswahl - Niedrige Preise - Solide Ausführung
Für Mitglieder Teilzahlung
Dauernde Ausstellungen: Steindamm 103/105, Schulterblatt 14/16

Spezial-

Regenmäntel-Verkauf
für Damen, Herren und Kinder von 14 M. an.
Gabardine-Mäntel, Anzüge, Windjacken.
Enorme Auswahl. Nur erstklass. Qualität
Richter
Breitestr. 28, I., beim Mönckebergbrunnen, Kreuzweg 19, pt., Steindamm 17, Danzigerstr. 14, Schulterblatt 10.

Sie erhalten gleich mit kl. Anzahl., bequemer Ratenzahlung

Anzüge
Gabardine- und Regen-Mäntel
Größte Ausw. Bek. billig
Garderoben-Lager!
Gehris
Stoeckhardtstraße 65, II. 3 Min. v. Bhf. Hasselbr.

Auf Kredit
kaufen Sie Anzüge, Regenmäntel, Gardinen, Bett- u. Leibwäsche
zu billigen Preisen bei M. Laser & Co., Grindelberg 19, I.

60 Jahre
verkaufe ich schon auf
Kredit
Anzüge, Paletots, Regenmäntel, Damen-Mäntel, Bett- und Leibwäsche, Inletts, Gardinen, Federbetten, Steppdecken, Reformbetten, Dielengarderoben, Metallbettstellen, Möbel aller Art
Kleine Anzahlung
Leichte Teilzahlung
Sachs
Steindamm 43, Hpt.

Teilhaber!
Fachmann f. Bautischlerei u. Holzbearbeitung m. kl. Kapital sofort ges. Offerten u. L. 369 Filiale Hammerbrookstraße 63.

Auf Teilzahlung
Madras-, Tüll- und Künstler-Gardinen
Bettdecken
Doppeldecken
Robert Neben & Co., Holstenplatz 9, Hpt.

Auf Teilzahlung
Uhren
Gold- und Silberwaren ausgezeich. Ladenpreise
Spezialhaus Paul Kleinke & Co.
ABC-Straße 42, part.

Mehrere neue
Bauwinden
mit Elektromotor, komplett, sof. lieferbar.
Hugo Hagen
Hamburg 24, Schröderstraße 45. Elbe 7467.

Singer-Nähmasch., gut erhalten, verkf. f. 30 M. E. Maus, Schulterblatt 35, Hpt.

Spezial- und Marken-Fahrräder
kaufen Sie bei mir am billigsten. Anzahlung 25 M. Hildebrandt, Eppendorferweg 17.

Auf Teilzahlung
Anzüge, Ulster, Regenmäntel, Wäsche, Gardinen, Steppdecken.
Ed. Meyer, Aller Steinweg 60, I.

Auf Teilzahlung
Damenmäntel, Kostüme, Kleider, Regenmäntel
Robert Neben & Co., Kaiser Wilhelmstr. 115.

Gummi-Mäntel, Reparatur, Reinigung
Grindelberg 53, Seilerst. 19, Süderst. 78 Altonaerstr. 41, Lab., Heusweg 79, I. Bbk., Stückenstr. 60.

Vermischtes
Achtung!! Neu!! Zu der jeden Sonnabend stattfindenden Auktion werd. ganze Hausstände, einz. Möbel, Fahrräder, Nähmaschin. usw. angenommen. Kostenl. Borsch. F. Hicke, Brackdamm 22, Ecke Ausschlägerweg. Telephon: Alster 2956.

Musikinstrumente, Sprechapparate, Schallplatten.
Großes Lager, günstige Zahlungsbd.
Friedrich Ahrens, 15 Wexstraße 15.

Wetzel-Pianos
gediegen und preiswert. Miete, Teilz., Gegenrchn. Hallerstr. 1. Gegr. 1879

Pianos
und Flügel
seit 25 Jahren gut u. billig auch Teilzahlung.
W. Czekalski, Klavierbauer, Hammerbrookst. 31.

Korbmöbel
Kinderwagen
Klappwagen
Kässner,
Steindamm 128-36
Vom 1.—14. Juli: 10 % Rabatt.

Kompl. Federbett, neu, 30 M., zschl. Daunenb. Wandsbekerstieg 95.

Gut erhalt. Komm. u. kl. Spiegelsch. Jönsson, Bartholomäusstr. 43, H. 2. II.

Bekleidung
Auf Kredit
Herren-Garderobe
Chauffeur-Anzüge, Regenmäntel.
J. Waterhölter, Steindamm 76, I.
3 Verkaufsräume.

Kleine Anzeigen
(mit Ausnahme von Familienanzeigen und Arbeitsmarkt) die 27 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf. bis zu 9 Zeilen, von 10 bis 15 Zeilen 30 Pf.
Für unsere Leser gegen Vorzeigung der neuesten Bezugspreis-Quittung auf vorstehenden Zeilenpreis 15% Ermäßigung.

Tauschgesuch
Schöne Landwohnung in Harburg, 3 Zimmer, Küche, Land, Stall usw. geg. Wohnung i. Hbg. zu tauschen ges. T.-Nr. 24670/25. Näh. C. Mewes, Gr. Bleichen 63, Zimm. 13. Von 8—4 Uhr.

Betten, Bettfedern, Daunen, Inletts, Metallbettstellen, Matratzen, sehr billige Preise. Herzfeld, Altona, Gählersplatz 3. Namen beachten!

Kinderbettstellen
aus Metall oder Buchenholz von 11 M. an, Matr. dazu v. 4,50 M. an, Klappk., Promenadwag. usw. stets am billigsten direkt v. Engros-Lager Herrengraben 3.

Staunend billig!
Kompl. Speisezimmer 210
Bücherschrk., eiche 105
Schreibtisch „ 105
Standuhr 130
Speisezim.-Stühle . 12,50
Salomon, Schulterblatt 88a, I.

Unterricht
Ausländ. Berufslehrer
Ferdinandstr. 12
Sprachen.
Kurse von 3 M. monatl. an. 2 Stunden wöch. u. Privat.
Prospekte frei.

Möbel
Auf Teilzahlung
Möbel
Betten, Teppiche etc. mäßige Preise reelle Bedienung
A. Massmann
Steinstraße 131, 1. Etg.

Kinderbett zu verkauf. Kleck, Altona, Bernhardstr. 37, II. 5-7.

Küchen-Woche
10% Rab. v. 7.—15. Juli wegen Platzmangels.
R. Knauer, Bartholomäusstr. 98.

Barbmöbel
trotz billigster Preise währ. d. Ausverkaufszeit
10 % Rabatt.
Königs Rohrmöbel-Lager, Jetzstraße 45.

Alte Gebisse
Platin, Gold, Silber, kauft August Wist, Rosenstr. 7, b. Hauptbhf.

Fahrräder
N. S. U. Generalvertreter sowie großes Lager in Adler, Brennabor, Badenia Patria, Opel W.K.C. — De Wet von 70 M. an mit prima Gummi und Rücktritt.
Größte und modernste Reparaturwerkstatt.
Ed. Sünner, Steindamm 20. V. 5400.

Billigstes Hamburger Angebot!
Fahrräder, starke eleg. Sportmodelle, nur 87 Mark. Riesenlager Brennabor, Göricke, Patria, Wanderer usw. verkauft am billigsten Lindemann, Hamburgerstraße 79, btl. gr. Haus Hamburgs.

Fahrräder
Größtes Lager, daher billigste Preise a. w. v. 70 Mk. an. Fr. Lindemann
Hammerbrookstr. 74
Räder auf Teilzahlung.

25 M. Anzahlung
Rest bequeme Raten!
Marken-Fahrräder
Freilauf, Rücktritt. Ia Bereifung. Glocke. Wertv. 1jähr. Fabrikgar.
Fahrr.-Versandhs. Hansa G. m. b. H., Fehlandstrae 11.

Fahrräder
erstklassige Marken Kleine Anzahlung 5 Mark wöchentlich
P. Strauss, Altona, Papenstr. 52.

Fahrräder
erstkl. Marken kauf. Sie am billigsten kl. Anz., wöchentl. 5 M. im Fahrradhaus Amsinckstrasse 69 5 Min. v. Hauptbahnhof.

Leihhaus
von 1860
E. & T. BRAUN
Burchardstr. 9
beim Meßberg.
Annahme v. Pfändern.

Laternen
Schwarz-Rot-Gold und alle anderen Farben in großer Auswahl. Klub- und Vereinsbestellungen bitte ich rechtzeitig aufzugeben.
Carl Peterssen
Stellingerweg 15.
Filiale des Hambg. Echo.

Gelegenheitskauf!
Wegen Umbau und Renovierung
10 % Extra-Rabatt
bis 9. Juli auf
Klappkarren
Promenadenwagen. Angez. Waren werd. 3 Monate zurückgst. Engros-Lag. Hambg. Herrengrab. 3.

Billige
Klappkarren
Kinderwagen
Geschw. Friedmann
Schulweg 8 Elmsbüttel

Zigarettenfabrik Juhasz, Altona Elbe
Generalvertreter für Groß Hamburg: Wilhelm Mella, Altona, Gr. Bergstraße 264-66.
Fernsprecher: Elbe 2280

Sexualberatungsstellen
(D. Bund für Mutterschutz und Sexualreform)
jed. Montag, 7-8 U. abends: Kaiser-Wilhelm-Straße 93
jed. Donnerstag, 7-8 Uhr abends: Bismarckstraße 79

Geschlechtsleiden
Keine Berufsstörung, Blutuntersuchungen
Spezial-Art Dr. Hollaenders Amb.
Colonnaden 26
10-1, 4-7, Stg. 10-12

Schwarz-Rot-Gold Reichsflaggen
Lieferant des Reichsbanners
Gruppenfahnen in jeder Ausführung.
Wichmanns Flaggengeschäft
Rotenbaumchaussee 5, beim Dammtorbahnhof.

Ganzes Ober- oder Unter-Gebiß von M. 14 an.
Goldkronen von 10 Mark an.
Teilzahlung gestattet! Steindamm 49, II.

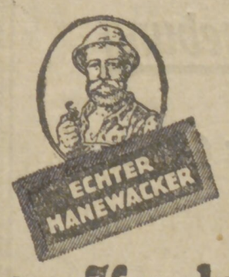
Radio
Beste Bezugsquelle für Bastler.
Elektro-Mechano, Amelungstraße 15, Schulterblatt 88 b.
Spezialität: Sämtliche Reparaturen.

Hamburger Freibank
Verkauf
Donnerstag, 9. Juli:
Nrn. 401—950 von 7½—8½ Uhr vorm.
Nrn. 1051—2000 von 8½—10 Uhr vorm.

Wander- und Jugendgenossen!
„Das Volkslied"
für Heim und Wanderung
von
Hermann Böse.
— Preis 1,75 Goldmark —
Buchhandlung Auer & Co.
Hamburg, Fehlandstraße 11
und durch sämtliche Echo-Filialen zu beziehen.

Magerkeit wirkt unschön
Schöne volle Körperformen
durch unser
„Hegro-Kraftpulver"
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Streng reell. Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.
Alsterlor-Apotheke, Alsterlor 1-3.
Löwen-Apotheke, Altona, Große Prinzenstr. 7.

Jeden Mittwoch und Freitag
Sonderfahrten
nach dem
Kaiser-Wilhelm-Kanal
nach Burg in Dithmarschen mit dem
Salondampfer Königin Luise
Interessante Durchschleusung bei Brunsbüttel, 1 Stde. Kanalfahrt, Musik und Restauration an Bord.
Abfahrt 7½ Uhr morgens, St. Pauli-Landungsbrücken, Brücke 1.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 4.— M., (Kinder 2,50 M.)
Kartenverkauf an Bord und an den bekannten Vorverkaufsstellen.
Auskunft im Büro, Hamburg, Eckernförderstrasse 79, Elbe 5966.
Annahme von Fahrten nach sämtlichen Plätzen der Unterelbe.



Dieser Kautabak
ist der, den Sie schon längst gesucht haben, der „Echte Hanewacker".
Nicht zu süß und nicht zu herb, und nach Stunden noch immer würzig und sauber im Geschmack. Die besondere Mischung der Edel-Zutaten nach dem Original-Rezept, das nur G. A. Hanewacker, G. m. b. H. (erste Nordhäuser Kautabakfabrik, gegr. 1817) besitzt, und die langjährige Erfahrung ermöglichen es, das volle Aroma des Tabaks in seiner köstlichen Würze herauszuholen.
Der Kenner kauft deshalb nur den
„Echten Hanewacker"!
Generalvertreter und Fabriklager: G. Zimmermann, Hamburg 24, Mühlendamm 72. Telephon: Alster 9187.

Am 6. Juli verschied im 63. Lebensjahr der Direktor der Staatlichen Allgemeinen Gewerbeschulen für das männliche Geschlecht

Herr Otto Fabian.

Die unterzeichnete Behörde verliert in ihm einen hochbegabten und unermüdlich tätigen Beamten und Schulmann, dessen Organisationskraft bleibende Wirkungen hinterläßt und für die Zukunft noch große Erfolge versprach. Die Behörde wird ihm ein dauerndes dankbares Andenken bewahren.

Die Berufsschulbehörde.

Am Montag, 6. Juli, verschied nach längerem, mit unvergleichlicher Geduld ertragenem Leiden unser

Direktor Herr

Otto Fabian.

Durch seine vorbildliche Tätigkeit im Dienst, sein allzeit freundliches Wesen und seine nie versagende Hilfsbereitschaft hat er sich ein bleibendes Denkmal in unserer Erinnerung gesetzt.

Die Lehrer und Kanzleibeamten der Allgemeinen Gewerbeschulen

Plötzlich und unerwartet starb am 6. Juli, mittags 1½ Uhr, meine liebe Frau und unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Caroline Raven
geb. Braacker

im Alter von 61 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung am Donnerstag, 9. Juli, nachmittags 3—3½ Uhr, auf d. Friedhof am Bornkamp, Altona.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Wilhelmine Rieckhof

sagen wir allen Verwandten, Bekannten, den Einwohnern des Hauses Röhrendamm 208, der Familie Hassel, insbesondere meinen Mitarbeitern und Arbeiterinnen der Firma Bischoff & Rodatz, dem Sparklub Fidel von 1921 sow. dem Gemeinnützigen Bestattungsverein für die gute Ausführung unsern aufrichtigsten Dank. **Carl Rieckhof nebst Kindern.**

Als

Arzt und Geburtshelfer

habe ich mich niedergelassen.

Sprechzeit: Reeperbahn 114, Telephon: D 2, 7527, 11—1½ und 6—7 Uhr (außer Sonnabends)

Sprechzeit: Klosterallee 39, Telephon: Alster 5782. — nach Vereinbarung. —

Dr. Kurt Michaelis.

Hersteller zahlt 100 Mk., wenn **Kampolda** nicht in 1 Minute bei Mensch und Tier Kopf-, Kleider-, Filz- **Läuse** (Brut) vertilgt. **Keine Wanze mehr.** Einm. Anw. **Kampolda** (B) empfehlen: Drogerien Reeperbahn 74; **Barmbeck:** Nachtigallenstraße 10 und Fuhlsbüttelerstraße 125; **Eimsbüttel:** Lindenallee 40; **Altona:** Schumacherstraße 27 und Holstenstraße 135.

Sommer-Ausverkauf

vom 1. bis 14. Juli in unseren Spezialgeschäften

Gardinen Böhm

Die billigen Ausverkaufswaren
sind mit roten Preiszetteln versehen und auf Extra-Tischen ausgelegt.

Auf alle übrigen Waren 10% Rabatt.

in Hamburg:
1) Steindamm 82
2) Speersort 22
3) Neuerwall 63-67
4) Hamburgerstraße 53
5) Vierländerstraße 4
in Altona:
6) Schulterblatt 113
7) Gr. Bergstraße 92

Große Posten

teils leicht angestaubte Schnittreste, abgepaßte Gardinen, Garnituren und Bettdecken

zu ganz bedeutend herabgesetzten Ausverkaufspreisen

Gardinen Meterware abgepaßte Gardinen Spannstoffe Künstler-Garnituren Bettdecken 1- u. 2bettig	Scheibengardinen Meterw. u. abgepaßt, m. u. ohne Vol. Madras-Garnituren hell und dunkel Madras Meterware hell und dunkel 130 cm breit	Etamine-Garnituren Spachtel-Halbstores Meterware und abgepaßt Spachtel-Garnituren Spachtel-Bettdecken	Dekorationsstoffe uni u. gemustert Möbelstoffe Schweizer Mulle bedruckte Satins	Handdruckstoffe Handarbeit-Decken in Tuch u. Leinen Klöppel u. Filet Venice u. s. w.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken Gustav Böhm & Co.

Jugend-Liederbuch
AUER & CO.

Oeffentl. Protestversammlung

der Lebensmittel-Einzelhändler

am Donnerstag, 9. Juli, abends 8½ Uhr im Conventgarten.

Einzelhändler sämtlicher Lebensmittelbranchen von Hamburg, Altona und Wandsbek!

!!! Heraus zur großen Protestversammlung !!!

gegen die in mehreren Tageszeitungen veröffentlichten Behauptungen, daß der Kleinhändler der Preisdiktator und der allein Schuldige an den steigenden Preisen sei.

Bekannte Persönlichkeiten des Hamburger Wirtschaftslebens haben sich als Referenten zur Verfügung gestellt. — Deshalb heraus „hinter dem Ladentisch", alle Lebensmittelhändler, und hin zur Protestversammlung!

Verein der Fettwaren- und Delikatessenhändler Hamburg-Altonas von 1887.
Schlachterinnung Hamburg.
Bäckerinnung Hamburg.
Konditorinnung Hamburg.
Hamburger Detail-Milchhändler-Verband.
Verein der Frucht- und Gemüsehändler von Hamburg und Umgegend von 1891.
Verein der Brothändler von Groß-Hamburg.
Verein der Fischhändler von Hamburg-Altona u. Umgegend v. 1893.
Verein Hamburg-Altonaer Eierhändler von 1881.
Verband der Wild- und Geflügelhändler Hamburg-Altonas und Umgegend.
Reichsverband der Schokoladengeschäftsinhaber Deutschlands, Gau Hamburg.
Verein der Fettwaren- und Delikatessenhändler zu Altona und Umgegend.
Altonaer Detaillisten-Verein der Kolonialwarenbranche von 1872.
Schlachterinnung Altona.
Bäckerinnung Altona.

DIE NIBELUNGEN IM LESSING THEATER

Wir haben uns entschlossen, dieses größte und erfolgreichste deutsche Filmwerk noch einmal zur Aufführung zu bringen und zwar:

1. Film: Siegfried

Von Freitag, den 10., bis Donnerstag, den 16. Juli.

2. Film: Kriemhilds Rache

Von Freitag, den 17., bis Donnerstag, den 23. Juli.

Näheres morgen!

Komödienhaus.
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel der Niederdeutschen Bühne:
Gastwirt Göbel
oder Der Petroleum-König von Poppenbüttel.
Ein lustiges Stück von Wroosk.
Titelrolle: Richard Ohnsorg.

Klein. Lustspielhaus
Täglich 8 Uhr:
Madame gastiert.

Carl Schultze-Theater.
Täglich 8 Uhr
Nur noch 7 Aufführung.
Der große Betrug
Kleine Sommerpreise 55 ₰ bis 3.50 ℳ.

Schiller-Theater.
Donnerstag, Freitag, 8, letzte Aufführungen: Gastspiel Georg
Tucher
Hübsches Mädchen zu verschenken.
Ab Sonnabend, täglich 8 Uhr:
Sherlock Holmes.

Ernst Drucker-Theater. 8 Uhr
Nur bis 15. Juli:
Minna von Barmbeck

Kleine Sommerpreise 60 ₰ bis 6.50 ℳ.

Hbg. Volks-Oper
Donnerstag, 8 U.:
Anneliese
i. d. Premierenbesetz.

Freitag, 7½ Uhr:
Die Fledermaus
i. d. Festbesetzung.

Sonnabend, 4 U.:
50 ₰ bis 3 ℳ.
Carmen

Sonnabend, 7½
Sonntag, 4½,
Montag, 7½ U.:
Gräfin
Mariza
i. d. Premierenbesetz.

Sonntag, 1½ Uhr:
50 ₰ bis 3 ℳ.
Gastsp. Ferdinand
Schneider
Fidelio.

Sonntag, 8 Uhr:
Der Vogelhändler

Flora-Theater
Meisterboxer SU.

Schlank macht jung

die passende Fasson für starke und schlanke

Schneider-Mäntel in Herrenfasson

in Rips, Covercoat, Burburry, Donegal, Mouliné bringen wir

in unserem großen Sensationsausverkauf — 1. bis 14. Juli — 60% ermäßigt.

trotz der äußerst modernen Fasson bis zu

Ein Beispiel:

Burburry-Mäntel in den gesuchten Sportfarben reine Wolle **19.85**

Herrengemäß verarbeitet mit schrägen Taschen und tief eingelegten Falten

Damenkonfektionshäuser

Heidmann & Co.

Hammerbrookstr. 90 u 92 a. 2 Min von Hochbahnstat. Süderstraße 5 M. v. Bahnh. Berlinertor.

Stadthalle.

Jeden Donnerstag bei günstiger Witterung:

Gr. Brillant-Feuerwerk

Am 9. Juli:

Extra-Konzert

des Wandsbeker Blas-Orchesters. Musikdirektor: P. Sippel (ehem. Husaren 15).

10. Juli: Konzert des Vereins „Quartett Barmbeck". 11. Juli: Konzert des Hansen-Tebel-Chors.

Eintritt 50 Pfennig.

Nordhalle: **Tanz.** / Südhalle: **Bierfest.**

Nach

Cuxhaven

mit dem Salon-Schnelldampfer „CUXHAVEN" ex „Willkommen", 1250 Personen fassend, Restauration Hermann Jolant Zum Münchener Löwenbräu.

ab Brücke 3

Werktags vorm. 8½ Uhr, Sonntags vorm. 7½ Uhr

	an Cuxh.	ab Cuxh.	an Hbg.
Do. 9. Juli	1.40	5	10
Fr. 10. „	12.45	5	9
Sb. 11. „	12.30	5	8.45

Musik an Bord.

Preis 5 ℳ für Hin- und Rückfahrt, Kinder die Hälfte. Gültig für die ganze Saison.

Karten im Vorverkauf: bei den bekannten Vorverkaufsstellen, in der Schalterhalle d. Hamburg-Stade-Altländer-Linie, St. Pauli Landungsbrücken zw. Brücke 3 und 4 und am Tage der Fahrt an Bord der „Cuxhaven".

Blankeneser u. Stader Dampfer

fahren ab St. Pauli-Landungsbrücken, Brücke 3 von Hamburg nach Blankenese, Freibad Wittenbergen, Schulau,

zur Kirschenzeit nach Lühe, Twielenfleth, Brunshausen, Stade.

Werktags:

Vorm. 9=, 10, 11†, 12†, nachm. 1=, 2, 3*, 4†, 5=, 6=, 7 nach Kollmar und Wischhafen Dienstags und Freitags nachm. 4 von Wischhafen Mittw. u. Sonnabends vorm. 6 von Stade vorm. 7¹⁰§, nachm. 2½, 5¾ von Brunshausen vorm. 5¼, 7¾§, nachm. 3, 6 von Lühe vorm. 6, 8½§, nachm. 4¹⁰, 6¼, 7½ von Schulau vorm. 6¼, 8¾§, nachm. 12¾, 1¾, 4½, 6½, 7½ von Wittenbergen vorm. 6½, 9§, 11, nachm. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 von Blankenese vm. 6¾, 9½§, 11½, nachm. 1½, 2½, 3¹⁰, 4½, 5½, 6¹⁰, 7¹⁰, 8½, 9½

= nur bis Wittenbergen, † nur bis Schulau, * nur bis Lühe, § nur Mittwochs und Sonnabends.

Aenderungen vorbehalten.

Hamburg-Stade-Altländer-Linie.
St. Pauli Landungsbr. 4
Tel.: Hansa 2984, Vulk. 6768

Thalia-Theater.
Donnerstag, 8 Uhr
Freitag, 8 Uhr
Sonnabend, 8 Uhr
Sonntag, 8 Uhr
Gastspiele
Tairoffs Moskauer Kammertheater
Girofle Girofla
Operette in 3 Akten. von Argon und Aduoff. Musik von Lecocq.

Dtsch. Schauspielhaus
Täglich 7½ Uhr:
Gesamt-Gastspiel
der Haller Revue 1925
des Theaters im Admiralspalast Berlin, Direktion Hermann Haller, in Original-Besetzung und Ausstattung
Noch-Noch
Die größte Revue der Welt von Hermann Haller, Rideamus und Willi Wolf. Musik von Walter Kollo.

Sonntag, 12. Juli, nachmittags 3 Uhr: Fremdenvorstellung. Die ganze Vorstellung zu halben Preisen.

Operettenhaus
Täglich 8 Uhr:
Der größte Erfolg der Saison!
Die schwebende Jungfrau.
Schwank in 3 Akten.

Hbg. Kammerspiele
Donnerst., Freit., 8:
Gastspiel
Otto Wallburg
Die 2 letzten Abendaufführungen.
Das Konzert
Lustspiel von Bahr.
Sonnabend, 8 Uhr:
Gastspiel Otto
Wallburg
Otto der Treue
Schwank in 3 Akten.

Sonntag, 4 Uhr:
Parkett 1,50 ℳ.
Gastsp. O. Wallburg
Das Konzert

Präg Dir den Schornsteinfeger ein,
Er muß auf jeder Dose sein.
Du kaufst damit rein Terpentin,
In Schuhpolitur rein Extra Nigrin.

Billige Ferienfahrten
ab 30. Juni jeden Dienstag und Freitag nach

Cuxhaven hin und zurück **3 Mk.** Kinder 2 Mark

mit dem bekannten Salon-Schnelldampfer **„Delphin"** 400 Pers. fass., gr. Promenadendeck, Rauchsalon, Musik u. Restaurant an Bord, Abfahrt 7.30 Uhr morg. v. Hamburg-St. Pauli, Brücke 1. Rückfahrt erfolgt so früh, daß Anschluß an Hochbahn und elektr. Bahnen erreicht werden kann. Rückfahrkarten von Cuxhaven haben während der Saison Gültigkeit. **Karten im Vorverkauf** sind zu haben: Käse, Alsterarcaden, Timm, Zig.-Gesch., St. Pauli-Landungsbrücken, Alster 2115, u. Baumkamp 31 (Winterhude), Diehl, Johannisbollwerk 14, Reisebureau, Jungfernstieg, A. de Mas, Lappenbergsallee 9, Oscar Wichers, Steindamm, Reisebureau Schnieder, Altona, Hauptbhf., Carl König, Altona, Königstraße 30, Kasse der **Harburger Dampfer,** Brücke 1, St. Pauli.

Schmiedelehrling
gesucht.
F. Janke, Ekhoffstraße 7.

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½ u. Stgs. a. 3 U.
„Vater Rhein"

das
Rheinland-Festspiel
des Circus Busch
10 Akte v. Ad. Steinmann
Große Schluß-
Wasser-Apotheose
Vorher das neue
Juli-Circusprogr.
u. a.
Die Dame auf Gläsern in der Luft,
Neue Gladiatorensp.,
Alt-Holland a. Reisen.

Stellenangebote

Suche intelligente **Facharbeiter** für Bearbeitung von **Muschel-Rohware** und biete gute Bezahlung. Schriftliche Angebote unter **H. L. 9975** an **Rudolf Mosse, Hamburg 1.**

Radio-Literatur führt in großer Auswahl die

Buchhandlung Auer & Co.
Fehlandstraße 11.

PRODUKTION

Große

Konsumgenossenschaftliche Kundgebung

am Sonntag, dem 12. Juli im Zoologischen Garten

Der Garten wird um 6 Uhr morgens geöffnet

Eintrittskarten zu 10 Pfennig

sind erhältlich in unsern sämtlichen Verkaufsstellen. Wegen des großen Andranges empfiehlt es sich die Karten im Vorverkauf zu holen. Die Karten berechtigen nur bis 12 Uhr mittags zum Betreten des Gartens Von den einzelnen Bezirken finden Umzüge nach dem Zoologischen Garten statt. In den Verkaufsstellen hängen Plakate, auf denen Zeit und Sammelplatz für diese Umzüge angegeben sind

der Infizierung der deutschen Konsumgenossenschaften. Es wird gesagt, soweit der Zentralleitung bekannt sei, hätte nur noch ein einziger Konsumverein, und zwar der zu Gotha, einen kommunistischen Vorstand. Die kommunistischen Vorstandsmitglieder der Konsumgenossenschaften in Weißenfels und Naumburg sind aus der Partei ausgeschlossen, weil sie ihr Amt an nicht kommunistisch organisierte Genossenschafter abgegeben haben, da sie in edler Selbsterkenntnis durch ein Verbleiben im Vorstand die Konsumgenossenschaften für geschäftlich gefährdet hielten. Die Versuche der Berliner Kommunisten, in der Berliner Konsumgenossenschaft Oberwasser zu gewinnen, sind vorbeigelungen. Das ist der kommunistischen Parteizentrale besonders auf die Nerven gefallen, da von der 3. Internationale augenblicklich die kommunistische Durchsetzung der Konsumgenossenschaften mit Nachdruck verlangt wird.

Besonders beachtenswert sind die Mitteilungen über die Tätigkeit der KPDisten in den Gewerkschaften. Es wird hervorgehoben, daß noch auf dem Berlin-Brandenburger Bezirksparteitag die Arbeit der kommunistischen Zelle parteiamtlich als „Schlamperei" und als hundsmiserabel bezeichnet wurden.

Die Bestrebungen der Kommunistischen Partei, in den Betrieben sogenannte Arbeiterdelegationen für Rußland wählen zu lassen, bekommen durch den Bericht ein besonderes Gesicht. Das Ziel sei, eine neue Meinungsverschiedenheit in die deutsche Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen. Die KPD. hat sich mit der Tatsache abgefunden, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich keine potemkinschen Dörfer wird vormachen lassen. Die Zentralleitung rechnet vielmehr, daß der Breslauer Gewerkschaftskongreß eine besondere, von den Kommunisten unabhängige Studienkommission einsetzen wird. Daran möchte die KPD. partizipieren und sie weist darauf hin, daß sie zu diesem Zwecke durch ihre Anhänger dem Breslauer Gewerkschaftskongreß 6 Personen präsentieren wird. Davon soll je ein Delegierter dem AEG.-Konzern, dem Siemenskonzern und den städtischen Werken in Berlin angehören. Die Versuche, trotzdem aus den Betrieben Delegationen nach Rußland zu entsenden, sollen nicht aufgegeben werden. Die Kosten der Entsendung werden mit 500 ℳ für jeden Delegierten in Ansatz gebracht. Es wird in dem Bericht ferner gesagt, daß diese 500 ℳ nur ein Teil dessen darstellen wird, was die Delegierten gebrauchen, und es wird versichert, daß der Mehrbedarf von Moskau aus bestritten werden muß und wird.

Die kommunistische Presse entwickelt sich nach dem Bericht immer mehr zu einem finanziellen Schmerzenskind der KPD. Es wird ihr nachgesagt, durch mangelhafte Geschäftsführung eine für die Partei untragbare Schuldenwirtschaft hervorgerufen zu haben. Den kommunistischen Redakteuren wird zum Teil das Zeugnis ausgestellt, dem Geistesleben der deutschen Arbeiter fremd und verständnislos gegenüber zu stehen. Starke und drohende Worte sind in dem Bericht gegen die Bezirksleitungen ausgesprochen, die ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen und damit die Partei dem finanziellen Ruin näherbringen.

Alles in allem: Dieser Geheimbericht, dessen Vorhandensein bei den Grundsätzen der Kommunistischen Partei, Verschweigung der Wahrheit und der politischen Lüge, bestritten werden wird, veröffnet den begrüßenswerten Ausblick, daß die Kommunistische Partei reif zum Kurs ist!

Arbeitsrecht

Der Arbeitgeber haftet für den Schaden, der den Arbeitnehmern dadurch entsteht, daß er sich nicht längere Zeit vor Schließung des Betriebes mit dem Betriebsrat ins Benehmen gesetzt hat. (§ 74 BRG.)

Der Tatbestand ist folgender: Das zirka 100 Köpfe betragende Personal eines Kaffeehauses wurde insgesamt mit vierzehntägiger Frist wegen Schließung des Betriebes gekündigt und entlassen.

Es wurde Klage beim Arbeitsgericht erhoben auf Fortzahlung des Lohnes an die Angestellten für weitere 4 Wochen, weil sie in der rechtzeitigen Verwendung ihrer Arbeitskraft verhindert waren, weil der Arbeitgeber es unterlassen hatte, sich längere Zeit vor der Schließung des Betriebes mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen.

In der Verhandlung behauptete der Arbeitgeber, daß er dem Vorsitzenden des Betriebsrates, bereits Monate vor der tatsächlichen Schließung des Betriebes, die Absicht und das Datum der Schließung mitgeteilt habe. Der Betriebsratsvorsitzende konnte sich an eine solche Mitteilung nicht erinnern.

Das Arbeitsgericht nahm den Standpunkt ein, daß selbst, wenn eine solche Mitteilung an den Betriebsratsvorsitzenden erfolgt sei, dies kein ins Benehmen setzen im Sinne des § 74 des Betriebsrätegesetzes sei, es hielt daher den Schadenersatzanspruch der Arbeitnehmer dem Grunde nach für berechtigt, verlangte jedoch den Nachweis, ob den Arbeitnehmern nach Lage des Arbeitsmarktes ein Schaden dadurch entstanden sei, weil die Geschäftsleitung es unterlassen hatte, gemäß § 74 BRG., sich mit dem Betriebsrat längere Zeit vor Schließung des Betriebes in Verbindung zu setzen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis war um Auskunft ersucht worden, ob der Kläger bei Schließung des Betriebes anderweitig Arbeit bekommen hätte, wenn ihm längere Zeit und nicht erst 14 Tage vorher von der stattfindenden Schließung des Betriebes Mitteilung gemacht worden wäre.

Der öffentliche Arbeitsnachweis hat die Frage dahin beantwortet, daß für Aushilfen im Gastwirtsgewerbe immer Nachfrage vorhanden sei, hat aber nicht bestätigt, daß Kläger zweifellos bei Schließung des Betriebes anderweitig Stellung bekommen haben würde, wenn er sich schon 6 Wochen vorher zur Vermittlung gemeldet hätte.

Das Gericht nahm in seiner Begründung als selbstverständlich an, daß bei einer längeren Meldefrist größere Aussicht auf Erlangung einer Stellung besteht, kam aber dennoch zu einer Abweisung der Schadenersatzansprüche, weil nach der Auskunft des Arbeitsnachweises nicht gesagt ist, daß infolge der kurzen vierzehntägigen Frist eine Stellenvermittlung zu dem in Betracht kommenden Termin verhindert wurde.

Die Auskunft des Arbeitsnachweises fordert unbedingt zur Kritik heraus. Nach Lage des Arbeitsmarktes hätte der Arbeitsnachweis die Frage unbedingt dahin beantworten müssen, daß der Nachweis einer Stellung mit Sicherheit erfolgt wäre, wenn eine Bewerbungsfrist von 6 Wochen zur Verfügung gestanden hätte, daß hingegen bei nur vierzehntägiger Frist der Nachweis einer festen Stellung in den meisten Fällen unmöglich ist, um so mehr, wenn infolge Schließung eines größeren Betriebes die Zahl der Bewerber plötzlich stark vermehrt wird.

Diese Auskunft hätte der Arbeitsnachweis ohne Bedenken geben können, anstatt sich so unbestimmt und unklar auszudrücken wie es geschehen ist und zur Abweisung der Klageansprüche geführt hat.

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeitslosenversicherung.

Die jetzt mit Beitragspflicht verbundene Erwerbslosenfürsorge wird immer unhaltbarer. Mit Recht fordern die Gewerkschaften die gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Ein erster Entwurf über eine Arbeitslosenversicherung hat die Presse und auch den Reichswirtschaftsrat bereits 1922 beschäftigt. Jetzt ist ein neuer Entwurf im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet. Bureaukratische Geheimniskrämerei hält den Entwurf aber noch geheim, angeblich, weil die Bundesstaaten noch nicht sämtlich Stellung zum Entwurf genommen haben. Aber mit Recht fordert die Gewerkschafts-Zeitung die Bekanntgabe des Entwurfes, damit die Gewerkschaften die Diskussion darüber eröffnen können. Wir sind auch der Ansicht, daß nicht frühzeitig genug in die Diskussion über die Grundfragen der Arbeitslosenversicherung eingetreten werden muß, um das Gesetz einigermaßen mit den Wünschen und Anschauungen der Gewerkschaften in Einklang zu bringen.

Gewerkschaften und Auswanderung.

Ein Zeichen, daß die Konjunktur sich noch nicht ernsthaft und dauernd gebessert hat, ist die immer noch sehr hohe Arbeitslosenziffer. In diesem Zusammenhange spielt die Auswanderungsfrage eine große Rolle. Denn es wandert aus, wer in der Heimat kein angemessenes wirtschaftliches Dasein findet. Dies ist wenigstens das Motiv bei vielen Auswanderern. Ueberseeische Auswanderer hatten wir 1919: 3000; 1920: 10 000; 1921: 25 000; 1922: 37 000; 1923: etwa 120 000. Ohne Zweifel würde die Auswanderung noch wesentlich größer sein, wenn nicht die Länder mit starker Einwanderung, vor allem Amerika, die Einwanderung erheblich erschwerten. Diese starke Auswanderung ist auch ein gewerkschaftliches Problem. Denn es sind in der Regel die tatkräftigsten Menschen, die die Energie zur Auswanderung aufbringen, und zum weiter überwiegenden Teil solche, die auch in den Gewerkschaften ihren Mann gestanden haben.

Amnestie.

Die kommunistische Presse schreit täglich nach Amnestie. Die Führer der kommunistischen Betriebszellen rufen in den Betriebsversammlungen: Amnestie! In Gewerkschaftsversammlungen wurden ellenlange Resolutionen mit der Forderung nach Amnestie eingebracht. Amnestie? Jawohl, Amnestie! Auch die Gewerkschaften sind für die Amnestie, aber nicht nur für Deutschland. Auch Amnestie in der Sowjetrepublik Rußland. Hunderte und aber Hunderte schmachten in den Zwingburgen des alten zaristischen Reiches. Tausende von Gewerkschaftern hausen in den Gruben Sibiriens. Ihr Verbrechen bestand in freier, von den Sowjetbehörden unabhängiger Gewerkschaftsbetätigung. Sie sind nur deshalb Opfer der sprichwörtlichen Brutalität der russischen Sowjetjustiz, weil sie als aufrechte, denkende Männer, eben befreit vom Sklavenjoch des Zarismus, sich nicht in die ebenso harte Knechtschaft der kommunistischen Sowjetbureaukratie begeben wollten. Amnestie? Jawohl, die Gewerkschaften sind für Amnestie in Rußland und Deutschland. Der Ruf der Kommunisten: Heraus mit den politischen Gefangenen! muß das stärkste Echo wecken: Heraus mit den Gewerkschaftern aus den russischen Kerkern!

Alle Gewerkschafter

müssen am 12. Juli, vormittags, an der

Konsumgenossenschaftlichen Kundgebung

im **Zoologischen Garten** teilnehmen. Es gilt, ein wuchtiges Bekenntnis für den

Gedanken der Gemeinwirtschaft

abzulegen, dem die Konsumgenossenschaftsbewegung zum Siege verhelfen will.

Eintrittskarten zu 10 Pfennig sind in allen Verkaufsstellen der „Produktion" zu haben. Sie berechtigen zum Eintritt bis 12 Uhr mittags.

Jeder Gewerkschafter muß auch Konsumgenossenschafter sein!

Aus dem Unternehmerlager

Internationale Verbindungen der Industrie.

Die Verflechtung der deutschen Industrie mit der ausländischen schreitet fort. Für heute seien hier weitere Fälle notiert: Zur Förderung der internationalen Luftschiffahrt wurde in Berlin die Union Komm.-Ges. auf Aktien errichtet. Der Gesellschaft gehören Unternehmungen aus Deutschland, Schweden, Finnland, Lettland, Estland, Oesterreich, Dänemark und der Schweiz an. — Ein neu errichtetes deutsches Zündholzsyndikat verhandelt mit polnischen, tschechischen und skandinavischen Fabriken über Absatzverteilung und einheitliche Festsetzung der Preise. — Einer Tagung der französischen Stickstoffindustrie in Paris wohnten Vertreter aus Deutschland, Belgien, Holland, England und Italien bei. Es soll eine Produktions- und Arbeitsgemeinschaft zwischen den einzelnen Ländern herbeigeführt werden. — Das deutsche Unternehmen Dauchhammer-Rheinmetall verständigte sich mit einer Fabrik in Paris, die die gleichen Produkte herstellt, über gemeinsame Produktion und gemeinsame Absatzgebiete in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern. — Die internationale Schlaf- und Speisewagengesellschaft in Brüssel beteiligte sich an der Mitteldeutschen Schlaf- und Speisewagengesellschaft (Mitropa) in Berlin mit einem Aktienkapital von 25 Prozent. Ein engeres Einvernehmen und gegenseitige Uebernahme der Wagen an der Grenze soll wieder wie vor dem Kriege herbeigeführt werden.

Gewerkschafts-Bibliothek

Besenbinderhof 57, 3. Stock, Zimmer 26

Geöffnet: Mittwochs und Freitags von 4½ bis 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung in Groß-Hamburg

Jugendleitersitzung am 1. Juli 1925.

Markart gibt die Tagesordnung der **Dritten Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen** am 6. und 7. August in Hamburg bekannt und gibt Erläuterungen dazu. Da es sich um eine Arbeitskonferenz handelt soll, muß fruchtbare Arbeit für die künftige Tätigkeit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung erwartet werden. Der erste Punkt: Unsere Jugendarbeit seit dem Leipziger Gewerkschaftskongreß, wird nicht nur ein Rechenschaftsbericht der geleisteten Arbeit sein können. Eine Reihe organisatorischer Fragen werden abschließend besprochen werden müssen, wenn überall, nicht nur in den größeren Orten, reges Leben herrschen soll. Das zweite Referat: Jugend und Beruf, wird mehr problematisch sein. Immerhin dürfte es Anzeichen geben, wie unter Würdigung der volkswirtschaftlichen Veränderungen die Jugend zum Berufsgedanken zu stehen hat. Der dritte Punkt, Gewerkschaften und Berufsschule, soll die planmäßige Mitarbeit der Gewerkschaften vorbereiten. Wir Hamburger können uns nur freuen, daß endlich die Wichtigkeit des Berufsschulwesens anerkannt ist und es gefördert werden soll. Dem vierten Punkt, Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung (auf Grund des neuen Gesetzentwurfes), wird erhebliches Interesse geschenkt werden müssen. Nicht nur, um die Gesetzgebung zu beeinflussen, sondern auch, um alles vorzubereiten, eine gute, praktische Anwendung sicherstellen.

Die Aussprache war lebendig und getragen von einer Fülle von Anregungen und Wünschen, die auf der Konferenz vertreten werden sollen. Dieses Material zu verarbeiten und der am Donnerstag, 16. Juli, stattfindenden Vollversammlung zu unterbreiten, wurde einer Siebener-Kommission übertragen.

Die Konferenz soll durch eine schlichte Empfangsfeier am Mittwoch, 5. August, abends, im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eingeleitet werden. Zur Demonstration besonderer Eigenarten unserer Hamburger Arbeit wird eine kleine Ausstellungsecke zu veranstalten sein. Der zweite Punkt der Tagesordnung, „Organisationsfragen", rief das lebhafte Verlangen wach, wieder, wie ehemals, planmäßige Zusammenarbeit und regelmäßige Zusammenkünfte zu veranstalten. Die Niedrigkeit der Lehrlingsentschädigung in vielen Berufen wurde gegeißelt und ein Vorgehen für Erhöhung der Sätze gefordert. Dem Antrage der Holzarbeiterjugend, in nicht allzu großer Entfernung von Hamburg ein Ferienheim mit Unterkunftsmöglichkeit für unsere wandernde Jugend zu errichten und die erforderlichen Schritte dafür einzuleiten, wurde zugestimmt.

Besprechungen.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands,

der bekanntlich in der letzten Juliwoche in Hamburg seinen Verbandstag abhält, hat soeben über das Jahr 1924 einen Tätigkeitsbericht herausgegeben. Aus ihm ergibt sich, daß die Mitgliederzahl am Schlusse des verflossenen Jahres rund 54 000 betrug. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist überwiegend, die Fluktuation stark. Der Verband gliedert sich in 174 Zahlstellen und 13 Gaue. Die Unterstützungseinrichtungen sind zahlreich und gut ausgebaut. Die Agitation ist, wie dem Bericht beigegebene Dokumente beweisen, mit Hochdruck und nennenswertem Erfolg betrieben. Die kommunistische Sonderorganisation der Buchbinder in Berlin hat sich als schwerstes Hemmnis für den Wirtschaftsaufstieg der Buchbinder und Papierverarbeiter erwiesen. Durch Reichstarifverträge, die von beachtenswerter Klarheit sind, hat der Verband die Arbeitsbelange seiner Mitglieder bestmöglich gesichert. Auch diese Organisation hat es in der kurzen Zeit nach der Stabilisierung verstanden, sich ein beträchtliches Kapital aufzusammeln, das bei Wirtschaftskämpfen sicherlich ein starkes Rückgrat geben wird.

Verantwortlich: John Ehrenteit, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, dritter Stock.

Die freie Gewerkschaft

Offizielles Mitteilungsblatt des ADGB., Ortsausschuß Groß-Hamburg

(Sonderbeilage des „Hamburger Echo")

4. Jahrgang | Mittwoch, 8. Juli 1925 | Nummer 28

Zum Holzarbeiterkampf.

Ein Rückblick und Ausblick.

Der soeben in der Holzindustrie beendete Lohnkampf hat im Rahmen seiner zuständigen Organisation wie auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung eine hohe Bedeutung. Großkämpfe für die einzelnen Industrien sind, gemessen an der Entwicklung der Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital, nur noch innerhalb überraschend, als der graduelle Unterschied in Frage kommt. In diesem Rahmen pflegte bisher die Holzindustrie nicht zu rangieren. So ist es schon von diesem Gesichtspunkt aus ein Ereignis, daß auch diese Industrie mit in die Reihen derjenigen Industrien eingetreten ist, in denen das Kapital durch groß angelegte Machtkämpfe versucht, der beteiligten Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Daß diese Versuche, die sich sicher fortsetzen werden und die ebenso sicher nicht in den Köpfen der maßgebenden Führer der Arbeitgeber des Holzgewerbes allein geboren sind, sondern deren Hintermännern in den zentralen Arbeitgeberorganisationen zu suchen sind, nicht praktisch zum Ziel führen können, liegt daran, daß die Inspiratoren und ihre Nachbeter die derzeitige Struktur des Holzgewerbes durchaus verkennen, die nicht dazu geeignet ist, solchen Machtkämpfen Vorschub zu leisten.

Zwar liegt für die Gliederung zur Zeit ebenso wenig zuverlässiges Material vor wie für andere Industrien. Die Ergebnisse der Gewerbezählung von 1907 bieten zur Beurteilung der Verhältnisse keinen genügenden Anhalt mehr; aber sicher ist, daß sich die Wirtschaftsgrundlage für das Holzgewerbe sehr erheblich verschoben haben wird. Die neueren Ergebnisse der Gewerbezählung werden aufweisen, daß zwar immer noch erheblich der Kleinbetrieb vertreten sein wird, daß aber starkes Wachstum erfahren haben werden die Kategorien der mittleren und der Großbetriebe, und daß insbesondere die technische Entwicklung sich ausdrücken wird in einer starken Zurückdrängung der Betriebe, die „vor der Hand", d. h. ohne Maschine, arbeiten. Die technische Vervollkommnung der Holzbearbeitungsmaschinen hat inzwischen starke Fortschritte gemacht, so daß Hand in Hand mit dieser die Produktionsgrundlagen sich stark verändert haben. Die Zerlegung der Arbeit in Teilarbeit ist insbesondere in der Möbelfabrikation in sehr hohem Maße bereits durchgeführt. Ihre Auswirkung ist eine starke Steigerung der Produktionsmengen, die ihrerseits wiederum starke Konkurrenz auslöst. Aehnlich liegen die Dinge in der Herstellung von Bauarbeiten. Auch hier gestattet die Vervollkommnung der Maschinen durch Teilarbeit Massenproduktion.

Durch diese Entwicklung ist in der Holzindustrie bisher schon der Facharbeiter verdrängt worden vom ungelernten und angelernten Arbeiter; auch die Frauenarbeit hat in immer stärkerem Maße Eingang gefunden. Alle Merkmale der neuzeitlichen Entwicklung finden wir auch in der Holzindustrie vertreten, wenn sich auch diese Entwicklung nur langsam durchsetzt. Die Konzentration des Kapitals machte sich insbesondere in den Nachkriegsjahren durch Bildung von Aktien-Gesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Fusionen mehrerer Werke, Betriebsaufbau auf vertikaler Grundlage und ähnliche Transaktionen bemerkbar. In immer stärkerem Maße tritt neben damit an die Stelle des persönlich interessierten Unternehmers der bezahlte Angestellte, der Betriebsdirektor und der Syndikus.

Die stärkere Durchsetzung der Holzindustrie durch die Konzentrations- und Akkumulationsbestrebungen des Kapitals dürfte sicher mehr gefördert werden, wenn auch daneben immerhin, durch die Verhältnisse bedingt, starke Teile der Mittel- und Kleinbetriebe sich erhalten und behaupten werden. Diese Tatsache wird sich auch in Zukunft in der Gestaltung der Wirtschaftskämpfe immer stärker herausschälen. Der Gegensatz zwischen Industrie und Gewerbe kam schon beim verflossenen Lohnkampf stark zur Geltung, wenn nicht gar die Behauptung am Platze ist, daß durch den Gegensatz zwischen Industrie und Gewerbe die Absichten der führenden Unternehmer nicht voll zur Durchführung gekommen sind. Im Arbeitgeberlager kreuzen sich hier die Interessen begreiflicherweise sehr stark. Der Großbetrieb — oder sagen wir der größere Betrieb — mit seinen anders gearteten Interessen wird hier dem Kleinbetrieb zum Rivalen und umgekehrt.

Diese Umstände wirken sich auch in der Arbeitgeberorganisation aus. Eine in dem Maße einheitliche Organisation, wie sie in andern Industrien vorhanden ist, hat die Holzindustrie nicht zu verzeichnen. Allein schon die Vielgestaltigkeit der Industrie gestattet nicht, eine einheitliche Arbeitgeberorganisation aufzuziehen. Die verschiedenen Nebenberufe der Holzindustrie haben andere Interessen als der Hauptzweig, das Tischlergewerbe, in dem sich vornehmlich die Möbelfabrikation und die Herstellung von Bauarbeiten verdeckt. An Versuchen, eine solche einheitliche Arbeitgeberorganisation aufzuziehen, hat es nicht gefehlt. Der heutige „Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie" mit seinem Vorläufer „Arbeitgeberschutzverband" bemüht sich zwar andauernd, nach außen hin als Repräsentant der Hauptschichten des Gewerbes angesehen zu werden, jedoch ist sein Einfluß in den in Betracht kommenden Schichten nicht allgemein und einheitlich, noch weniger ist seine Größe mit seinem Alter gewachsen, vielmehr sehr von der Gestaltung der einzelnen Zeitverhältnisse abhängig geworden. Nur in einem Ziel ist er sich gleich geblieben: in der Bekämpfung der Arbeiterschaft.

Die Arbeitnehmerorganisation, der „Deutsche Holzarbeiterverband", ist die maßgebende Organisation der Holzindustrie überhaupt. Der noch vorhandene „Christliche Verband" ist von geringem Einfluß, noch weniger zählt der Hirsch-Dunckersche Splitter mit. — Von den reichlich 800 000 vorhandenen Mitgliedern entfallen auf das Gebiet, für das auch die Arbeitgeberorganisation zuständig ist, zirka 170 000 Mitglieder.

Die Kämpfe, die um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Vertragsbranchen — wie wir dieses Kampfgebiet in Hamburg nennen — geführt wurden, sind recht häufig, oftmals hartnäckig und ausgedehnt, aber auch erfolgreich gewesen. — Eines der Hauptkampfobjekte bildete von jeher die Regelung der Arbeitszeit. Es ist hier nicht der Platz, zahlenmäßige Vergleiche anzustellen, es sei nur angedeutet, daß schon in den Vorkriegsjahren in immer stärkerem Maße die vertraglich festgelegte und systematisch durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit einem immer größeren Teile der Holzarbeiter und in der Auswirkung seinen Nebenberufen zugute kam. War doch in einem erheblichen Teile der Großstädte vor Ausbruch des Krieges die tägliche Arbeitszeit auf 8½ Stunden und für gewisse Branchen noch weiter herunter vertraglich festgelegt. Diese Entwicklung ist durch den Krieg nicht unterbrochen und mit dessen Beendigung erneut fortgesetzt worden. Gegenüber der gesetzlich festgelegten 48stündigen Arbeitszeit verzeichnete bald eine ganze Reihe von Orten und Berufen die 47-, 46- und sogar auch 44stündige Wochenarbeitszeit.

Die gerade in der Holzindustrie überaus traurigen Wirtschaftsverhältnisse in der Uebergangszeit von der Inflation zur Deflation haben nicht vermocht, den bis aufs äußerste angespannten Bestrebungen der Arbeitgeber, die Arbeitszeit im gewünschten Maße zu verlängern, zum Erfolge zu verhelfen. Die langwierigen, ausgedehnten und opferreichen Kämpfe des Jahres 1924 zeugen von der Widerstandskraft der Arbeitnehmerorganisation und ihrer Mitglieder, wie auch die Festsetzung der Arbeitszeit in weit günstigerem Maße vor sich ging als in einer Reihe anderer Industrien.

Für die Vertragsbranchen des Holzgewerbes ist grundsätzlich die 48stündige Arbeitszeit anerkannt, jedoch nach den betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Mehrarbeit bis zu drei Stunden zugelassen. Diese Mehrarbeit tritt praktisch nicht in die Erscheinung. Zur Zeit liegen bezüglich der Arbeitszeit die Bestimmungen vertraglich fest bis 15. Februar 1926. Fragen der Arbeitszeit schieden also bei dem verflossenen Kampfe vollkommen aus.

Die Regelung der Arbeitsvermittlung ist ein weiteres Kampfgebiet des Holzarbeiterverbandes, auf dem mit Erfolg gekämpft wurde. Es sei an dieser Stelle nur erinnert an den hier in Hamburg im Jahre 1911 33 Wochen währenden Kampf um die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises. Auch hier ist der Holzarbeiterverband bahnbrechend geworden.

Kämpfe um die Regelung der Löhne sind, oftmals in Verbindung mit Arbeitszeit- und sonstigen Fragen, nicht minder zahlreich gewesen. Auch hier ließ es sich der Holzarbeiterverband sehr angelegen sein, vertraglich die einzelnen Lohnbedingungen festzulegen. Sein Ziel war und ist, für die deutschen Holzarbeiter in möglichster Einheitlichkeit und nach Wirtschaftsgebieten abgestuft Gleichmäßigkeit der Löhne herbeizuführen, was am klarsten zum Ausdruck kommt in seiner Forderung auf Schaffung eines Reichstarifes. Schon in der Vorkriegszeit ist planmäßig auf dieses Ziel hingesteuert worden. Die vielen früher bestandenen örtlichen Einzelverträge wurden nach und nach in Gruppen mit einheitlichen Ablaufsterminen zusammengefaßt, diese einzelnen Gruppen vermindert, so daß an dieser Entwicklung nach Beendigung des Krieges eingesetzt werden konnte. Das Jahr 1920 brachte den Reichstarif mit zentraler Lohnbildung; aber bereits 1921 wurde derselbe wieder gekündigt.

Inzwischen im Arbeitgeberverband aufgetretene Strömungen predigten „die Lohnbildung in der Heimat" und stützten sich dabei auf die damals bereits stark in die Erscheinung getretenen Inflationswirkungen. Die Folge war die Schaffung des Reichsmantelvertrages mit Landestarifverträgen und bezirklicher Lohnbildung, die bis zum Februar vorigen Jahres Gültigkeit hatten. Der Arbeitgeberverband bildete sich zwar damals ein, unsern gesamten Vertragsaufbau zerschlagen zu können, verhinderte zwar die Wiedererstehung des Reichsmantelvertrages; die Schaffung von neuen Bezirksverträgen auf dem Wortlaut nach einheitlichen Grundlage konnte er nicht verhindern.

Der Holzarbeiterverband war im Laufe des Jahres trotz der ausgedehnten Kämpfe verhältnismäßig rasch wieder erstarkt und konnte seine alte Aufgabe: Verbesserung der Lebenshaltung seiner Mitglieder, mit verstärkter Kraft wieder aufnehmen, was ihm bereits im Jahre 1924 in zum Teil erheblichem Maße gelang und im Jahre 1925 fortgesetzt wurde. Die Gestaltung der Konjunktur kam dabei insbesondere in diesem Jahre zu Hilfe, so daß in einer Reihe von Bezirkslohngebieten Forderungen gestellt werden konnten. Diese Entwicklung war dem Arbeitgeberverband, der inzwischen sich einen neuen Vorstand mit neuen Satzungen gegeben hatte und dem die Lohnbildner in der Heimat davongelaufen waren, ein Dorn im Auge. Auf seiner Generalversammlung in Weimar beschloß er, von der bezirklichen zur zentralen Lohnbildung übergehen zu wollen. Ueber die verschiedentlich eingereichten Lohnforderungen erschienen in seinem Organ Artikel mit Ueberschriften, wie: „Bis hierher und nicht weiter!"; so wurde in aller Form landauf, landab scharf gemacht mit der Idee der zentralen Lohnbildung. Sicher ist damals schon ins Auge gefaßt die Möglichkeit einer Aussperrung auf breiter Grundlage zur Bezwingung des Holzarbeiterverbandes. — Zur Durchführung dieses Zweckes wurden umständlich Ablaufstermine bezirklicher Lohnabkommen in eine gewisse Zeit verlegt, in andern Lohnbezirken Schwierigkeiten bei der neuen Lohnbildung gemacht, eine dritte Kategorie von Abkommen, die kündigungsfähig war, gekündigt, so daß schließlich um die Wende des Mai von den in Betracht kommenden zirka 170 000 beteiligten Arbeitern zirka 100 000 mit abgelaufenen oder gekündigten Lohnabkommen waren. Solchen Zustand hatten sich die Arbeitgeber gewünscht und mit aufgekrempelten Hemdärmeln ging es an die Arbeit, nachdem man sich vorher kräftig in die Hände gespuckt hatte. Aber wie beim Bauern muß die Geschichte schlau angefangen werden. Also wurde eine höfliche Anfrage an den Holzarbeiterverband gerichtet, ob er bereit sei, unverbindliche Besprechungen über Fragen der Lohnbildung zu pflegen. Als dies bejaht wurde, wurden solche gehalten und dabei verraten, daß man auf ihrer Seite beschlossen habe, eben nicht mehr bezirklich, sondern zentral Lohn zu tätigen. Daß das nicht ging wegen der bezirklichen Verträge, focht die Arbeitgeber nicht weiter an und zur größeren Sicherung und damit es einen wuchtigen aufsah, wurde unter der Hand auch wieder beschlossen, daß die einzelnen Bezirke Lohnabkommen ohne Zustimmung der Arbeitgeberzentrale nicht treffen dürften. Aber wozu das? Ganze Arbeit wurde dadurch gemacht, daß man die Bezirksverbände anwies, ihre Vollmachten zur Lohnbildung „freiwillig" der Zentrale zu übertragen. Gleichzeitig wurden vom Holzarbeiterverband Verhandlungen verlangt, in die dieser einwilligte unter der Voraussetzung, daß über die Bildung der einzelnen Bezirks-Spitzenlöhne verhandelt werden sollte. Vom 4. bis 6. Juni fanden diese Verhandlungen in Berlin statt. Ein Tag verging, bis wieder bestandene Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt waren, der zweite Tag verging, um im Eiltempo über 15 Lohngebiete zu verhandeln, damit die Zentrale sich ein Bild machen könnte! Am Abend wurde dann ein Vorschlag gemacht, der für einen Lohnbezirk sogar einen Lohnabbau von 5 ₰ verlangte, sonst aber sehr minimale Zugeständnisse enthielt. Die Empörung darüber auf Arbeitnehmerseite war begreiflich und nur zu berechtigt, wenn dieser „Vorschlag" mit der Bitte zurückgegeben wurde, einen solchen ernst gemeinter Art zu machen, der diskutierbar sei. Aber nach halbtägiger Beratung kam an Stelle eines solchen der Weisheit letzter Schluß: Abbruch der Verhandlungen, Ablehnung des vorgesehenen Schiedsgerichts, weil angeblich restlose Erfüllung der Forderungen verlangt worden sei.

Gewerkschafter! Sichert Euch Eure Gewerkschaftsrechte durch pünktliche und regelmäßige Zahlung der Verbandsbeiträge.

Denn nur das Mitglied kann ein Anrecht auf die Unterstützungseinrichtungen der Organisation, Rechtsschutz usw. geltend machen, welches mit seinen Beiträgen nicht im Rückstande ist.

Und nun ging die Düpierung der Oeffentlichkeit durch entstellte Behauptungen, Verdrehungen und sogar Unwahrheiten in Begleitung der Mitteilung des Beschlusses der Generalaussperrung ab 13. Juni vor sich! Mit vollen Backen wurde Sturm geblasen. Fürchterlich sollte das Strafgericht über die böse Holzarbeiterverbändler hereinbrechen. 100 000 Leute wollte man auf das Straßenpflaster setzen, die Verbandskassen sollten damit in kurzer Zeit leer gepumpt sein, sie sollten dadurch gezwungen werden, den Arbeitgebern aus der Hand zu fressen und die guten Tischlermeister von den Forderungen der bösen Holzarbeiter auf absehbare Zeit verschont bleiben. Ob dabei die Lahmlegung der Produktion auf solch breiter Basis für die gesamte Wirtschaft Nachteile in sich barg, was scherte es die Arbeitgeber; ob dabei, wenn alle Meister ihren Flötentönen gefolgt wären, einer ganzen Anzahl die Puste ausgegangen wäre — was scherte das die Führer; wenn nur die deutschen Holzarbeiter in ihrem Lohn niedrig gehalten werden konnten, dann war jedes Mittel recht. Wieviel schrie man auch hier in Hamburg bei Lohnverhandlungen über die Konkurrenz des Binnenlandes infolge zum Teil niedrigerer Löhne. Aber hier, jetzt, wo die Möglichkeit des Ausgleichs in den Löhnen von Landesteil zu Landesteil zur Ausschaltung der Konkurrenz in hohem Maße gegeben war, wo die Löhne der zurückgebliebenen Bezirke sich der Lebenshaltung der fortgeschrittenen anpassen konnten, jetzt wollte man es umgekehrt. Die teuren Plätze sollten ihren Lohn nach den billigen zurückgebliebenen richten. Ganz rückständige Arbeitgeberauffassung! Aber eins hatten die Arbeitgeber nicht in Rechnung gestellt. Einmal die verhältnismäßig günstige Konjunktur in wichtigen Produktionsgebieten des Holzgewerbes und dann den obenerwähnten Gegensatz zwischen Industrie und Gewerbe und die Kampfkraft des Holzarbeiterverbandes.

Nach wenigen Tagen schon erwies sich die Aussperrung als ein Schlag ins Wasser und trotz sehr erheblicher Anstrengung ist es auch mit Beginn der zweiten Aussperrungswoche nicht gelungen, mehr als ein Drittel der Beschäftigten aufs Straßenpflaster zu bringen. Außerdem trat aber dazu noch das Drängen eines wichtigen Teiles derjenigen, die ausgesperrt hatten. An manchen Orten waren die Bemühungen stark, die auf Verhandlungen drängten. Aber der festgefahrene Karren des Arbeitgeberverbandes war so leicht nicht von der Stelle zu bringen, weshalb versucht wurde, die Rolle des Blamierten den Arbeitnehmern zuzuschieben und sie zu animieren, das Reichsarbeitsministerium anzurufen, was auf der ganzen Linie dankend abgelehnt wurde, so daß sich die Arbeitgeber selbst bequemen mußten, von Dresden aus, allwo sie zusammengekommen waren, telegraphisch das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, die Parteien zusammenzubringen. Schon tags darauf fanden unverbindliche Besprechungen statt, und wiederum tags darauf begannen die Verhandlungen in Berlin nach den gepflogenen Vereinbarungen auf bezirklicher Grundlage.

Das Ergebnis der Verhandlungen für die in Frage kommenden Landesbezirke ist das folgende:

Landesbezirk	Der Lohn gilt für Ortsklasse	Seitheriger Lohn Pf.	Der Lohn wird erhöht auf ... Pf. Sofort		Mitte August
Bayern	II	82	86	—	94
Württemberg	II	78	86	—	94
Baden	II	77	84	—	92
Hessen, Hessen-Nassau	I	92	95	—	102
Kassel	II	74	86	90	94
Rheingebiet	II	83	95	—	95
Bergisches Land	II	83	93	—	95
Köln	I	100	103	106	109
Düsseldorf	I	85	97	—	103
Hamburg	I	87	98	—	103
Schleswig-Holstein	II	80	88	—	93
Sachsen	II	78	88	—	95
Thüringen	II	69	76	81	85
Schlesien	III	57	70	75	78
Brandenburg	III	68	75	—	77

Der Ablauftermin aller Lohnabkommen ist der 15. Oktober 1925. Für einige Landesbezirke, so auch den Hamburger, ist der Termin für die zweite Staffel früher gesetzt.

Mit diesem Resultat ist der große Aufwand der Arbeitgeber unnütz vertan. Der Holzarbeiterverband hat unstreitig einen sehr erheblichen Erfolg davongetragen, indem er die Löhne für diese Teile seiner Mitglieder in sehr beachtlichem Maße den Teuerungs- und Lebensunterhaltsverhältnissen gegenüber steigern konnte.

Die Kampfführung war eine einheitliche und geschlossene, abgesehen davon, daß unsere lieben Freunde von links, die Kommunisten, die sich hier als „freigewerkschaftliche Opposition" bezeichneten, mit ihren Parolen und vermeintlich guten Ratschlägen glaubten, der Sache dienen zu sollen. Sie wissen sehr genau, daß die übergroße Mehrzahl der Holzarbeiter ihre Weisheit ablehnt, und so war auch ihr Geschrei in ihren Zeitungen sowohl wie auch in den Versammlungen nicht mehr wert, als die Hoffnungen, die vielleicht die Arbeitgeberseite auf sie gesetzt hatte.

Wenn hier am Orte in den beschließenden Versammlungen von einem Teil der Verbandsmitglieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß ihnen das materielle Ergebnis nicht genügt, so haben sie eben lediglich das materielle Ergebnis im Auge, aber nicht das ideelle, das sicher hoch zu bewerten ist. Daß die getroffenen Vereinbarungen — soweit zur Stunde bekannt ist — überall auf beiden Seiten angenommen sind, wird sicher große Auswirkungen innerhalb der Holzindustrie und darüber hinaus haben. Im Arbeitgeberlager aller Richtungen wird man mit verhaltenem Groll auf die Ergebnisse dieses Lohnkampfes sehen, weil sie gerade diesen Lohnkampf als die Ouvertüre zu einem noch viel größeren Akt der Zurückwerfung der Löhne anderer Arbeitergruppen betrachteten. Nicht umsonst ihrerseits ist die innige Anteilnahme und Unterstützung aller Holzgewerbetreibenden in diesem Kampfe. An der Haltung der Arbeitgeberorganisationen muß das Maß des Erreichten bewertet werden.

Eins aber ist vor allem noch von besonderer und großer Wichtigkeit: Die Ergebnisse dieses Lohnkampfes sind nicht allein zu betrachten unter der Wirkung der Gegenwart für eine Industrie, sondern sie müssen auch betrachtet werden in ihrer Auswirkung für die Zukunft. Wer in unserm Lager glaubt, daß mit dem Ausgang dieses Lohnkampfes die Arbeitgeber alle ihre Zukunftshoffnungen verschüttet sehen? Müssen wir nicht vielmehr fragen: Ist ihre (der Arbeitgeber) Meinung nicht die: aufgeschoben ist nicht aufgehoben? Bestimmt nicht auf jener Seite erwartet das Rüsten, um mit verstärkter Wucht und bei vielleicht für sie günstigerer Wirtschaftslage dennoch durchzusetzen versuchen, was diesmal vorbeigelang?

Erwächst aus diesen Möglichkeiten für jeden denkenden Holzarbeiter nicht die Pflicht, um so kräftiger und nachhaltender für die Ausbreitung, Stärkung und Festigung seiner Organisation in moralischer und finanzieller Hinsicht zu arbeiten? Ist nicht das Gebot der Stunde, viel stärker an die Zukunft zu denken, als im vermeintlichen Unbefriedigtsein mit den vorliegenden Ergebnissen dem Ansehen der Organisation in den eigenen Reihen Schaden zuzufügen, vielmehr gerade aus dem vorliegenden Erfolg Kräfte des Wachstums und der Stärkung für die Organisation sowohl wie auch für den einzelnen zu ziehen? Mögen die Arbeiter die Zeichen der Zeit erkennen. Mögen sie, jeder an seinem Platze, mit vereinter Kraft angestrengt jetzt schon darauf hinarbeiten, daß der sicher kommende weitere Schlag, geführt von der Arbeitgeberorganisation, nicht minder wuchtig pariert werde als der eben geführte. Dies erkennen, heißt in diesem Sinne handeln.

Zum Tarifstreit in der Landeseisenindustrie.

Nachdem am 25. Juni der Schlichtungsausschuß in dem langwierigen Tarifstreit in der Landeseisenindustrie abermals einen Schiedsspruch gefällt hatte, der jedoch in dem wesentlichsten Streitpunkt, der Arbeitszeit, keine wesentliche Aenderung der strittigen Bestimmungen enthielt, demzufolge von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, griff abermals der Schlichter Dr. Stenzel ein. Die erneuten Verhandlungen zur Prüfung einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 25. Juni brachten jedoch in ihrem Verlauf eine Basis, auf der beide Parteien glaubten, wieder in ein Tarifverhältnis eintreten zu können.

Ueber diese Verhandlungen berichtete Petersen vom Deutschen Metallarbeiterverband am Sonnabend, 4. Juli, in einer Vollversammlung der Arbeitnehmer der Landeseisenindustrie im Gewerkschaftshaus. Er schilderte namentlich die veränderten Arbeitszeitbestimmungen des Verhandlungsergebnisses vom 2. Juli in Parallele mit den diesbezüglichen Bestimmungen des Schiedsspruches vom 25. Juni, und hob hervor, daß, wenn es nicht gelungen wäre, die Arbeitszeitbestimmung des Schiedsspruches zu ändern, die Arbeitnehmer auch weiter den tarifosen Zustand vorgezogen hätten, der jedenfalls geeignet gewesen wäre, zukünftig den Wirtschaftsfrieden in der Landeseisenindustrie in Frage zu stellen. Auch eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, durch den kann der überwiegenden Anzahl sowohl der Betriebe als auch der Gesamtbelegschaften eine längere Arbeitszeit als bisher zwangsläufig auferlegt worden wäre, hätte auf keinen Fall zu einem Frieden in der Industrie geführt. In der Lohnfrage sei es den Unterhändlern leider nicht möglich gewesen, irgendeine Aenderung der im Schiedsspruch niedergelegten Sätze herbeizuführen, dieselben seien auf jeden Fall ungenügend und würden in ihrer jetzigen Höhe geeignet sein, die bisher bestandenen Differenzen in der Lohnfrage nicht zu beseitigen. In besagter Verhandlung erklärten jedoch die Arbeitgeber sich bereit, den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen als Tarifkontrahenten eine Mitwirkung bei Festsetzung der Lehrlingsentschädigungen zuzusprechen, die in ihren einzelnen Bestimmungen jedoch nicht Bestandteil des Tarifvertrages werden sollen. Die zwischen den Tarifkontrahenten vereinbarten Entschädigungen an Lehrlinge sollen jedoch für die dem Verband der Eisenindustrie angeschlossenen Betriebe als Pflichtsätze gelten.

Der Redner hebt zum Schluß hervor, daß, nachdem die erweiterte Lohnkommission sich bereits am 3. Juli sehr eingehend mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigt hatte, er nunmehr auf einstimmigen Beschluß der Kommission der Vollversammlung empfehle, das Verhandlungsergebnis anzunehmen; sich für das Verhandlungsergebnis einzusetzen, hätten sich auch die Unterhändler am Schlusse der Verhandlung vom 2. Juli verpflichtet. Nehme die Vollversammlung das Verhandlungsergebnis an, so würde damit ein vollständiger Tarifvertrag geschaffen, der, wenn er von beiden Parteien loyal durchgeführt werde, die bisher bestehenden bekannten Differenzen zwischen den beiderseitigen Parteien beheben würde.

In der nun folgenden Aussprache wurde seitens der Diskussionsredner das Für und Wider zu dem Verhandlungsergebnis eingehend besprochen. Während die einen glaubten, das Verhandlungsergebnis in bezug auf die Arbeitszeitbestimmungen sei nicht die Grundlage, in ein Tarifverhältnis mit dem Verband der Eisenindustrie einzutreten, wurde anderseits zum Ausdruck gebracht, daß wohl die Arbeitszeitbestimmungen für die Arbeitnehmer bei dem bekannten Verhalten der Arbeitgeber bestimmte Gefahren in sich bergen; nichtsdestoweniger soll man den Versuch machen, auf dieser Grundlage gemeinsam mit den Arbeitgebern die Bestimmungen zum Tarifvertrag zu erbauen. Voraussetzung sei jedoch, daß die Arbeitgeber die Bestimmungen über Arbeitszeit loyal durchführen werden. Sollte sich auf Grund dieser Bestimmungen ergeben, daß die Arbeiterschaft in einem weiteren Umfange zu einer längeren Arbeitszeit herangezogen werde wie bisher, oder es nicht möglich sein, auch diejenigen Betriebe, die bisher aus Prinzip die 48stündige Arbeitszeit verlangten, während der Tarifdauer und sei es für bestimmte Zeiten, auf die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit zurückzuführen, so dürfte mit Ablauf des Tarifvertrages der bisherige Streit in weit verschärfter Form wieder aufflammen; hieran sollten auch die Arbeitgeber kein Interesse haben und sich demzufolge bemühen, in wirklich loyaler Weise, wie das auch von den Arbeitnehmern gefordert werden müsse, die Tarifbestimmungen in bezug auf die Arbeitszeit zu handhaben. Einmütig wurde jedoch bedauert, daß die Arbeitgeber sich in bezug auf die geradezu miserablen Lohnsätze vollständig ablehnend verhalten hätten, und sei zu hoffen, daß mit Ablauf der Frist, für die die Lohnsätze festgelegt sind, eine wesentliche Veränderung eintritt. Im allgemeinen sei der Haltung der Unterhändler der Arbeitnehmer für ihre Arbeit Anerkennung zu zollen.

In seinem Schlußwort setzte Petersen sich mit den Einzelheiten der geführten Aussprache auseinander, worauf in der Abstimmung das Verhandlungsergebnis, wie bereits gemeldet, seitens der Arbeitnehmer angenommen wurde.

Da auch die Arbeitgeber dem Verhandlungsergebnis ihre Zustimmung gegeben haben, ist nunmehr der 1½jährige tarifloose Zustand in der Landeseisenindustrie behoben.

Mitteilungen des Ortsausschusses

Zum Schutze der „Produktion".

In Nummer 24 „Die freie Gewerkschaft" vom 10. Juni 1925 mußten Vorstand des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB. und Schriftleitung dieses Blattes auf einen in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 6. Juni erschienenen und von August Kasch verfaßten Artikel hinweisen. Der Aufsatz von Kasch war eine einzige wüste Beschimpfung und zügellose Verdächtigung Hamburger Gewerkschafter und Genossenschafter. Vorstand und Schriftleitung erklärten im Namen der hiesigen Gewerkschaften, es ablehnen zu müssen, in die Niederung der Kaschschen Polemik herabzusteigen. Unter bewußter Verschweigung der Tatsache, daß es sich um eine offizielle Erklärung der Gewerkschaften handelt, setzt Kasch in Nummer 27 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 4. Juli seine auf niedrigster Stufe der Journalistik stehenden Angriffe fort. Es bleibt bei der gegebenen Erklärung: Mit dem bei den deutschen Gewerkschaften und der Hamburger Arbeiterbewegung „bestens" bekannten August Kasch wird in diesem Blatte so lange nicht polemisiert, bis er zur Wahrheit, Vernunft und Sachlichkeit zurückgekehrt ist.

Freigewerkschaftlicher Jugendausschuß

Vollversammlung

Donnerstag, 16. Juli 1925, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Die 3. Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen am 6. und 7. August 1925 in Hamburg. 2. Unser Tätigkeitsplan. 3. Neuwahlen.

Den Jugendvertretern und Jugendleitern der Gewerkschaften geben noch schriftliche Einladungen zu. Jedoch hat schon heute jeder diesen Tag freizuhalten für diese wichtige Versammlung.

Deutschland von heute.

Wir geben nachstehend auszugsweise einen Artikel wieder, den der Amerikaner Samuel Spewack, Chef des Berliner Bureaus von „The World", in der Morgenausgabe vom 25. Mai 1925 in dieser in New York erscheinenden Zeitung veröffentlicht. Der Aufsatz gibt interessante Aufschlüsse, wie das Ausland das wirtschaftliche Deutschland sieht. Wir lassen auch offensichtliche Schiefheiten unkorrigiert, um dieses Auslandsstimmungsbild für sich wirken zu lassen. Die Schriftleitung.

Es ist die Geschichte des dramatischsten Erfolges, den die Welt gekannt hat. 60 Millionen menschlicher Wesen, die, sich überschlagend, in den Ruin stürzen, gewinnen mitten im letzten Purzelbaum ihr Gleichgewicht zurück und landen graziös. 60 Millionen menschlicher Wesen, fieberisch lebend von einem Tag zum andern, erweitern auf einmal ihre Lebensperspektive zu Terminen von Wochen, von Monaten, von Jahren.

Eine ganze Nation ist verwandelt. Die Schlangen vor Brotläden verschwinden. Theater füllen sich. Autos vervielfältigen sich über Nacht. Die Regierung nimmt den Bann von der Schlagsahne, bisher verboten wegen Mangels an Kindermilch.

Dies sind die äußerlichen Wunderzeichen des Zauberers, Stabile Währung heißt der Wundermann — die Wiederherstellung der festen Mark: Wert 23 Cents. — gestern und heute und morgen. Das Hamstern der schmierigen amerikanischen Dollarnoten hat aufgehört, 60 Millionen menschlicher Wesen rennen nicht mehr in die Läden, um Papiergeld in zweifelhaften Werten anzulegen, bevor die Inflation ihren Arbeitsverdienst zu Asche verbrennt. Sparkassen haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Diese Zaubermark war ein ökonomisches Leben, daß eine tiefgehende Umschichtung der Bevölkerung bewirkt.

Die deutsche Industrie fang ihren Schwanengesang, als die Franzosen ins Ruhrgebiet marschierten. Jetzt kämpft sie um Weltmärkte. August Thyssen, einer der bekanntesten „Ruhropfer", gibt öffentlich bekannt, daß seine Werke den doppelten Friedenswert besitzen. Deutsche Stahlmagnaten manövrieren für einen kontinentalen Trust zur Bekämpfung des amerikanischen Stahls. Die Ruhr produziert ebensoviel Kohle und Koks wie 1913 und Oberschlesien mehr.

Die Mark, die zusammenschrumpfte, während man darauf wartete, ermöglichte es den Industriellen, ihren Betrieb auszudehnen durch den einfachen Prozeß des Leihens von der Reichsbank und des Zurückzahlens derselben Papiermarksumme zu einem Bruchteil ihres Goldwertes. Die Stabilisation brachte ihnen Kredite. Sie hatten einen wirklichen Reichtum und Rohstoffe mit geborgter Papiermark erworben. Kredite ermöglichten ihnen, von ihren Gewinnen vollen Gebrauch zu machen. Die Inflation beschleunigte die Bildung von Riesentrusts, bis jede Schlüsselindustrie in Deutschland Monopol geworden war. Die Stabilisation ermöglichte es den Industriekönigen, die kleinen Wertpapierbesitzer auszuquetschen durch Zusammenlegung der Anteile bei der Umstellung auf Goldmarkbasis.

Durch die Stabilisierung entstanden größere neue Vermögen als durch die Inflation. Jacob Michael, ein 80jähriger Frankfurter Kaufmann, gilt als der neue Stinnes, weil er an die 23 Cents-Mark glaubte. Dieser Glaube erbrachte ihm schätzungsweise 125 Millionen Dollar.

Michael kaufte Papiermark mit Dollar, als der Dollar 7 M galt. Es gab eine furchtbare Geldknappheit und Michael verlieh Geld.

Noch auffallender ist die Wiederaufrichtung des deutschen Haus- und Grundbesitzerstandes. 12 Monat zurück war er in Gefahr der Auflösung. Er redete von Untergang und weinte bitterlich. Nun redet er von Wiedergeburt. Er hat sich ausgeweint. Die von Grundrenten lebende Mittelklasse sieht ihr Eigentum innerhalb Jahresfrist um ein Mehrfaches im Werte gestiegen und von allen früheren Ausgaben befreit. (Zinsen.)

Häuser, die kaum für 1000 Dollar verkauft werden konnten, sind jetzt nicht für 10 000 zu haben. Nur die Inhaber von Kriegsanleihen, sowie Obligationen, Staats- und Gemeindeanleihen bleiben unentschädigt und ihr Verlust ist der Gewinn des Staates, denn der Staat hat seine Schulden gestrichen.

Der sogenannte „gebildete Mittelstand" hat seinen ganzen intellektuellen Horizont gewechselt. Vor einem Jahre machte man in Selbstbemitleidung. Nun ist das Pendel zurückgeschwungen, die Zaubermark hat die Selbstachtung wieder hergestellt, man befürchtet das Wiedererwachen der alten Arroganz.

Der geistige Horizont der Nation hat sich erweitert. Eine gesunde Neugierde hat den unfruchtbaren Pessimismus verdrängt. Vor 12 Monaten las man Zeitungen, weil sie auf der ersten Seite in fetten Lettern den letzten Stand der Mark verkündeten. Es gab keine ausländische Nachrichten von Bedeutung. Zeitungsunternehmer waren in der gefährlichsten Situation. Heute haben wenigstens 5 von den Berliner Morgenblättern ständige Berichterstatter in New York, London, Paris, Madrid, Rom, Moskau und Wien. Reporter werden durch den fernen Osten geschickt.

Was aber geschieht mit dem Arbeiter bei dieser glorreichen Wiedergeburt? Für ihn gab es keine Wiedergeburt. Sein Durchschnittsverdienst ist ein Dollar pro Tag. Das ist weniger als vor dem Kriege. Amtlich ist der Lebensstandard girka 35 % höher als 1913. Jetzt sind aber viele Bedürfnisse, wie Butter, Fleisch, Bier um 100 % höher. Englische Arbeiter bekommen 50 % mehr als die Friedenslöhne und haben keine größere Preissteigerung zu tragen wie die in Deutschland.

Der Arbeiter trug die Ruhrkosten. Als die Franzosen in den Kohlenbezirk einmarschierten, wurde ihm erzählt, er müßte niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit als patriotische Pflicht auf sich nehmen. Dann wurde er gänzlich auf die Straße geworfen.

Seine Arbeitgeber jedoch wurden voll entschädigt, denn die von den Franzosen erhobenen Tribute wurden durch Subsidien des Reiches ersetzt. Sie hatten passive Resistenz geübt, um enorme Summen von der Reichsbank zu leihen und in vollständig entwertetem Geld zurückzugahlen. Der Arbeiter mußte sich aufriedengeben.

Am besten nimmt man ein konkretes Beispiel: Ein geübter Metallarbeiter erhält 64 ₰ die Stunde. Wenn er 6 Tage je 8 Stunden gearbeitet hat, verdient er 7,20 Dollar. Davon bezahlt er 36 Cents Steuer und 15 Verbandsbeitrag. Es bleiben ihm 6,69 Dollar.

1 Pfund Butter kostet 55 Cents, 1 Pfund Fleisch 30 Cents, Kaffee 1 Dollar das Pfund, Bier 10 Cents der Liter.

Nehmen wir an, die Familie des Metallarbeiters besteht aus 4 Personen, so würde der Konsum von 1 Brot, ¼ Pfund Butter, 1 Pfund Fleisch, ¼ Pfund Kaffee und 1 Liter Bier seinen Verdienst zu zwei Drittel aufzehren.

Gehalt 30,72 M.

Pro Woche kosten	**Brot**	**3,60 M.**
	Butter	**3,85 „**
	Fleisch	**8,40 „**
	Kaffee	**2,— „**
	Bier	**2,80 „**
	Zusammen	**20,55 „**

Es bleibt somit 10,17 M.

für Miete, Kleidung, Unterhaltung. Wenn die ganze Familie in einem Raum wohnt, muß der Metallarbeiter ein Minimum von 4 M die Woche bezahlen, so daß ihm noch 6,17 verbleiben. Bald muß er 6 M die Woche an Miete bezahlen, denn Friedensmieten sind angekündigt für nächstes Jahr. Aber heute hat er noch 1½ Dollar um 4 Personen in der Woche zu kleiden und zu unterhalten. Angenommen ist dabei, daß er freie ärztliche Behandlung hat.

Er kann nicht jeden Tag Fleisch essen. Er muß für ein Paar Arbeitsstiefel 2½ bis 3 Dollar zahlen und für Sonntagsstiefel 5 bis 6. Er kann einen ganz gewöhnlichen Anzug für 20 Dollar kaufen. Wenn er seine Familie in das billigste Kino führt, gibt er 1,90 ₰ aus oder zwei Fünftel seines Tagelohnes. Sogar ein Maurer, der bestbezahlteste von allen gelernten Arbeitern, hat nur 2 Dollar den Tag. Wenn seine Familie 2 Räume bewohnt anstatt einen, so geht sein Verdienst für Essen und Wohnung allein auf. Die Antwort auf das Rätsel ist, daß der Durchschnittsarbeiter nicht jeden Tag Fleisch ißt. Er ist Kartoffeln und Kohl, er nimmt Margarine statt Butter.

Löse das Rätsel vom Verhältnis seines Lohnes zu den Lebenskosten und dann beachte das Folgende:

Das Ruhrgebiet produzierte 9 560 000 Tonnen Kohlen im Januar und 8 896 000 Tonnen im Februar, dagegen ein Durchschnitt von 9 Millionen Tonnen in den beiden Monaten 1913. Mit andern Worten, die Produktion hat die Friedenshöhe erreicht. Die Produktion der einzelnen Arbeiter hat die Friedenshöhe erreicht. Aber die deutschen Arbeitgeber verkünden durch die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" in einer offiziellen Bekanntmachung, genannt „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber", daß die Gewerkschaften sich fragen müssen, ob ihr Verlangen nach Friedenslöhnen überhaupt möglich ist, ohne eventuell die Arbeiter selbst zu schädigen durch Behinderung der Industrie.

Das Bulletin beklagt die Lasten des Dawesplanes und verlangt von den Arbeitern aus Patriotismus für niedrige Löhne zu arbeiten, damit die deutsche Industrie triumphiere.

Es ist dasselbe Argument, das von den Ruhrindustriellen gebraucht wurde während der Besetzung.

Herr Thyssen war unter denen, die schrien, sie seien ruiniert.

Er vergaß aber, von den 200 Millionen Dollar zu erzählen, die die Regierung als Entschädigung für die an Frankreich gezahlten Tribute an sie zahlte. Und nach seinem Ruin verkündeten seine Vertreter in New York, daß seine Werke sich verdoppelt hätten seit dem Kriege und ½ Milliarde wert seien (mit nur 5 Millionen Schulden).

Die Arbeiter können nicht hoch kommen. Deutschland importiert 50 Millionen Dollar an Südfrüchten und Gemüsen, ebenso viel wie vor dem Kriege. Der Arbeiter, wie die Zahlen zeigen, kann die Delikatessen nicht kaufen.

Autos im Werte von 10 Millionen Dollar werden ins Land gebracht, trotz sehr hoher Zölle und der großen Konkurrenz der deutschen Wagen. Es gibt keine Erzählungen von deutschen Vergleichen, die im Auto zur Arbeit fahren. Denn das billigste Auto (4 Zylinder-Opel) kostet 1000 Dollar.

Die Industriellen kaufen Maybach-Wagen, die für 9000 Dollar verkauft werden.

Die Arbeiterschaft kann nicht wieder frei kommen. Sie verkennt noch immer den Wert der Geschlossenheit. In ihrer Unbelehrbarkeit folgt sie zum Teil noch den Kommunisten. Die wieder wollen von realer Arbeiterpolitik nichts wissen. Die armselige politische Führerschaft der Kommunisten spielt nur in Arbeiterpolitik.

Die kommunistische Führerschaft in Deutschland ist Tara. Die roten Agitatoren sind meistens Maulhelden, völlig von Moskau regiert. Sie sind eingesangen in visionären Schemen der Revolution und haben kein praktisches Bewußtsein für das Leben der Nation.

Die deutsche Wiedergeburt war ein wunderbares Schauspiel. Für den Arbeiter bestand der Wandel darin, daß seine Sorge vom Wechselkurs zu dem Problem gelenkt wurde, wie man mit 1 M den Gegenwert von 5 M kauft.

Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

(ZGB.) In den Monaten März, April, Mai sind in den meisten Ländern keine großen Verschiebungen in den Arbeitslosenziffern zu verzeichnen. Gegenüber dem Stand um die Jahreswende läßt sich wohl ein Rückgang feststellen, aber ein Vergleich mit denselben Monaten des Jahres 1924 zeigt für die Mehrzahl der Länder eine wenn auch nur geringe Steigerung der Arbeitslosigkeit, die sich demnach auch zu stabilisieren scheint. Die kapitalistische Produktionsordnung erweist sich jetzt wie vor dem Kriege unfähig, alle arbeitswilligen Hände zu beschäftigen und die industrielle Reservearmee wird wohl erst zusammen mit dieser Produktionssystem verschwinden. Nach den uns vorliegenden Angaben geben wir nachstehende Uebersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

Belgien. Nach den Berichten von den anerkannten Arbeitslosenkassen mit insgesamt 604 827 Mitgliedern waren am 2. Mai 9817 oder 1,6 % gänzlich und 33 133 oder 5,5 % teilweise arbeitslos, gegen 9414 oder 1,5 % bezw. 33 509 oder 5,5 % im Vormonat und 1 % bezw. 1,9 % im Mai 1924.

Dänemark. Wegen der großen Arbeitskämpfe war die Arbeitslosigkeit in den Monaten März, April, Mai weit größer als normal, so daß ein Vergleich mit dem Jahre 1924 kein wahrheitsgetreues Bild vom wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit gibt. Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Mai 11,2 gegen 15,1 im April und 5,8 im Mai 1924. Mitte Juni wurden im ganzen Lande 27 923 Arbeitslose gezählt gegen 31 228 in der Vorwoche und 14 200 Mitte Juni 1924.

Deutschland. In der Zeit vom 1. bis 15. Mai hat sich die Zahl der im Deutschen Reiche unterstützten Erwerbslosen von 320 000 auf 274 000, das heißt um rund 14 % vermindert. Am 15. April wurden 393 287 unterstützte Erwerbslose gezählt. In den 59 berichtenden Verbänden mit 3 616 826 Mitgliedern waren Ende April insgesamt 157 154 oder 4,8 % arbeitslos gegen 211 259 oder 5,8 % Ende März.

Frankreich. Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitsuchenden betrug am 30. Mai 10 028 (6818 Männer und 3210 Frauen) gegen 12 188 im Vormonat und 7017 Ende Mai 1924. In der letzten Woche des Monats Mai vermittelten die Arbeitsnachweise 24 478 Stellen und verschafften außerdem 1978 eingewanderten Arbeitern Beschäftigung. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen betrug Ende April 940 gegen 1031 im Vormonat und 750 im April 1924.

Finnland. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise in den größeren Städten betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen am 30. Mai 1398 gegen 1882 am 2. Mai und 3834 Ende Januar.

Großbritannien. Von den 980 327 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende Mai 99 214 oder 10,1 % arbeitslos gegen 9,4 % im April und 7 % Ende Mai 1924. Von den Mitgliedern der Bergarbeiterverbände waren 21,9 % arbeitslos, danach folgten die Tabakarbeiter mit 20,4 %, die Gewerkschaften im Maschinen- und Schiffbau mit 13,7 % und die Lederarbeiter mit 11,59 %. Von den ungefähr 11 500 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren am 25. Mai 11,2 % arbeitslos gegen 11,2 % im Vormonat und 9,5 % am 26. Mai 1924. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Juni 1 247 300, das ist beinahe ¾ Million mehr als um dieselbe Zeit im Jahre 1924.

Holland. Bei den Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren am 30. Mai 25 740 gelernte männliche und 25 300 ungelernte männliche Arbeitsuchende eingetragen. Die entsprechenden Zahlen waren am 11. April 30 840 und 31 890, Ende Mai 1924 25 180 und 27 500. Bei diesen Zahlen sind noch jedoch berücksichtigt werden, daß die eingetragenen Arbeitsuchenden nicht immer arbeitslos sind und daß von den ungelernten Arbeitern ein Teil zu den Kurzarbeitern gerechnet werden muß. Von den Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenkassen waren am 30. Mai 14 927 gänzlich und 7402 teilweise arbeitslos.

Italien. Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende März 142 552, die der teilweise Arbeitslosen 14 252. Im Vormonat waren die entsprechenden Zahlen 156 959 und 11 702, März 1924 218 740 und 21 749.

Kanada. Nach Angaben von Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von rund 155 000 waren im 1. Mai 8,7 % der Mitglieder arbeitslos gegen 8,5 % im Vormonat und 5 % Ende April 1924.

Lettland. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen der 7 größten Städte eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Mai 3168 (1663 Männer und 1505 Frauen) gegen 4314 im Vormonat und 4475 am 1. Februar.

Norwegen. Am 10. Juni wurde die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Lande auf 15 200 berechnet gegen 18 000 im Vormonat und 11 700 im Juni 1924. In diese Zahlen sind nicht eingerechnet die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Personen, deren Anzahl auf 3000 geschätzt wird, gegen 6000 im Juni 1924.

Oesterreich. Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen am 15. Juni 119 000 gegen 148 508 Ende April und 92 805 im Juni 1924. In Wirklichkeit ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen etwas größer, da die Zahlung die ausgesteuerten Arbeitslosen, die 90 % der Arbeitslosenunterstützung als Beihilfe erhalten, nicht berücksichtigt. In Wien beziehen 3355 Arbeiter solche Beihilfe.

Polen. Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen Ende Mai 173 140 gegen 180 720 im Vormonat und 188 000 im Juni 1924.

Schweden. Von den 208 830 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende April 22 437 oder 10,8 % arbeitslos gegen 12 % im Vormonat und 7,4 % im Juni 1924.

Schweiz. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden betrug Ende April 8591 gegen 10 185 im Vormonat und 10 988 im Juni 1924.

Ungarn. Ende März waren von den Mitgliedern der Gewerkschaften 36 873 oder 20,5 % arbeitslos gegen 36 764 oder 20,3 % im Vormonat und 22 436 oder 13,6 % Ende März 1924.

Vereinigte Staaten. Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 9039 Unternehmungen in 52 Industrien mit 2 835 491 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im April um 0,1 % zugenommen. 26 der 52 Industrien wiesen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf. Die größte Zunahme verzeichneten die Arbeitsbörse mit 5,1 % und die Konfektionsbetriebe mit 8 %. Die Indexzahl des Beschäftigungsgrades (April 1923: 100) war im April 1925: 92,1, im April 1924: 94,5.

Halbjahresabschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Reif zum Konkurs.

Ein glücklicher Zufall setzte uns in den Besitz eines streng vertraulichen Berichts der Zentralleitung der KPD. In ihm wird ein Ueberblick über die Tätigkeit der KPD. und ihre Einrichtungen in den letzten 6 Monaten gegeben. Er beweist aufs schlagendste, daß die Partei reif ist, ihren Konkurs anzumelden und daß das phrasenhafte Geklingel der kommunistischen Presse im schärfsten Widerspruch steht zu der Morschheit der KPD. Es ist leider nicht möglich, den Bericht in seinem ganzen Umfange zur Zeit abzudrucken. Wir geben, referierend, aus ihm folgendes w